

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verkehrsliste.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühren:
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen 60 Pf., für fünfstelligen 50 Pf., für vierstelligen 40 Pf., für dreistelligen 30 Pf., für zweistelligen 20 Pf., für einstelligen 10 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeld und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteienoffen!

Der Beschluß des Leipziger Parteitag findet der diesjährige Parteitag in Magdeburg statt. Auf Grund der §§ 7, 8, 9, 10 und 11 des Organisationsstatuts beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 18. September, abends 7 Uhr,

nach dem Saale des „Luisenpark“ in Magdeburg, Spielgartenstr. 1, ein.

An die Punkt 7 Uhr abends erfolgende Eröffnung schließen sich die Konstituierung des Parteitages, die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission an.

Die Verhandlungen der folgenden Tage finden in dem gleichen Lokal statt.

- Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:
1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch, A. Gerich.
 2. Bericht der Kontrollen. Berichterstatter: A. Raden.
 3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: G. Kossel.
 4. Wahlrechtsfrage. Berichterstatter: S. Borgmann.
 5. Reichsversicherungsordnung. Berichterstatter: S. Wolfenbühler.
 6. Genossenschaftsfrage. Berichterstatter: S. Fleißner.
 7. Raiffeisen. Berichterstatter: S. Müller.
 8. Internationaler Kongress in Kopenhagen. Berichterstatter: P. Singer.
 9. Sonstige Anträge.
 10. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
- Parteienoffen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig.
 Die Anträge müssen spätestens am 22. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteien bedürfen der Gegenzeichnung des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Delegierten werden ersucht, von ihrer Delegation dem Parteivorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und sonstige Mitteilungen zugehen können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Franz Kläß, Magdeburg, Große Münzstraße 3.
 Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau: W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, versandt.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Zur Lage im Ruhrbergbau.

Aus dem Ruhrbecken wird uns geschrieben:
 Gegenwärtig stehen wir im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier zunächst unter dem Zeichen der kommenden bergmännischen Wahlen. Bis zum 2. September müssen die Wahlen der Sicherheitsmänner beendet sein. Bis jetzt sind diese Wahlen erst auf zwei Gruben vollzogen, sodas Rückschlüsse auf die kommenden Wahlen der Sicherheitsmänner nicht gezogen werden können. Der Bergarbeiterverband wird seiner Stärke und seinem Einfluß gemäß die meisten Sicherheitsmänner stellen. Das ist, was jetzt schon gefagt werden kann. Im übrigen handelt es sich um eine neue Einrichtung, die erst ausprobiert werden muß, ehe sich das volle Interesse der Ruhrbergarbeiter ihr zuwenden wird. Das Sicherheitsmännergesetz und seine offensbaren großen Mängel lösen bei den Bergleuten keine Begeisterung für die Sicherheitsmännerwahlen aus. Wenn dennoch ein großer Teil der Ruhrbergarbeiter den Stimmzettel abgeben wird, dann folgen sie wohl mehr der Parole der Verbände als den eigenen Trieben.

Freilich, die Bergpresse hat den Ausgang der bisher stattgefundenen Wahlen schon benutzt, um die Ueberflüssigkeit der Sicherheitsmänner im Bergbau nachträglich noch einmal festzustellen. Diese Presse befindet sich mit ihrer Anschauung auf dem Holzwege und zwar aus den oben angedeuteten Gründen heraus. Erstens ist die Einrichtung der Sicherheitsmänner neu und zweitens weist das Gesetz solche Mängel auf, daß die Bergarbeiter wirklich keine Freude an dem Inhalt und schließlich auch an der Wirkung des Gesetzes selbst

haben können. Wenn schon etwas bei diesem Gesetze für die Bergarbeiter herauspringen soll, dann kann das nur sein, wenn die Bergarbeiter ihrerseits das Gesetz korrigieren das heißt sich nicht immer an die Bestimmungen des Gesetzes halten. Es bleibt den Bergleuten auch nichts anderes übrig, sollen die Sicherheitsmänner auch nur einigermaßen erfüllen, was ihnen zur Aufgabe zugeteilt worden ist.

Die eine Tatsache, daß man dem Sicherheitsmann verbietet, sich mit Lohnfragen zu beschäftigen, ist der größte Unsinn, den man sich denken kann. Im Bergbau hängen, wie kaum wo anders Unfallfragen und Lohnfragen so eng zusammen, daß ihre Erörterung zusammen gehört.

Die schlechten Lohnverhältnisse, die verschiedenen Lohnsysteme erfordern mindestens soviel Opfer unter den Bergleuten und mehr noch als der wirtschaftliche Raubbau bezw. die Abbau-Arbeitsmethoden überhaupt, wie sie im Bergbau gang und gäbe sind. Das Gesetz muß und wird ausprobiert werden, darum sieht der Bergarbeiterverband darauf, daß seine Mitglieder sich so zahlreich wie möglich an den Sicherheitswahlen beteiligen. In der „Bergarbeiter-Zeitung“ wurde den Verbänden die Beteiligung an den Wahlen zur Pflicht gemacht.

Dann finden im Ruhrbecken am 17. September die allgemeinen Knappschaftswahlen statt. Hier werden die Wahlwogen wie in den letzten beiden Jahrzehnten bei gleichen Anlässen recht hoch schlagen. Ein erbitterter Kampf wird um die Besetzung der Kellereiposten entbrennen, diesmal schärfer noch wie bisher.

Jetzt gehören von den 391 Kellereiposten 235 dem Bergarbeiterverbande an, 133 wollen die „Christlichen“ haben, die sich nicht entschließen können, mit dem „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“, wie man sagt, durch „Dit“ und „Dün“ zu gehen. Als bei der letzten Knappschafts-Vorstandswahl am 30. Juni die Gewerkschaftsleitung die Parole ausgab, nur weiße Stimmzettel bei der Wahl der Arbeitervertreter abzugeben, da kamen insgesamt nur 85 Kellereiposten dieser Aufforderung nach. Alle übrigen Kellereiposten stimmten für die aufgestellten Verbandskandidaten! Die Blamage für den christlichen Gewerkverein war so gründlich, daß er jetzt nach den tollsten Ausreden sucht, um diese Abstimmung seiner Kellereiposten zu erklären. Die abstrümmigen Kellereiposten vermeiden wollen, daß ein Christlicher mit in den Vorstand hineingewählt würde. Sie wollten den Verband in die Lage bringen, mit den Betriebsvertretern allein den Vorstand zu bilden usw. Wirklich nette Ausreden, deren es gar nicht bedarf, weil der Gewerkverein überhaupt keinen Einfluß mehr auf die Besetzung der Vorstandsposten hat. Darüber entscheidet die Majorität der Kellereiposten. Und daß auf unserer Seite die Majorität der Kellereiposten ist, zeigen deutlich die oben angeführten Zahlen.

Daß dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter vor dem Ausgang der kommenden Kellereipostenwahlen bange ist, kann man sich lebhaft vorstellen. Würde er aus eigener Kraft nach Mandaten ringen, der Verlust von 30—40 und noch mehr Kellereiposten wäre ihm sicher. Die in den letzten Jahren erfolgten Nachwahlen haben bewiesen, wie der christliche Gewerkverein immer mehr und mehr an Vertrauen bei den Bergleuten eingebüßt hat. Das weiß auch der Gewerkverein.

Um nun einer allzu starken Niederlage zu entgehen, zeigt sich der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter bereit, für die kommenden allgemeinen Wahlen Kompromisse einzugehen, mit wem, ist gleich. Um jeden Preis ein Zusammengehen gegen den Verband! Und so erleben wir jetzt, wie Zechen und Gewerkverein Bündnisse abschließen! Die Sendboten der Zechen, die national-liberalen Parteisekretäre, betreiben eine mächtige Agitation in den Parteiverbänden. Bürger- und evangelische Arbeitervereine besaßen sich fortgesetzt mit dem Kompromiß zwischen Zechen und Gewerkverein! Die sonst sehr heftigstisch veranlagten national-liberalen Parteisekretäre spielen auch nach den Polen hin, um diese mit in das Bündnis hineinzuziehen. Weil man den Verband haßt, dessen Majorität im Knappschaftsverein fürchtet, gibt man der widerlichsten und unnatürlichsten Sammelpolitik Raum. Vielleicht, daß diese Sammelpolitik gleichzeitig ein Vorspiel sein soll für die kommenden Reichstagswahlen.

Zunächst ist der Gewerkverein darauf bedacht, den Zechen zur Hilfe zu eilen, und daß umgekehrt die Zechen den Gewerkverein unterstützen.

Nachdem am 30. Juni die letzten fünf christlichen Vorstandskellereiposten aus dem Knappschaftsvorstand hinausgewählt wurden, haben die Betriebsvertreter keine Hoffnung mehr, ihre Pläne im Knappschaftsverein weiter schmieden zu können. Fünfzehn Verbändler stehen im Knappschaftsvorstand jetzt 15 Betriebsvertretern gegenüber. Aus eigener Kraft sind die Betriebsvertreter nicht mehr in der Lage, die Bergarbeiter auf knappschaftlichem Gebiete so zu quälen, als zur Zeit, wo ihnen noch die christlichen Vorstandskellereiposten bei vielen Gelegenheiten halfen. Darum die Pein vor den kommenden Wahlen. Nun, sie mag nur aufmarschieren, die „hellige Allianz“, der Verband wird sich stellen und ihr zeigen, daß gegen den Bergarbeiterverband kämpfen nichts anderes heißt, als die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter im Knappschaftswesen bekämpfen zu wollen! Weit eher noch wie die Sicherheitsmännerwahlen werden die Kellereipostenwahlen dem Bergarbeiterverband den Sieg bringen.

Mag das Kompromiß auf der ganzen Linie zustande kommen, die Verbandsmajorität wird nicht gebrochen werden. Aber was immer klarer zutage tritt, ist, daß der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter in entscheidenden Momenten lieber die Zechen als die Arbeiterinteressen wahr! Der christliche Gewerkverein entwickelt sich allmählich zu einer gelben Schutztruppe des Unternehmertums... Nicht nur die fortgesetzten Kompromisse mit den Zechen allein lassen darauf schließen.

Bekannt ist, wie der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter die Teilnahme an dem letzten nationalen Bergarbeiterkongress in Berlin absagte, aber dann später, als die Grubenbesitzer den Zwangsarbeitsnachweis für die Ruhrbergleute einführten, an den Bergarbeiterverband das Ansuchen stellte, gemeinschaftlich mit allen Bergarbeiterorganisationen gegen den Arbeitsnachweis der Grubenbesitzer Stellung zu nehmen. Das ist denn auch geschehen. Die Verbände fanden sich zusammen, faßten gemeinsam ihre Beschlüsse und erhoben den schärfsten Protest gegen die Einführung des einseitigen Arbeitsnachweises. Ueber die näheren Umstände, die in dieser Frage mitspielten, über den Arbeitsnachweis selbst, haben wir feinerzeit die Leser des „Vorwärts“ auf dem Laufenden gehalten.

Heute stellt sich heraus, daß das bisherige Gebaren des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter nur Spiegelschere war, daß er gar nicht daran dachte, im Kampfe gegen den Zwangsarbeitsnachweis die Versprechen einzulösen, die er den übrigen Verbänden und den Bergarbeitern selbst abgegeben hatte.

Der Gewerkverein dachte gar nicht daran, im Ernst etwas gegen den Zwangsarbeitsnachweis zu unternehmen; darum ignorierte er den von den Verbänden gemeinschaftlich gefaßten Beschluß, Extrabeiträge zur Stärkung des gewerkschaftlichen Kampffonds zu erheben! Während die Polen unter Hinweis auf den zu erwartenden Kampf ihre Beiträge erhöhten und der Bergarbeiterverband den Extrabeitrag einführte, ließ der Gewerkverein eine Urabstimmung über die eventuelle Einführung der Extrabeiträge vornehmen, deren Ergebnis er aber nicht bekannt gab! Man weiß heute nur, daß Vertrauensleute des Gewerkvereins selbst gegen die Erhebung von Extrabeiträgen unter den Mitgliedern agitierten bzw. agitieren mußten! Eine Korrespondenz aus dem Ruhrbecken, die sich mit einer Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ deckt, ruft vor einigen Tagen zu berichten, daß in einer Sitzung des Vorstandes der Gewerkschaftsleitung beschlossen worden ist, keinen Extrabeitrag zu erheben, da Einwendungen gegen die Handhabung des Zwangsarbeitsnachweises durch die Werksbesitzer nicht zu machen sind!!! Die Gewerkschaftsleitung hat zu dieser geradezu unerhörten und für den christlichen Gewerkverein äußerst blamablen Feststellung bisher noch kein Wort der Richtigstellung gefunden! Und wenn sie etwas zu einer solchen Richtigstellung unternimmt, wer kann und will ihr noch glauben! Alles deutet darauf hin, daß der Gewerkverein ein frevelhaftes Spiel mit den Bergarbeitern getrieben hat und noch treibt. Die Deffentlichkeit ist von ihm getäuscht und die Bergarbeiter sind verraten worden! Darum auch das innige Bündnis des christlichen Gewerkvereins mit den Zechen für die kommenden Kellereipostenwahlen. Mehr noch: der Gewerkverein wird mit den Zechen hier und da auch gemeinschaftlich sogar die Sicherheitsmänner wählen!! Höher hinauf geht es wirklich nicht mehr!

Es gab Leute im Ruhrbecken, die den Betrug des Gewerkvereins voraussehen, die aber mit ihrer Meinung nicht durchdrangen, die Betrüger schon im Laufe des vergangenen Winters blozstellen. Hoffentlich sind nun diejenigen, die da glaubten, der Gewerkverein treibe ein ehrlich Spiel mit den Bergarbeitern und den anderen Organisationen, heute kuriert.

Was wird nun im Ruhrbecken geschehen? Welchen Einfluß wird der Verrat des christlichen Gewerkvereins auf die Bergarbeiterbewegung ausüben? Da wollen wir feststellen, daß die christliche Gewerkschaftsleitung glücklicherweise nicht die Bergarbeiter sind. Ein Streik im Ruhrbergbau wird, trotz aller bröhnenden, früher in die Welt gesetzten Phrasen der christlichen Gewerkschaftsführer, niemals mit Zustimmung der Führer kommen, und wenn der Streik noch so notwendig erscheint. Wer daran glaubt, der kennt die Leute nicht, die an der Spitze des christlichen Gewerkvereins stehen. Ihr Verhalten in der Frage des Arbeitsnachweises zeigt ja schon, mit wem wir es zu tun haben; wir brauchen nicht weiter auszuholen, um die Charakteristik der Gewerkschaftsleitung zu vollenden. Doch wie gesagt, die Führer sind nicht die Gewerkschaftsmitglieder. Wie diese Führer selbst von christlichen Kellereiposten im Stich gelassen werden, so mehr noch von denen da unten in der Tiefe, die mit der Hacke in der Gond unter Mühen und Not ihr Brot verdienen müssen. Die christlichen Bergarbeiter haben ja keine Ahnung von den Plänen und Absichten, von dem Tun und Treiben ihrer Führer. Sie glauben sich „gut“ vertreten, da es an Theaterdramen nicht mangelt. Die christlichen Bergleute kennen sehr wohl die Ausstellungen, die an dem Zwangsarbeitsnachweis zu machen sind. Nicht ohne Grund führen sie wie auch die Verbändler den heutigen anhaltenden Tiefstand der Bergarbeiterlöhne mit auf den Arbeitsnachweis

zurück. Genau wie die Verbandsmitglieder über den Zwangsarbeitsnachweis denken, so denken auch die ebenso hartgetroffenen christlichen Arbeiter.

Heute noch arbeitet der Arbeitsnachweis mit schwarzen Listen; heute noch werden Arbeiter dauernd ausgepörrt! Es hat sich kaum etwas gegen früher geändert; nein, man hat die Vergarbeiterquälerei nur einheitlicher und besser organisiert. Wohin das führt, ist nicht schwer zu erraten!

Die schlechten Löhne, die nicht mehr zum Leben ausreichen, die rigorose Behandlung, die fortgesetzten Gewaltakte der Unternehmer haben eine Stimmung unter den Ruhrbergleuten ausgelöst, die über kurz oder lang zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen muß. In den privaten Gesprächen, in Versammlungen und, wie wir vor wenigen Tagen noch lasen, selbst in der Presse tragen in Arbeit stehende Vergarbeiter ihre Wünsche vor. Sie stützen sich auf das, was sie täglich sehen und von ihren Kameraden hören und was sie selbst erleben. Offen wird mit dem Kampf von unten gedroht, da die Verhältnisse auf den Gruben nicht mehr zu ertragen sind! So haben Vergarbeiter vor großen wirtschaftlichen Ereignissen immer noch ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Und es wäre ein Vergehen, diesen offenen Verzweiflungsausbrüchen nur geringe Bedeutung zuzumessen. Man könnte umangenehm enttäuscht werden, wollte man leicht über solche Dinge hinweggehen. Bisher haben im Ruhrbecken die Führer der Vergarbeiter noch keinen Streik gemacht, dieser kam bis jetzt noch immer wie die Windsbraut in der Nacht, von unten herauf! Ist der Druck zu stark, dann gibt es kein Halten mehr, dann schlägt die Flamme der Empörung über alle Vergarbeiter, ohne Unterschied der Partei, der Religion und der Rasse. Das gute dabei ist, daß in solchen Zeiten alle Kalkulationen christlicher Gewerkschaftsführer über den Haufen geworfen werden. Diese Führer haben sich dann zu bequemem, den Haß gegen die übrigen Verbände vorläufig zurückzustellen und die Sympathien für die Rechen nicht zum Ausdruck zu bringen.

Wird es im Ruhrbecken überhaupt zu einem Streik kommen? Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß er kommen wird. Die Schuhrriegelung der Vergarbeiter auf den Gruben ist so stark geworden, daß der Verdacht auftaucht, daß die Grubenbesitzer selbst den Streik noch in diesem Jahre provozieren wollen. Den Werkschreibern passen die jetzigen Kohlenpreise nicht. Ein Streik würde „annehmerere Preise“ für die Vergwerksbesitzer bringen. Und auch sonst käme es den Herren gelegen, wenn der Streik möglichst früh ausbricht. Sie würden desto eher mit den Vergarbeitern fertig werden. Später ist das schwieriger. Weil dem aber so ist, kann ein zu früh ausbrechender Streik nicht begrüßt werden. Wie im vergangenen Winter, so fehlen auch heute noch die Vorbedingungen für einen Streik, der den Ruhrbergleuten den längst erwarteten Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen soll. Dazu gehört mehr als der Wille zum Streik, dazu gehören in erster Linie gefüllte Kassen und starke Organisationen! Mit beiden geht es ja nun schon besser als im vergangenen Winter, aber der Stand der Kassen und der Organisation ist immer noch nicht ausreichend genug, um einen Kampf zu wagen, der zu bestimmten Zielen führen soll. Kommt der Streik dennoch, dann darf der Vergarbeiterverband ihm ruhig entgegensehen. Für seine Mitglieder ist und wird gesorgt werden. Wenn dann der Streik nicht die Anerkennung der Organisation der Arbeiter herbeiführt, auch bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht die Erwartungen erfüllt, die die Vergarbeiter an ihn knüpfen, so wird er gewiß einen Erfolg zeitigen: nämlich endlich die Erkenntnis reifen, daß siegreiche Streiks im Ruhrbecken nur geführt werden können, wenn mit dem Indifferentismus unter der Belegschaft aufgeräumt wird, und gleichzeitig auch mit der Zersplitterungstätigkeit christlicher und nationaler Demagogen. Schon die kommenden Sicherheitsmännerwahlen und die Knappschaftskassenwahlen werden die Ruhrbergarbeiterschaft ein gut Stück Weges weiter in dieser Erkenntnis bringen. Mehr noch der kommende Kampf um Brot, Licht und Leben. Gegen diese Erkenntnis ist kein Kraut gewachsen, sie kommt, wie der Kampf selbst — von unten herauf!

Die heftige Landtagswahlreform.

Nun hat die heftige Zweite Kammer in einer zweitägigen Sommertagung das Schlußstück der heftigen Wahlreform gefertigt, die neue Wahlkreiseinteilung. Sie schließt sich dem Uebrigen, den verschärften Anteilen gegen gar zu viele Arbeiterwähler, wie Steuerrechtsklausel usw., dem Zweistimmenwahlrecht für Wähler über 50 Jahre, würdig an. Die Vorschläge der Regierung zur Neueinteilung der Landtagswahlkreise waren den Interessen der Sozialdemokratie gewiß nicht günstig, wie man von einer Regierung, die sozialdemokratischen Stadträten beharrlich die amtliche Bestätigung verweigert, ohne weiteres annehmen kann. Aber diese Vorschläge waren den im Landtage maßgebenden bürgerlichen Parteien, Nationalliberalen, Zentrum und Bündlern, noch viel zu vorteilhaft für die Sozialdemokratie. Man verhandelte monatelang hinter verschlossenen Türen und brachte dann eine geradezu skandalöse Wahlkreiseinteilung an das Tageslicht. Allen geographischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Zusammenhängen zum Trost hat man die einzelnen Orte zu Wahlkreisen zusammengewürfelt, ganz nach den Bedürfnissen der in Betracht kommenden maßgebenden 3 Parteien. „Die reine Laubsägearbeit“, wie ein sozialdemokratischer Redner im Landtage die äußere Gestalt der einzelnen Wahlkreise treffend charakterisierte. Es kam den Wahlkreisgeometern nur darauf an, möglichst sichere Wahlkreise für sich zu schaffen. Die schon der Sozialdemokratie sicheren Wahlkreise machte man durch Hinzufügung weiterer Orte mit großer sozialdemokratischer Stimmenzahl noch sicherer, um damit die so „bereinigten“ verbleibenden Bezirke zu um so sichereren Wahlkreisen der Wahlrechtsmöglicher zu gestalten. Dabei schnitt das pfäffisch schlaue Zentrum am besten ab, das insbesondere in Rheinpreußen die Nationalliberalen ganz von sich abhängig machte. Das verursachte sogar eine Rebellion der Mainzer Nationalliberalen, die in einer geharnischten Protestresolution an die nationalliberale Landtagsfraktion heftigen Widerspruch gegen die „Auslieferung nationalliberaler Kreise an das Zentrum“ erhoben und ihrem Mainzer Abgeordneten — der übrigens mit Hilfe des Zentrums gegen den Sozialdemokraten gewählt war — mit Änderungsanträgen in den Landtag schickte. Auch die Bündler waren mit ihrem Anteil an der Beute, mit der Einteilung Ober-

gänger, der Reichs- und Landtagsabgeordnete Köhler-Langdorf, dem man freilich seinen eigenen Landtagswahlkreis behafterweise ganz zerrissen hatte, sprach offen von dem völligen Mangel an Recht und Billigkeit bei dieser Wahlkreiseinteilung. Ganz empört waren auch die Freisinnigen, denen man mehrere Wahlkreise direkt weggeschlachtet hat. Die Sozialdemokraten lehnten die Aufforderung, auch Vorschläge für die Wahlkreiseinteilung zu machen, ab, mit dem Hinweis auf ihren schon 1908 gestellten Antrag, Wahlkreise mit durchschnittlich 20 000 Einwohnern zu bilden.

Die von der schwarz-blauen Koalition gebildeten Wahlkreise schwanken in der Zahl ihrer Bewohner zwischen 16 000 und mehr als 27 000.

Daß es unsere Parteigenossen an einer scharfen Kritik dieser schandbaren Missetaten sowohl in der Presse wie im Landtage nicht fehlen ließen, ist selbstverständlich. Alles aber prallte an den echnen Stützen der heftigen Wahlrechtsverschlechterer ab, selbst die Unzufriedenheit der eigenen Anhänger im Lande blieb unbeachtet, und mit großer Mehrheit beschloß die Zweite Kammer nach den Vorschlägen der vereinigten Staatsbehaltenden, um sich nach dieser Leistung bis zum Herbst zu betragen.

Nun gehen Wahlrechtsvorläge wie Wahlkreiseinteilung an die Erste Kammer, die sich natürlich nicht sträuben wird, das reaktionäre Nachwerk der „Volksvertretung“ zu sanktionieren, wenn gleich die „edlen Herren“ es gern noch schlechter gehabt hätten. Im Herbst 1911 wird dann zum ersten Male in Preußen nach den neuen Bestimmungen gewählt. Wenn die heftigen Sozialdemokraten den Herren nur nicht einen bösen Strich durch die Rechnung machen und doch mehr Sozialdemokraten in den Landtag schicken, als die frechen Betrüger an den politischen Rechten des Volkes es sich so fein ausgerechnet haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juli 1910.

Zur Wahlreform.

Die zuweisen offiziös bediente „Korrespondenz Woth“ schreibt:

„Die Frage der Wahlreform hat in letzter Zeit wiederholt in der Presse erneut die Gemüter erregt als der neue Minister v. Dallwitz die Geschäfte übernahm. Man sprach davon, daß nunmehr, nachdem der Jauderer Wolkte erledigt sei, der neue Mann eine neue Wahlvorlage ausarbeiten werde. Zunächst entscheidet über wichtige Fragen das Staatsministerium und der einzelne Ressortminister ist nur ausführendes Organ. Bis jetzt hat das Staatsministerium über die Wahlvorlage nach der Sitzung, in der die Zurückziehung der Vorlage beschlossen wurde, erneut keine Beschlüsse gefaßt. An der Auffassung des Staatsministeriums, daß das gegebene Königswort in der Wahlfrage noch nicht eingelöst sei, hat sich nichts geändert und es ist deshalb als feststehend zu betrachten, daß die Wahlfrage später erneut den Landtag beschäftigen wird. Ueber den Zeitpunkt der Einbringung ist bisher nichts beschlossen, auch über die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes verläutet nichts. Herr v. Dallwitz hat sein Amt erst kaum übernommen. Zunächst braucht er Ruhe, um sich über alle wichtigeren Fragen seines Ressorts zu informieren, erst später kann er sich auf Einzelheiten einlassen. Soweit wir unterrichtet sind, besteht vorläufig nicht die Absicht, dem Landtage bereits in der nächsten Session eine neue Wahlvorlage zu unterbreiten, die Parteiverhältnisse haben sich nicht geändert, die Chancen für die Wahlreform sind also die gleichen wie bisher, wahrscheinlich dürfte die Frage erst nach den Landtagsneuwahlen gelöst werden.“

Danach scheinen sich die „Homogenen“ wirklich sehr die Zeit nehmen zu wollen. Eine solche Verschleppung der Wahlreform würde doch sehr viel böses Blut machen und für die Reichstagswahlen den Oppositionsparteien den denkbar besten Agitationsstoff liefern.

Auf der anderen Seite freilich wäre für die Regierung auch nichts gewonnen, wenn sie abermals mit einer solchen Spottreform an den Landtag käme, wie sie die letzte Vorlage oder auch das Herrenhauskompromiß darstellte. Einerlei, ob eine solche Vorlage Annahme fände oder nicht — die Empörung der Betroffenen und verärgerten Volksmassen würde durch solch neue Wahlrechtsfarce nur noch mehr aufgeweicht werden.

Welches Uebel der Regierung als das kleinere erscheinen wird, läßt sich schwer erraten. Da indes auch die letzte Wahlrechtsvorlage ganz unvermutet auf der Wildflähe erschien, wäre ein abermaliger Ueberrumpelungsversuch keineswegs ausgeschlossen.

Der neue Finanzminister über die Finanzreform.

Die „Kreuzzeitung“ regt sich darüber auf, daß der hannoversche Stadtdirektor Tramm sich abfällige Äußerungen über die Talonsteuer erlaubt hat. Da ist nun das „Berliner Tageblatt“ bodhaft genug, das konservative Organ, das sich darüber entrüstete, weil der Stadtdirektor nicht ganz in dem Tone schuldigen Respektes von dieser Perle schwarzblauer Finanzkunst gesprochen habe, darauf aufmerksam zu machen, daß auch der Oberbürgermeister einer preussischen Großstadt gelegentlich einer Anfrage bei zahlreichen Stadtverwaltungen erklärt habe:

„Die Befreiung der Steuerpflicht der Zinsbogen halte ich selbstverständlich für dringend erwünscht! Den Städten ist durch diese Steuerpflicht zu den vielen anderen neuen Lasten eine Belastung erwachsen, welche bei Beratung des Gesetzes wohl von keiner Seite beabsichtigt gewesen ist. Die Abwälzung dieser Last auf die Zinsbogeninhaber ist aus vielfach erörterten Gründen ausgeschlossen.“

Der Oberbürgermeister aber, der so scharf zum Kampfe wider die Talonsteuer aufgefordert habe, sei kein anderer, als Herr Lenze, der neue preussische Finanzminister! Die Städte aber würden nun wohl, so fährt das Blatt ironisch fort, die Genugtuung erleben, daß Herr Lenze nunmehr energisch für die Befreiung der getadelten Steuer eintreten werde.

Ein Unzufriedener.

Daß Graf Wosadowsky von dem Gang der inneren Politik Deutschlands und namentlich von dem vollständigen Stillstand und beständigen Verschlechterungsversuchen in der sozialpolitischen Gesetzgebung nichts weniger als entzückt ist, weiß man. Die „Magdeburger Zeitung“ weiß darüber noch ein paar Details zu berichten und teilt dabei als des Grafen „authentische Worte“ mit: „Es ist nicht besser gegangen, seitdem ich aus dem Amte schied. Es ist sogar von diesem Augenblick an schlechter gegangen.“

Man sieht, jetzt gehören sogar die Minister — wenigstens die gewesenen — zu den Unzufriedenen. Und es ist nicht uninteressant, daß die „Magdeburger Zeitung“ auch zu berichten weiß, daß Wosadowsky ein Zusammentreffen mit Bülow vermeiden, obwohl sie beide gleichzeitig in Berlin sind. Bestätigt das doch die Ansicht, daß Wosadowsky von Bülow gegen seinen Willen rücksichtslos abgeholfert worden ist.

Der freßende Moloch.

Der neue Militäretat weist, wie die „Post“ mitteilen kann, eine neue Steigerung der Ausgaben auf. Nach dem im nächsten Jahre ablaufenden Quinquennat werden in diesem Etatsjahr neu errichtet: Ein Kavalleriebrigadestab (88) bei der 38. Division in Erfurt, ein Kavallerieregiment (Jägerregiment zu Pferde Nr. 8) mit niedrigem Etat und dem gleichen Standort Erfurt. Außerdem wird der Etat der 3. Versuchskompanie beim Luftschifferbataillon um 1 Offizier, 1 Bizefeldwebel, 12 Unteroffiziere und 57 Mann erhöht. Durch diese Heeresvermehrung sowie einige andere Etatserhöhungen werden für Offiziere an neuen Stellen geschaffen: 1 Brigade- und 1 Regimentskommandeur, 1 Stabsoffizier, 6 Rittmeister und Hauptleute, 19 Subalternoffiziere, 2 Aerzte und 3 Veterinäroffiziere.

Damit sind die Vermehrungen im Rahmen des gegenwärtigen Quinquennats abgeschlossen, und es wird nun abzuwarten sein, was die in diesem Winter bereits kommende Militärvorlage bringen wird.

Dernburg mit der „Autorität“.

Wurde da unlängst von der „Kolonialen Rundschau“ eine eigene Reklamenummer für Herrn Dernburg herausgegeben, in der Vater Dernburg den Werdegang seines großen Sohnes schildert und dabei folgendes erzählt:

„Schon vor Jahresfrist teilte er mir mit, daß er zu Offizieren im Dienstbuch fähig werden werde, oder wie er im Scherz sagte, „Cincinnatus kehrt zu seinem Pfluge zurück“. Bis zu jenem Termin glaubte er die in seinem dem Kaiser unterbreiteten Antrittsprogramm vorgesehenen organisatorischen Maßnahmen durchführen zu können; eine lediglich verwaltende Tätigkeit entsprach weder seiner Veranlagung, noch konnte sie ihn politisch befriedigen.“

Seiner ganzen Veranlagung nach kann Bernhard Dernburg von einer Regierung Schwäche am wenigsten ertragen. Die Preisgabe des kaiserlichen Ansehens unter Fürst Bülow hat er für einen schweren Fehler gehalten. Man nennt ihn oft eine „Herrennatur“. In dieser Bezeichnung liegt indessen ein Zug von egoistischer Selbstherrlichkeit, die ihm fremd ist. Aber als Mann der Autorität verlangt er eine feste Hand; seine Devise ist: Wer in schwankender Zeit schwankend gesteht, ist der verneht das Uebel. Was er in einer rückschauenden Selbstkritik bei sich am stärksten beauftragt, ist, daß er die Zeit als entscheidenden Faktor nicht hoch genug eingeschätzt und, von seinem starken Temperament verführt, manchmal dem Augenblick zu sehr belästet hat.“

Also der ehemals freisinnige Politiker, ist ein Mann der Autorität und Fürst Bülow war ihm zu wenig monarchisch. Herr Dernburg hätte viel lieber sich gleich dem Janschauer Oldenburg royalistisch als der König selbst erweisen, und wenn er statt Bülow Reichskanzler gewesen, er hätte die Bekämpfer des persönlichen Regiments schon zu Paaren getrieben. Papa Dernburg hat es sicher seinem Sohne gut vermerkt. Wir meinen aber nicht, daß diese byzantinische Reklame viel nützen wird. Allerdings die „Kreuzzeitung“ ist veröhnt und findet sich sympathisch berührt.

Die Wahl in Frankfurt.

Der Erlaß zur Beschleunigung der Reichstagswahlwahlen scheint den Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. Oder nicht zu kümmern, denn er hat für das dort erledigte Reichstagsmandat bis heute noch keinen Termin zur Nachwahl angesetzt. Wie es scheint, soll diese Nachwahl bis nach der Ernte hinausgeschoben werden. Daran mögen vielleicht die Konservativen ein gewisses Interesse haben, jedenfalls aber entspricht dieses Hinauszögern der Wahl nicht der Verfügung, die der Minister des Innern erlassen hat.

Reichstagskandidat auf bestimmte Zeit.

Wir melde bereits, daß der Sohn des ersten Vizepräsidenten Spahn von den Vertrauensmännern des Zentrums im Kreis Warburg dazu ausersuchen sei, den Kreis als Nachfolger des Abgeordneten Schmidt im Reichstage zu vertreten. Die Kandidatur scheint aber nur auf ein Jahr zu gelten. Denn die Mehrheit der Vertrauensmänner beschloß eine Resolution, in der es heißt:

„Den Zentrumswählern des Wahlkreises Warburg-Höxter wird empfohlen, ihre berechtigten Wünsche in betreff einer Kandidatur aus dem Wahlkreise für die jetzige Reichstagswahl im Interesse der Allgemeinheit und aus ganz triftigen, besonderen Gründen zurückzustellen. Wir versprechen indessen, bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1911 bzw. 1912 den Wünschen der Wählerchaft nach einheimischen Kandidaten Rechnung zu tragen.“

Sehr viel Sympathie scheint man also dem importierten Kandidaten gerade nicht entgegenzubringen.

Ein neues Mordinstrument.

Einem Münchener Blatt wird aus Berlin mitgeteilt, daß das preussische Kriegsministerium eine große finanzielle Unterstützung zugefagt hat für den Bau eines eigenartigen Ballontyps, eines dreigliedrigen, starren und rasch zerlegbaren Kriegs-Water-Zustiffes. Die deutsche Heeresverwaltung stellt folgende Bedingungen: Leichtes Wanderverfahren, Lenkbarkeit, große Beweglichkeit, um feindlichen Angriffen ausweichen zu können, gefahrlose Verwendung des Kanlenpumps, leichte Zerlegbarkeit, sowie eine artilleristische Leistung durch Werfen von Sprenggeschossen.

Wahlerfolg in Württemberg.

Im Welzheimer Wahlbezirk, wo durch das Ausschneiden des nationalliberalen Abg. Dr. Hieber Erfolgswort zum Landtag notwendig geworden war, erzielte am letzten Freitag die Sozialdemokratie einen schönen Erfolg. Trotdem der Wahlkreis ein überwiegend bäuerlicher, brachte es unsere Partei, die 1908 741 (bei der Proporzwahl 1007 687) Stimmen auf sich vereinigt hatte, auf 1000 Stimmen, die größte Zahl, die überhaupt auf einen der fünf Kandidaten entfiel. Die Nationalliberalen, die 1908 mit Unterstützung des Bundes der Landwirte 1800 Stimmen aufgebracht hatten, mußten sich diesmal mit 697 Stimmen begnügen, während der Bündler 602 Stimmen, der Volksparteiler 770 und das Zentrum 94 auf sich vereinigten.

Nach einem bereits vor der Hauptwahl getroffenen Abkommen wollen die Nationalliberalen die Volkspartei im zweiten Wahlgange unterstützen.

Eine Nachwahl in Bayern.

Im bayerischen Landtagswahlkreis Aichach hat Sonntag eine Nachwahl stattgefunden. Der Kreis ist sicherer Zentrumsbesitz und der ultramontane Kandidat Reichner wurde gewählt.

Nach den bisherigen Feststellungen wurden abgegeben: für den sozialdemokratischen Kandidaten 1081 Stimmen, für das Zentrum 6273, für die Liberalen 617 und für den Bauernbund 846 Stimmen. Aus 23 Gemeinden steht das Resultat noch aus. — Bei der Hauptwahl im Jahre 1907 erhielten in diesem zweimännigen Wahlkreise die Ultramontanen 7574 und 7614, die Liberalen 928 und 924, die Bauernbündler 1008 und 1005, die Sozialdemokraten 514 und 520 Stimmen.

Obwohl unsere Parteigenossen in der Agitation für diese Nachwahl, über deren Resultat ja kein Zweifel bestehen konnte, nicht

übermäßige Anstrengungen gemacht hatten, hat unsere Partei verhältnismäßig am besten abgeköpft. Denn unser Stimmentum zu was beträgt bereits nach den bisherigen Feststellungen mehr als 100 Prozent. Das ist um so bedeutungsvoller, als sowohl die Liberalen wie auch die Ultramontanen mit Hochdruck gearbeitet und den ganzen Wahlkreis mit Agitatoren überschwemmt hatten.

Der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Eggenberg hat mit Rücksicht auf sein vorgeschrittenes Alter sein Pensionsgesuch eingereicht.

Frankreich.

Die Affäre Rochette.

Paris, 19. Juli. (P. Z.) Clemenceau kategorisch Telegramm, daß er in der Angelegenheit Rochette „von nichts weiß“, hat große Enttäuschung hervorgerufen, vor allem aber die parlamentarische Untersuchungskommission keinesfalls befriedigt. Jaurès, der Vorsitzende der Kommission, erklärt, das Telegramm widerspreche sich selbst. In den ersten Sätzen meldet Clemenceau, „niemals habe jemand zu ihm über Rochette gesprochen, niemals habe er ein Wort über dessen Angelegenheit gehört“, und bereits zwei Zeilen weiter gibt er zu, dem Polizeipräsidenten Lepine gewisse Anweisungen hinsichtlich Rochette gegeben zu haben. Jaurès ist der Ansicht, daß die weitere Untersuchung bis zur Milderung des früheren Premierministers nach Paris verlagert werden muß.

Jaurès hatte den Justizminister ersucht, eine Prüfung der Aktenstücke vom Tage der Verhaftung Rochettes vorzunehmen, um über die Finanzoperationen des letzteren ein klares Bild zu erhalten. Der Justizminister hat jedoch ein derartiges Untersuchungsverfahren für ungesetzlich erklärt, dagegen hat er der Kommission sämtliche Berichte der Kriminalbehörden über den Fall zugehen lassen.

England.

Die Verfassungskonferenz.

London, 19. Juli. Der Premierminister dürfte am nächsten Montag über die Verfassungskonferenz zwischen den einzelnen Parteien dem Hause eine wichtige Mitteilung machen. Die Konferenz hat in der letzten Zeit noch mehrmals getagt, doch ist von der Annahme eines Abkommens bisher noch nichts bekannt geworden. Vermutlich wird die Konferenz während der Parlamentsferien ebenfalls nicht tagen, aber kurz vor dem Zusammentritt des Hauses im November ihre Sitzungen wieder aufnehmen.

Marokko.

Neue Kämpfe.

Paris, 18. Juli. Aus Fez wird unter dem 16. Juli gemeldet: Die Veraber in der Umgebung von Taza haben sich zur Bildung einer Mahalla vereinigt, die den französischen Vormarsch im Rufugebiet aufhalten soll. Sie haben durch Ausrufer ankündigen lassen, daß sie während eines Zeitraums von zehn Tagen jeden Handelsverkehr mit der Grenze von Algerien unmöglich machen wollen.

Aus der Partei.

Die Ovation für den Großherzog. Der Karlsruher „Volksfreund“ teilt mit, daß bei der feierlichen Schlußfeier des Landtages sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Westhoff, Breitenfeld, Dr. Frank, Seig, Kolb, Kräuter, Kurz, Müller-Schöpfheim und Schwall beteiligten. In das Hoch auf den Großherzog haben sie nicht eingestimmt.

Man sieht, welche feinen Unterschiede bei so einer Ovation gemacht werden können. Die badischen Abgeordneten haben sich zu Ehren des Großherzogs erhoben, aber sie haben nicht zu seinen Ehren geschrien.

Die Ovation ist selbst der „Fränk. Tagespost“, unserem Rührer-Parteiorgan, das sonst mit der badischen Fraktion durch die und dinn geht, zuviel. Es schreibt: „Einen Unfug begangen zehn Mitglieder der badischen Landtagsfraktion, indem sie bei dem am Schluß der Session ausgebrachten Hoch auf den Großherzog nicht nur im Saal blieben, sondern sich, wenn die Berichte stimmen, auch mit erhoben. Die badischen Genossen sollten sich erinnern, daß die Sozialdemokratie keine monarchische und kurpatriotische Partei ist. Es ist sehr unklug, wenn die badischen Genossen den Gegnern ihrer Haltung in der Budgetfrage noch diese Waffe in die Hand geben.“

Die Organisationen und die Budgetbewilligung.

Die Kreisgeneralversammlung für den dritten weimarschen Wahlkreis tagte am 17. Juli im Gewerkschaftshaus in Jena. Anwesend waren 35 Delegierte aus 19 Orten, außerdem die Vertreter der in Betracht kommenden Parteigeschäfte. Die Agitation war im Geschäftsjahre namentlich infolge der Landtagswahl eine sehr rege, es fanden 127 öffentliche Versammlungen statt. Wir haben in neun Orten 30 Vertreter im Gemeinderat. Die Mitgliederzahl des Wahlvereins stieg von 2326 auf 2605, darunter sind 328 weibliche. Die Gesamteinnahme betrug 7028 M., die Ausgabe 6061 M., zur Landtagswahl gingen 2748 M. ein. Dem Kassierer wie dem Vorstand wurde Decharge erteilt. Die Abonnentenzahl der „Weimarschen Volkszeitung“ hat auch im abgelaufenen Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen, sie stieg um 227. Um die nächstjährigen Wahlarbeiten genügend vorbereiten zu können, soll der Hauptvorstand einen Geschäftsführer anstellen. Nach der Debatte über den Magdeburger Parteitag wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heute, am 17. Juli 1910 stattfindende Kreis-Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Weimar III beurteilt auf das entschiedenste die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Staatsbudget. Durch diesen Beschluß hat die badische Landtagsfraktion dem Parteitag in Nürnberg eine bewußte Mißachtung entgegengebracht und sich freiwillig außerhalb der Partei gestellt. Die heutige Kreis-Generalversammlung erwartet, daß der Parteitag in Magdeburg diejenigen Rahmregeln ergreift, die auf Grund des Organisationsstatus geboten erscheinen.

Als Vertreter zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen wurde Genosse Wurm-Berlin gewählt.

Aus der bemerkenswerten Debatte, die der Annahme der von uns bereits wiedergegebenen Resolution der Generalversammlung des Wahlkreises Bochum-Gelsenkirchen vorausging, sei folgendes wiedergegeben:

Genosse Que, der als Referent zuerst sprach, ließ keinen Zweifel darüber, daß er nach den bis jetzt vorliegenden Mitteilungen die Budgetbewilligung in Baden nicht billigen könne. Er ließ den badischen Genossen volle Berechtigung widerfahren, erkannte ihre wichtige Arbeit im Interesse des Proletariats an und berücksichtigte auch die besonderen süddeutschen Verhältnisse, die geeignet seien, die Demokratisierung Deutschlands zu fördern. Trotzdem er, so erklärte Que, sich be-

müht habe, sich über die besonderen Umstände zu informieren, konnte er bis jetzt nichts finden, was den Schritt der badischen Genossen rechtfertigen könnte. Hie warnte dringend vor der Nachahmung liberaler Beispiele aus der seligen Bismarck.

Mit der vorliegenden Resolution sei er besonders aus dem Grunde einverstanden, weil sie die dringende Mahnung zu ruhiger und sachlicher Behandlung der Angelegenheit enthalte. Gewiß liege ein Disziplinbruch vor, aber so lange nicht böswillige Absicht nachgewiesen sei, zieme es sich nicht, mit Knüppeln dreinzuschlagen. Wenn die Gewerkschaften jeden Fall von Disziplinbruch ohne Rücksicht auf die Umstände mit Ausschluß ahnden wollten, dann wären sie bald fertig. Szenen wie in Dresden und Nürnberg dürften sich auf keinen Fall wiederholen. Wir würden uns damit die günstige politische Situation, in der wir uns augenblicklich befinden, völlig verderben.

Genosse Weyer erklärte, es könne kein Streit darüber bestehen, daß die badischen Genossen den Nürnberger Beschluß verlegt hätten, und diese Genossen werden das auch nicht bestreiten. Es werden sich nur auf eine Zwangslage berufen. Auch darüber dürfte Einigkeit herrschen, daß kein Augenblick ungeeigneter sei als der jetzige, um der Partei eine solche Auseinandersetzung aufzuzwingen. Aus dem Grunde halte er es für notwendig, den badischen Genossen die Möglichkeit der Rechtfertigung offen zu lassen, bevor man urteile. Ob die Zustimmung zum Budget unter Verletzung des Nürnberger Beschlusses ein unvermeidlicher Schritt auf dem Wege dieser an sich erfreulichen Politik war, werden die badischen Genossen erst zu beweisen haben.

Genosse Wendler schließt sich diesen Ausführungen im allgemeinen an, erklärt, daß er vielleicht manches in der Resolution scharfer gewünscht hätte, doch da es sich eben um eine Vereinbarung handle, so müsse jeder etwas nachgeben.

Genosse Rag König, der Landessekretär, gab seiner Freude über die Stellungnahme der Redner und die zutage getretene Einmütigkeit Ausdruck. Darauf wurde die Debatte durch Schlußantrag beendet und die Resolution einstimmig angenommen.

Die Mannheimer „Volksstimme“ veröffentlicht folgenden Bericht aus Weinheim: Am Sonntag hielt der Sozialdemokratische Ortsverein seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Seufert, unser Landtagskandidat, referierte über die Aufgaben des badischen Parteitages, der am 20. und 21. August in Offenburg tagt. Die Frage der Budgetbewilligung, die auch den Parteitag beschäftigen wird, behandelte er eingehend. Sämtliche Redner waren der Ansicht, daß die Fraktion nicht gut anders handeln konnte. Eine Resolution, die der Fraktion Anerkennung und volles Vertrauen ausdrückt, wurde einstimmig angenommen.

Vierzehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Braunschweig, 18. Juli.

Die Generalversammlung wurde am Montagmorgen in den „Gambrius-Hallen“ eröffnet.

An den Verhandlungen nehmen reichlich 80 Delegierte, Vorstand, Redaktion, Ausschuß und 13 Gauleiter teil.

Der Zentralvorsitzende Deichmann eröffnete den mündlichen

Geschäftsbericht.

Der Vorstand hat die Generalversammlung, die statutengemäß bereits im vorigen Jahre hätte stattfinden müssen, erst in diesem Jahre einberufen, weil es angesichts des gewaltigen Kampfes gegen die Tabaksteuererhöhung und der allgemeinen Unsicherheit, die die ganze Situation im vorigen Jahre für den Verband mit sich brachte, nicht ratsam war, Beschlüsse einer Generalversammlung herbeizuführen. Ferner hat der Vorstand, durch die Verhältnisse genötigt, entgegen der Leipziger Resolution, besoldete Gauleiter in Braunschweig, Erfurt und Dresden angestellt, nachdem die bezüglichen Gaulkonferenzen einstimmig die Anstellung gefordert hatten. Redner ersucht die Generalversammlung, diesen Anstellungen die Sanction zu erteilen.

Er entrollte dann ein großzügiges Bild der Kämpfe um die Tabaksteuer und der verheerenden Folgen dieser Steuer. Der Verband hat im vorigen Jahre eine gewaltige Protestbewegung gegen die Tabaksteuererhöhung veranstaltet. Die christliche Gewerkschaftsrichtung hat sich an den Maßnahmen nicht beteiligt. Heute liegt klar, warum sie nicht für die Interessen der Tabakarbeiter kämpfte. Es haben, als es zur Abstimmung kam, mehrere christliche Gewerkschaftsabgeordnete direkt für die Tabaksteuer gestimmt, alle aber haben sich dadurch des Betrugs an den Tabakarbeitern schuldig gemacht, daß sie in der Gesamtstimmung für das ganze Geseh gestimmt haben. Den Konservativen, Freikonserverativen, Zentrum und Polen, Antifemiten und dem Bund der Randwirte haben die Tabakarbeiter die ungeheure Belastung und das ganze Elend zu verdanken. Nur einige Kuhenseiler in diesen Parteien haben gegen das Geseh gestimmt, aber aus dem sehr durchsichtigen Grunde, weil sie sonst um so größere Gefahr liefen, nach den nächsten Wahlen nicht mehr als Abgeordnete nach Berlin reisen zu dürfen. Die Folgen der Tabaksteuererhöhung sind weit schwerer geworden, als wir allgemal gedacht hatten. Genau wie 1879 haben eine ungeheure Arbeitslosigkeit, Lohnbrud und Elend sich breit gemacht. Vor allem der Lohnbrud durch die Lieferung schlechten Materials und Verlegung der Tabakindustrie in jene Bezirke, wo willige und billige Hände in Ueberflus herandrängen.

Die Größe der Arbeitslosigkeit hat der Verband zuletzt in der Woche vom 4. bis 9. Juli statistisch erfasst. Dieser Statistik haben sich bedauerlicherweise 21 Zahlstellen nicht angeschlossen. Aber in den 433 sich beteiligenden Filialen ist festgestellt worden, daß an den sechs Tagen täglich zwischen 3239 und 3164 Mitglieder arbeitslos waren, von diesen waren zwischen 1448 und 1426 weibliche. Alles in allem waren 10,31 Proz. aller Mitglieder arbeitslos, wohingegen ein Jahr nach Inkrafttreten der Vorlage. Da ist ganz sicher ein weit höherer Prozentsatz arbeitslos gewesen während der ersten Wochen und Monate, in denen das Geseh in Kraft war. Es kann mit Bestimmtheit für die Gesamtziffer der etwa 200 000 Tabakbeschäftigten mindestens derselbe Arbeitslosenprozentsatz angenommen werden, so daß im gegenwärtigen Moment für die gesamte Tabakindustrie eine Arbeitslosenziffer von noch 18 000 bis 22 000 vorhanden ist. Das ist eine doppelte so hohe Zahl, als der Reichstagssekretär Bermuth am 17. Januar 1910 im Reichstage angegeben hat.

Redner brandmarkt die bekannte Art, in der im Reichstage die Entschädigungsanträge für die Tabakarbeiter von den Parteien der Rechten verhandelt worden sind, die Verschlechterungsanträge der Zentrumspartei (Antrag Giesbert), den ganz elendigen Verrat durch diese Partei, der zwischen der zweiten und dritten Lesung vor sich gegangen. Wenn an Stelle der deutschen Tabakarbeiter die Junker genossen in Frage gekommen wären, würde für eine ausreichende Entschädigung gesorgt worden sein. (Weyer ruft: Das ist immer gewesen!)

Die Tabakarbeiter dürfen es den christlichen Arbeiterabgeordneten niemals vergessen, in welcher ruhmloser Weise sie mit ihren Interessen umgesprungen sind, vor allem nicht die rheinisch-westfälischen Tabakarbeiter. Angesichts der Arbeitslosigkeit und Gewissenlosigkeit solcher Arbeiterführer haben die Tabakarbeiter dafür zu sorgen, daß diese Leute nicht lange mehr als Gesehgeber die Lebenslage der Arbeiter unter die Füße treten dürfen. (Lebhafte Beifall.)

Die weiteren Ausführungen waren eine Kennzeichnung der äffernmässigen Entwicklung und der wirtschaftlichen Erfolge des Verbandes, deren hervorragendste Biffern wir schon im Vorbericht

befrachten. Der Verband zählte am Jahreschluss 32 625 Mitglieder. Die furchtbare Krise hat nicht herbeiführen können, die Zahl der Organisierten zu reduzieren, und ein sehr gutes Zeichen ist es, daß die Beitragsleistung sogar noch in die Höhe gegangen ist.

Auch war es trotz der in jeder Beziehung schlechten Verhältnisse dem Verbands noch möglich, Lohnreduzierungen abzuwehren, ja Verbesserungen herbeizuführen, allerdings nicht in der letzten Zeit. Sie schneidet ab mit dem Inkrafttreten der Tabaksteuererhöhung. Eingehend wurden vom Redner die ungeheuren Anstrengungen der Arbeitgeberverbände in letzter Zeit besprochen, ihre organisierte Ausperrungstaktik und ihr Schwarze-Listensystem. — Der Verband braucht aber trotzdem nicht ängstlich zu sein, wenn er es nur versteht, den Dingen klar ins Angesicht zu sehen. Es dürfte nicht Aufgabe der Delegierten sein, den Verband immer mehr zu einer Unterstützungsorganisation zu machen, sondern alle Mittel mühen bereit gestellt werden zum Kampf mit einem aufs schärfste ausbeutenden Unternehmertum. (Lebhafte Beifall.)

Redner empfahl zum Schluß eine Protestresolution gegen die von den Verbündeten Regierungen und dem Reichsschatzamt bewirkte ungesetzliche Beiseiteschiebung des Artikels IIa des Tabaksteuererhöhungsgesetzes vom 15. Juli 1909, sowie gegen die daraufhin vom 18. Juli 1910 ab vollzogene Verklärung der Unterstützung an die durch das Tabaksteuererhöhungsgesetz arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter und gegen die gänzliche Beseitigung der Unterstützung vom 10. Dezember 1910.

Der Kassierer Nieder-Welend-Bremen gab den

Kassenbericht.

Seine Ausführungen können wir übergehen, da wir den Stand der Kassenverhältnisse im Vorbericht genügend besprochen.

Der kurze Ausschussbericht, von Eilke in Aktion gegeben, bot nichts Bemerkenswertes für die Öffentlichkeit.

In der

Diskussion.

Schilderte Schäfer-Vielefeld die gewaltige Arbeitslosigkeit, die besonders über Westfalen hereinbrochen ist. Allein das Hauptzollamt Minden hatte Ende Mai über 2 Millionen Mark, also mehr als die Hälfte der vom Reichstage ausgeworfenen Summen für Unterhaltungen verbraucht. Jetzt erlösen die Reichsreue der Kommunen, die eine große Einbuße an Steuern erleiden. Redner bewies an Zahlen, daß in den Monaten vor Inkrafttreten der Steuer 29 westfälische Tabakfirmen mit über 7000 Arbeitern einen Rückgang in der Produktion gegenüber denselben Monaten des Vorjahres gehabt haben, daß es also nicht wahr ist, wie die Zentrumspropaganda darstellt, daß die Arbeitslosigkeit auf Ueberproduktion vor Inkrafttreten der Steuer zurückzuführen ist, sondern daß sie lediglich in einem Rückgang des Konsums infolge der Verteuerung durch die Steuer ihren Grund hat.

Ein Dresdener Delegierter schilderte die riesenhafte Arbeitslosigkeit im Königreich Sachsen. Ein ganz ungeheurer Verlust von Arbeitstagen bleibt unentschädigt und unangedeckt, weil nach den Beschlüssen des Reichstages der Verdienst unter drei Viertel heruntergehen muß, ehe überhaupt eine Entschädigung eintreten kann. Redner berechnete, daß bei den Tabakarbeitern, die vierteltägig arbeitslos waren, allein in Sachsen über 72 000 Arbeitstage unentschädigt geblieben sind, oder pro Kopf der betreffenden Kollegen 32,8 Arbeitstage.

Reichstagsabgeordneter Weyer begründete die bereits erwähnte Resolution und wies nach, daß die vom 16. Juli ab vollzogene Verklärung der Unterstützung an die arbeitslos gewordenen geschädigten Tabakarbeiter und die gänzliche Beseitigung dieser Unterhaltungen vom 10. Dezember 1910 ab, wie die Verbündeten Regierungen und das Reichsschatzamt es verfügt haben, ganz ungesetzlich sind. Artikel IIa des Tabaksteuererhöhungsgesetzes (Unterstützung der Tabakarbeiter betreffend) besteht noch, und es ist vom Reichstags zu verlangen, daß auf Grund dieses Artikels die Unterhaltungen weiter gezahlt und die bereits gezahlten Unterhaltungen nachgezahlt werden.

Aus allen Werten gingen die Schilderungen von den Schädigungen durch jene schändliche Politik ein, die außer dem räuberischen Angriff auf die Taschen der Konsumenten einen so brutalen Schlag gegen die Tabakarbeiter als Produzenten geführt hat.

Die Sitzung schloß sich zu einem fesselnden Protest gegen die Finanzpolitik der Regierung und des Pottentotten-Reichstages, gegen die Ansaueigkeit bei der Entschädigung der Opfer dieser Politik, die Schwierigkeiten, die die Behörden den Tabakarbeitern bei der Erlangung der Beihilfenunterstützungen machen, die niederträchtige Art und Weise, mit der die Zentrumspartei jede nur einigermachen ausreichende Unterstützung der Tabakarbeiter verhinderte, und die Jesuiterei, mit der die christliche Gewerkschaft die Arbeiter darüber hinwegzuleiten sucht.

Nachdem Deichmann und Arnold, der Vertreter des Sortiererverbandes, die Möglichkeit einer Versammlung erwogen und eine solche als den Verhältnissen gemäß noch bekräftigt erlautet hatten, wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Soziales.

Schenkonzessionen für Vereine.

Für Vereine ist von erheblicher Bedeutung eine von seiner früheren Stellung abweichende Entscheidung, die der dritte Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts in seiner letzten Sitzung gefällt hat. Nach § 33 der Gewerbeordnung bedarf der Erlaß eines Bescheidens, Schenkungswirtschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben will. Das preussische Oberverwaltungsgericht hatte immer den Standpunkt vertreten, daß eine solche Konzession nur an physische Personen erteilt werden könne, nicht aber an rechtsfähige Vereine. Aus einem bestimmten Anlaß mußte aber in Betracht kommende dritte Senat zu der Frage erneut Stellung nehmen. Der Beamtenverein, Genossenschaft mit beschränkter Haftung, in Gumbinnen verfolgt den Zweck, die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Mitglieder in jeder Beziehung zu verbessern. Zu dem Zweck hat er Einrichtungen zu treffen für den gemeinschaftlichen Einkauf von Lebensbedürfnissen im großen und den Abfall im kleinen. Unter anderem bezieht er auch Spirituosen im großen, die er dann an seine Mitglieder flaschenweise abgibt. Die Vollzeilverwaltung sah das als einen Kleinhandel im Sinne des § 33 an und erließ eine Verfügung an den Verein zu Händen seines Vorsitzenden, durch die er dem Verein aufgab, eine Konzession nachzusuchen. Der Vorstand beschwerte sich vergeblich beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen. Darauf klagte er beim Oberverwaltungsgericht, indem er geltend machte, daß hier kein Kleinhandel vorliege, da der Verein keine Gewinnzwecke verfolge.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage mit folgender Begründung ab: Die Verfügung verlange, daß der Verein die Konzession nachsuchen solle. Bei der Entscheidung komme es deshalb auch nicht darauf an, ob eine solche Aufforderung überhaupt an einen Verein ergehen könne. Dieser sei es in der Literatur und Judikatur zweifelhaft gewesen, ob rechtsfähige Vereine überhaupt eine Konzession bekommen können oder dürfen. Aus den Bedenken, die sich aus der früheren Gesetgebung ergaben, habe der Senat denn auch angenommen, daß Konzessionen nur an physische Personen erteilt werden könnten. Mit Rücksicht auf diejenige Fassung des § 33 der Gewerbeordnung und auf eine Bekanntmachung des Ministers des Innern gehe der Senat davon aus. In dieser Bekanntmachung werde unter Bezugnahme auf die im letzten Absatz des § 33 den Landesregierungen erteilte Befugnis angeordnet, daß die Konzessionsvorschrift des Absatz 1 des § 33 auf alle Vereine, selbst dann, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist, Anwendung finden solle. Jetzt, nachdem dies für Preußen gelte, gehe der Senat davon aus, daß Vereine, wie der hier vorliegende, ein Konzessionsrecht und eine Konzessionspflicht hätten. Die Verfügung sei auch sonst gerechtfertigt, denn nach Absatz 5 und 6 des § 33 der Gewerbeordnung komme es darauf, ob der Verein einen Gewinnzweck verfolge, gar nicht an.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Tarifrage im Tapeziererberuf.

Die Filiale Berlin des Tapeziererverbandes hatte am Montag eine zahlreiche Besprechung allgemeine Mitgliederbesprechung, die zur Tarifrage und speziell zu dem neulich in der Klebersektion gefassten Beschlusse Stellung nahm. Der Vorsitzende Bielewicz führte in seinem Referate aus: Seit mehr als drei Jahren werde im Tapeziererberuf Berlins tariflos gearbeitet. Die Ortsverwaltung stehe auch grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß an sich ein Tarifverhältnis angebahnt werden müßte. Voraussetzung sei natürlich, daß die Möglichkeit bestehe, einen guten Tarifvertrag zu erzielen. Wie liegen nun jetzt die Verhältnisse? Wäre es zweckmäßig, im Herbst in eine Lohnbewegung einzutreten? Die Frage müsse verneint werden mit Rücksicht auf die schlechte Zeit, in der man im vierten Jahre tariflos arbeite, und mit Rücksicht auf die allgemeine Situation. Einen Tarifvertrag könnte man leicht erzielen, aber keinen brauchbaren. Es müsse ja unumwunden anerkannt werden, daß die Kleberbranche ganz besonders stark unter der schlechten Konjunktur gelitten habe, mehr noch, als die andere Branche. Verständlich sei es ja, wenn nun die Kleber das Bestreben hätten, sobald als möglich zu einem Tarif zu kommen. Das erkenne nicht nur die Ortsverwaltung, sondern auch der Hauptvorstand an, der bekanntlich gegen eine Lohnbewegung in diesem Herbst Einspruch erhoben hat. Die Zeit sei aber nicht günstig. Die Kleber seien noch zum großen Teil der Meinung, daß ein Sonderarifvertrag für Kleber in Berlin möglich wäre. Die meisten Mitglieder der Ortsverwaltung und auch alle maßgebenden Instanzen seien in der Beziehung aber durchaus gegenteiliger Meinung. Betroffene Feststellungen hätten deutlich erkennen lassen, daß die Zustimmung auf einen Sonderarifvertrag mit der Kleberbranche nicht eingeht. Deshalb müßte man mit einer allgemeinen Tarifbewegung im Berliner Tapeziererberuf rechnen. Die lasse sich aber jetzt mit einem guten Resultat nicht durchführen. Daß die Verhältnisse gebessert werden könnten, auch in Berlin, erkenne der Hauptvorstand ebenfalls an, und er habe die Versicherung gegeben, daß er für ein Vorgehen zu haben sein werde, sobald der geeignete Zeitpunkt da sei.

Es entspann sich eine lebhaft diskutierte, in der das Für und Wider in der zur Verhandlung stehenden Frage unter Berücksichtigung tatsächlicher Erwägungen eingehend erörtert wurde. — Spieliet vom Hauptvorstand vertrat dessen Standpunkt und betonte, daß der Hauptvorstand mehrfach, auch noch in letzter Zeit, die Angelegenheit reichlich erwogen habe, aber unter Berücksichtigung aller Verhältnisse nicht anders hätte entscheiden können. Man möge in Berlin in wirtschaftlich besserer Zeit für den Gesamtberuf günstige Arbeitsbedingungen erkämpfen. — Die Redner aus der Klebersektion vertraten demgegenüber ihre Auffassung, daß die Situation für einen Lohnkampf speziell der Kleber diesen Herbst günstig sei und Sonderabmachungen zwischen den Arbeitgebern und den Klebern nicht ausgeschlossen wären.

Die Debatte zog sich lange hin. Dann folgte die Abstimmung über die am 12. Juli in der Kleberversammlung gefasste Resolution, welche lautete:

„Die heutige Versammlung der Kleber hegt das Bestreben, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festzulegen. Sie erwartet von den in Betracht kommenden Faktoren eine entgegenkommende Behandlung ihrer Forderung, und sie ist gewillt, dieselbe eventuell mit den zu Gebote stehenden Mitteln zu erzwingen. Deshalb fordern die Versammelten jeden der Organisation noch fernstehenden Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen, um gemeinsam die Lage im Berufe zu bessern.“

Die Abstimmung war eine geheime. Abgegeben wurden 506 Stimmen. Gültige Stimmen abgegeben wurden 333 für und 223 gegen die Resolution.

Die streikenden Schmiede hatten durch den Gesellenausschuß zum Montagabend eine Meisterversammlung einberufen. Sie entsprachen damit einem Wunsch mehrerer Meister, die einen baldigen Friedensschluß herbeizuwünschten. Die Versammlung war aber so schwach besucht, daß sie nur den Charakter einer persönlichen Besprechung zwischen Meistern und Gesellen trug. Nur etwa 18 Meister waren erschienen. Der Ausschuß hatte es so eingerichtet, daß den Meistern persönlich die Einladungsschreiben am Nachmittag desselben Tages durch Gesellen überreicht wurden. Diese Boten machten vielfach recht üble Erfahrungen. Einige Meister verweigerten die Annahme, als fürchteten sie sich vor dem in sehr höflichem Tone gehaltenen Schreiben; andere warfen es sogleich weg oder traten mit Füßen darauf. Ein Meister zerriß einem Boten die Kleider, ein anderer schlug mit einem Knüttel auf den Gesellen ein. In einer Versammlung der Streikenden, die am Dienstag morgen stattfand, war man sich darüber einig, daß alle weiteren Versuche, mit den Meistern zu einer Verständigung zu gelangen, auf unfruchtbaren Boden fallen würden, und daß man vielleicht schon zuviel Entgegenkommen gezeigt habe. Es gelte nun, weiter auszuhalten im Kampfe.

Ueber die Lohnforderungen der Streikenden besteht bei den Meistern selbst noch manche Unklarheit, wie aus verschiedenen Berichten hervorgeht. Es sei deshalb wiederholt, daß als Mindestlohn pro Stunde für Stochgesellen 55 Pf., für Beschlagschmiede 60 Pf. und für Schichtmeister 72 Pf. gefordert werden. In der Provinzpresse werden neuerdings wieder Schmiede nach Berlin verlangt, natürlich Streikbrecher. Bemerkenswert wurde noch, daß in der „Volkzeitung“ Streikbrecher gesucht werden. Die Streikleitung empfahl, den Arbeitsschweid in der Rindstraße vorläufig zu meiden, auch nicht etwa von dort Arbeit nach außerhalb anzunehmen, da gegenwärtig viel Streikarbeit von Berlin nach außerhalb gefandt wird.

Wächter, Tapezierer! Die Werkstatt von R. Spindler, Bernauer Straße 80, früher Schmidt, ist — da derselbe von dem bis jetzt gezahlten Tarif 10—25 Proz. abziehen will — für Polsterer und Dekorateur gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Auf dem Wege von Schönewaldstr. 7 bis 13 hat am Sonntag, den 17. Juli, ein Hausklosterer des Zentralverbandes der Maurer ein Mitgliederverzechnis mit 11 Streikmarken à 1 M. und 18 Beitragsmarken à 90 Pf. verloren.

Da der Verlust den Verlierer trifft, werden Genossen, die von dem Verbleib des Buches etwas wissen, oder der Finder selbst gebeten, ihre Wahrnehmungen im Bureau der Organisation, Engelauer 15, 3 Tr., Zimmer 53, oder bei Martin Pech, Tegernerstr. 2, 2 Tr., bekanntzugeben zu wollen. Etwasige Auslagen werden gern vergütet.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin.

Deutsches Reich.

Lohnkämpfe der Reiseartikelfabrikanten.

In Uetersen haben sämtliche Beschäftigte der Reiseartikelfabrikanten von Rönnefeld u. Co. und Wulf wegen Nichtbewilligung geringfügiger Forderungen die Arbeit eingestellt.

Der Streik der Koffer-, Taschen- und Schultaschenarbeiter bei der Firma Julius Arnade in Göllich-Mohs dauert ununterbrochen fort. Die Firma lehnt jede Verhandlung von dritter Seite scharf ab, obgleich sie nach eigenem Geständnis sich in großer Notlage befindet. Trotz eifrigen Inserierens nach Arbeitswilligen müßte sie nämlich auf die Einreichung von Offerten beim Armeebekleidungsamt in Posen verzichten. In einem Briefe an dieses Amt schreibt Arnade, daß ein Teil seiner Sattler infolge sozialdemokratischer Agitation trotz hohen Verdienstes die Arbeit eingestellt hat. Nach den organisatorisch gemachten Feststellungen betragen die Verdienste bei 60stündiger Arbeitszeit für gelehrte Sattler 14—15 M. pro Woche. Meister erhalten nach 10jähriger Tätigkeit 22 M. Wochenlohn. Inzwischen fährt der Amtsvorsteher Herr v. Willeben fort, Ausländer, die 9 bis 10 Jahre bei Arnade tätig waren und die sich mit den kämpfenden

solidarisch erklärten, des Landes zu verweisen. — Der Reiseartikelfabrikant Wilhelm Meher in Göllich duldet keinen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in seinem Betriebe; einem nach dem anderen wird der Lohn auf acht Tage im voraus bezahlt und die Entlassung gegeben. Es wird dringend ersucht, wie bisher den Bezug nach genannten Orten und Firmen streng fernzuhalten.

Die Schuhfabrik Gustav Klemm in Dels (Schlesien) sucht im „Zentralanzeiger für Deutschlands Lederindustrie und Handel“ Arbeiter verschiedener Branchen unseres Berufs. Es bestehen bei der Firma Differenzen und bitten wir die Berufskollegen allerorts, dieses beachten zu wollen und Arbeitsangebote bei dieser Firma bis zur Regelung der Differenzen nicht anzunehmen.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Box 8, Schlesien und Posen.

Die Dachbedergerhelfen in Mainz, die seit zwei Jahren vergeblich um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpften, legten Dienstag die Arbeit nieder.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Bautischler in Stuttgart.

Die Bautischlermeister in Stuttgart sind im Arbeitgeberbund für das Baugewerbe organisiert. Da die Arbeiter den bestehenden Tarifvertrag zum letzten Frühling kündigten, wollten die Unternehmer mit der Bauarbeiterbewegung auch die Bewegung der Tischler erleben. Sie verlangten von den Arbeitern die Wünsche für den neuen Vertrag schon bei Beginn der Bauarbeiterausperrung zu wissen. Die Arbeiter hatten es mit dem Tarifabschluß nicht so eilig, sondern gingen mit aller Ruhe an die Beratung ihrer Forderungen, was sich naturgemäß wochenlang hinzog. Den Arbeitgebern paßte diese gründliche Beratung nicht, sie verlangten entweder sofortige Belantgabe der Forderungen oder es würde die Aussperrung erfolgen, worauf ihnen der Holzarbeiterverband zu verstehen gab, daß sie tun möchten, was sie nicht lassen könnten. Als den Unternehmern, die eine Aussperrung nicht fertig brachten, dann später die Forderungen der Arbeiter vorgelegt wurden, paßten ihnen diese auch noch nicht. Insbesondere war es die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit um 4 Wochenstunden, gegen die sie Front machten. In den Möbelfabriken Stuttgarts wird nämlich seit dem Vorjahre 53 Stunden pro Woche gearbeitet, während in den Bautischlereien bisher 57stündige Arbeitszeit bestand. Die Arbeiter verlangten darum Verkürzung auf das gleiche Maß. Wenn die Arbeitgeber sich zunächst auch recht hochbeinig stellten, konnten die Verhandlungen jetzt zum Abschluß gebracht werden und wurden die Kommissionsvereinbarungen von den beiderseitigen Versammlungen akzeptiert. Danach ist ein einjähriger Vertrag abgeschlossen. Er bringt die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 53 Stunden pro Woche und 7 Pf. Lohnserhöhung pro Stunde. Der Mindestlohn wird sofort von 42 auf 46 Pf., 1911 auf 47 und 1912 auf 56 Pf. pro Stunde erhöht. Für Überstunden wird 25 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Ferner regelt der Vertrag das Montagewesen und die weiteren Arbeitsbedingungen. Diesen schönen Erfolg haben die Tischler Stuttgarts einzig und allein ihrer vorzüglichen Organisation zu danken.

Ausland.

Deutsche Streikbrecher in Belgien!

In Turnhout stehen die Papierarbeiter einer Fabrik im Streik, weil sie sich nicht verpflichten wollten, einer Werkstätte für Witwen und Waisen beizutreten und dagegen aus der Organisation, dem belgischen Buchbinderverbande, auszutreten. Als der Versuch gemacht wurde, die Streikarbeiter in den anderen Papierfabriken ausführen zu lassen, verweigerten dort die Arbeiter diese Arbeit; sie wurden deshalb ausgesperrt, so daß am 17. Juli 510 Arbeiter ausgesperrt und im Streik waren. — Wie nun der Vorstand des belgischen Buchbinderverbandes am 16. Juli mitteilt, sind am Tage vorher 50 deutsche Arbeiter, angeblich von einer Streikbrecheragentur in Rannheim angeworben, in Turnhout angekommen. Sie wurden unter Eskorte von Polizisten und 12 berittenen Gendarmen nach den Fabriken geschafft, wo sie eingelagert wurden und auf Strohsäcken auf dem Dachboden schlafen mußten. — Es ist ja möglich, daß es sich nur um zusammengewürfeltes Gesindel handelt, es kann aber auch sein, daß sich Papierarbeiter aus Unkenntnis haben anwerben lassen. Auf jeden Fall sei hiermit vor Zugang nach Turnhout gewarnt.

Das christliche Syndikat, das anfänglich mit dem Buchbinderverband Hand in Hand ging, verübte dann Verrat durch seine Führer, worauf die meisten Mitglieder zum Buchbinderverbande übertraten.

Aus der italienischen Eisenbahnerbewegung.

Rom, den 16. Juli 1910. (Eig. Ber.) Die italienischen Eisenbahner haben mit Unwillen gesehen, daß die Kammer ihre Sommerferien angetreten hat, ohne über das Memorandum zu beraten, das sie vor einigen Monaten eingebracht hatten. Diese Unzufriedenheit hat den Landesverband der Eisenbahnbeamten bemogen, eine Zusammenkunft einzuberufen, um sich über die Taktik schlüssig zu werden. Da nun aber die Eisenbahnerorganisationen dreifach gespalten sind, einmal in das alte Syndikat, das alle Kategorien umfaßt und die meisten Mitglieder zählt, dann in den Landesverband der Beamten und schließlich in das Syndikat der Eisenbahner, so leidet sich die heutige Agitation damit ein, daß alle drei Organisationen eine andere Stellung einnehmen. Das Syndikat der Arbeiter hat es abgelehnt, an der Zusammenkunft teilzunehmen und erklärt, daß es keinen Grund hätte, dem Minister Sachsi sein Vertrauen zu entziehen. Der alte Zentralverband seinerseits hat ein Referendum unter seinen Sektionen angelegt. Der „Avanti“ lobt den Entschluß des Syndikats der Arbeiter und meint, daß man durch die heutige drohende Haltung nur die Arbeit zunichte mache, die die Parteifraktion zugunsten der Eisenbahner entfaltet hätte und noch entfaltet.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Kokspreise.

Mit einer selbst bei dieser Ausbeuteernte ungewöhnlichen Dreifachheit hat das Kohlen Syndikat die Kokspreise erhöht, obwohl der Geschäftsgang in der Eisenindustrie noch sehr viel zu wünschen läßt. Die Vertragsstiftung hat beschlossen, die Richtpreise für das Winterhalbjahr 1910/1911 für Hochsokols um 1,50 M., für Siebereitokols, Drecksokols I und II sowie für halb gesiehte und halb gebrodene Sokols um 1 M. und für Drecksokols III, Anabellokols und Sokolgruß um 0,50 M. und außerdem für Kokslohlen um 1 M. pro Tonne zu erhöhen. (Es handelt sich nicht um die Verkaufspreise, sondern um die Richtpreise, die dem Verrechnungs- und Verkaufspreis zugrunde gelegt werden.) Bei der Beschlußfassung enthielt sich eine der Häutengenen der Abstimmung, um der mehrfach geäußerten Auffassung entgegenzutreten, daß bei der Preisfestsetzung die Häutengenen ausschlaggebend seien.

Hochsaison im Gastwirtsgerwebe.

Just so ziemlich alle Zweige des Weherbergungs- und Erquickungsgerwebes bedeuten die Sommermonate Hochsaison. Den Höhepunkt aber erreicht die Saison in den Hundstagsferien, wo nur eine ganz schlechte Witterung den Zug ins Freie zu hemmen vermag. Da im laufenden Jahre der Himmel ein Einiges hatte und trotz der verregneten Siebenschlüßer die vom Volksmunde verbrügten sieben langen Regenmoden nicht so streng durchführt, so heitert sich auch die Miene mancher Gastwirts oder Hotelbesizers auf, der, von dem glänzenden Pfingstwertze zu ganz besonders hochgespannten Erwartungen verleitet, in den letzten Wochen angefüllt des häufigen Regens schon die Hoffnungen sinken ließ. Es sind natürlich in erster Linie die

Gastwirte in Gärten, Ausflugsorten, Wäldern und Sommerfrischen, die in so hohem Maße von der Witterung abhängig sind. Gerade im laufenden Jahre schienen die Bedingungen für eine sehr gute Sommerfraktion gegeben zu sein. Die übergroße Hitze im Monat Mai regte nicht nur die Reiseluft außerordentlich an, so daß besonders die Hotel- und Pensionswirte in den Sommerfrischen sich auf einen lebhaften Geschäftsgang einrichteten, sondern auch in der Umgebung der größeren Städte machten die Restaurationsbesitzer und Pächter alle Anstalten für einen regen Sommerbetrieb. Die letzten Jahre hatten keinen befriedigenden Geschäftsgang gebracht, da der gewerbliche Niedergang naturgemäß auch auf die Befriedigung einer noch so harmlosen Vergnügungslust ungünstig einwirkte. Im laufenden Jahre haben sich aber die Einkommensverhältnisse gebessert, so daß auch in dieser Beziehung die Erwartungen höhergeschraubt werden konnten. Ob nun die etwas freundlichere Witterung anhält, bleibt abzuwarten; jedenfalls aber konnten die Gastwirte die Ausfälle des Juni, die zum Teil bedeutend waren, im Allgemeinen wieder einholen. Freilich wird es selbst bei steigenden Umsätzen den Gastwirten schwer, die Verdienste angemessen zu steigern, da die ganzen Vorgänge im Braugewerbe, die Steuererhöhungen, die Konsumtionsbewegung usw. auf das Gastwirtsgerwebe sehr ungünstig zurückwirken. Noch immer sträuben sich zahlreiche Konsumenten, die höheren Bierpreise zu bezahlen, und schränken lieber den Biergenuß etwas ein, was natürlich zum Schaden der Gastwirte geschieht. Die Versuche, die ab und zu im Gastwirtsgerwebe gemacht werden, sich enger zusammenzuschließen, scheitern immer noch an der Zerplitterung, die in diesem Gewerbe besteht. Gibt es doch nur noch ganz wenige Gewerbezweige, in denen so zahlreiche Kleinbetriebe vorhanden sind. Im Durchschnitt kommen nach der letzten Berufs- und Betriebszählung in der Gast- und Schankwirtschaft auf einen Betrieb nur 2 Beschäftigte. Eine ähnlich hohe Anzahl von Kleinbetrieben weist nur noch das Bekleidungs- und das Handeldgerwebe auf.

Neue Zollgefahren für die Nürnberger Industrie.

Kaum ist die Nürnberger Spielwarenindustrie der Gefährdung durch einen französischen Zolltarif entgangen, da der Senat die Erhöhungen der Deputiertenkammer nicht sanktionierte, droht ihr neue Gefahr von der Antwort Frankreichs auf die Aufhebung der niedrigen Schaumweinzölle durch Deutschland. Am 16. Juli legte M. Deville in der französischen Kammer einen Gesetzentwurf vor, der die Einführung der seinerzeit fallengelassenen Zölle auf Band- und Taschenuhren, Bijouterien und Spielsachen verlangt. Der Handelsminister Dupuy hat der Zollkommission des Senats schon in der ersten Juliwochse seine Bereitwilligkeit zu Antwortmahregeln auf die deutsche Schaumweinzerhöhung erklärt. An der Annahme und Durchführung des Gesetzentwurfes Deville ist kaum zu zweifeln. So ist dank der Hochschulgollnerei Nürnbergs Spielzeugindustrie mit ihren tausenden Arbeitern schwer bedroht.

Die Eisen- und Stahlindustrie Großbritanniens im Jahre 1909 wies eine, im zweiten Halbjahre einsetzende Besserung gegen das Vorjahr auf, ohne indes die Ergebnisse von 1906 und 1907 zu erreichen. Im nordwestlichen Eisenbezirk stieg die Zahl der tätigen H o c h o f e n von 20 auf 29, im schottischen von 79 auf 84. Eisen- und Stahl wurden rund 15 Millionen Tonnen (Wert an der Förderstelle rund 75½ Millionen Mark) gefördert, 6,33 Millionen Tonnen (101,7 Millionen Mark) eingeführt. Da die Ausfuhr minimal ist, standen, einschließlich Kisten, 21,92 Millionen Tonnen zur Verfügung.

Die Erzeugung von R o h e i s e n wurde auf rund 9½ Millionen Tonnen geschätzt (gegen etwas über 9 Millionen t. B., 10,2 und 10,1 Millionen in 1906 und 1907). Die A u s f u h r belief sich auf 1,14 Millionen (gleich 84,8 Millionen Mark), davon nach dem Deutschen Reich 133 800 Tonnen (7,57 Millionen Mark), 1907 wurden 1,94 Millionen Tonnen ausgeführt. Eingeführt wurden (hauptsächlich schwedisches Hochofeneisen) 100 000 Tonnen (gleich 10,4 Millionen Mark). Der inländische Verbrauch war 6,1 Millionen Tonnen. Die Erzeugung von S t a h l betrug 1,6 Millionen Tonnen (1908 gleich 5,3 und 1907 gleich 6,5 Millionen).

Abgegeben von Roh Eisen, betrug die Gesamtausfuhr 3,08 Millionen Tonnen (1908 gleich 2,8 und 1907 gleich 3,21 Millionen) im Werte von 792,6 Millionen Mark (1906 gleich 680 und 1907 gleich 803 Millionen Mark). Die Einfuhr 1,084 Millionen Tonnen (1908: 1,052 und 1907: 0,83 Millionen) im Werte von 151 Millionen Mark (1908: 152,3 und 1907: 138 Millionen Mark), wovon 21 000 Tonnen (4,65 Millionen Mark), wieder ausgeführt wurden.

Aus der Frauenbewegung.

Zum Kampf ums englische Frauenstimmrecht.

London, 19. Juli. Zahlreiche liberale Mitglieder des Unterhauses treten morgen zu einer Beratung zusammen, während welcher der Wortlaut eines neuen Gesetzentwurfes beraten wird. Dieser Gesetzentwurf betrifft das Frauenstimmrecht. Die Grundlage dieses Gesetzentwurfes ist von dem Minister Lord George ausgearbeitet worden. Der Entwurf wird bei der nächsten Sitzung des Unterhauses diesem unterbreitet werden. Der Gesetzentwurf ist von Lord George, Churchill, Dugton unterzeichnet worden. Der Entwurf soll bedeutend liberaler gehalten sein als der Entwurf Chalkletons. Er ist der Unterstützung der großen Mehrheit der Linken sicher. Die Konservativen dagegen, welche den Vorschlag Chalkletons unterstützt haben, werden die neue Vorlage bekämpfen, da diese zu demokratisch ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Explosionskatastrophe in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 19. Juli. Bei der Explosion des Karboniumwerkes sind nach einer neueren Meldung 8 Personen verletzt worden. Ein Arbeiter ist, wie bereits unter „Vermischtes“ gemeldet, gestorben. Verletzt wurden auch zwei Betriebsingenieure. Das Karboniumwerk ist vollständig zerstört. In dem Werk wurden durch Spaltung des Azetylengases auf elektrischem Wege als Hauptprodukt Kupf und als Nebenprodukt Wasserstoffgas, das hauptsächlich für die Zwecke der Luftschiffbau-Gesellschaft Zeppelin Verwendung fand, hergestellt. Der Kupf wurde unter anderem zur Herstellung chinesischer Tusche und Druckerfarbwerke verwendet.

Eisenbahnkatastrophe in England.

London, 19. Juli. (W. T. B.) Ein mit Ausflüglern besetzter Zug, dessen Maschine abgekuppelt worden war, setzte sich in der irländischen Station Roscrea auf abfallendem Gelände in Bewegung und stieß nach fünf Meilen rasender Fahrt auf einen von D i e r t k o m m e n d e n Personenzug. Zahlreiche Personen sprangen aus dem in Bewegung geratenen Zuge und wurden schwer verletzt. Beide Züge bilden einen Trümmerhaufen. Die Gesamtzahl der Verletzten beträgt über hundert.

Auswanderung der Serben aus der Türkei.

Belgrad, 19. Juli. (W. T. B.) Wegen der Verfolgungen seitens der türkischen Behörden wandern täglich viele Serben aus der Türkei, besonders aus dem Sandjag Novibazar nach Serbien aus.

Die Parteipresse über die Budgetbewilligung.

„Mannheimer Volksstimme“.

In einem Artikel über die letzte Landtagsession schreibt unser Parteiorgan:

„Dah im Verlauf der achtmonatlichen Session dieses Landtags sich dieser aus den Verhältnissen herausgewachsene Blockpolitik nicht unerhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen würden, das war vorauszusehen und nur zu begreiflich. Immerhin darf man aber, ohne der Ueberhebung bezichtigt werden zu können, behaupten, daß im großen und ganzen das Experiment, über welches bislang nur theoretisch diskutiert wurde, in Baden praktisch gelungen ist. Gegen diese Behauptung wird ja wohl da und dort Widerspruch erhoben werden, insbesondere in Norddeutschland, wo eine solche Koalition der Parteien leider zurzeit noch nicht möglich ist. Wer aber in die politischen Verhältnisse unseres Landes auch nur einigermaßen eingeweiht ist, wird ohne weiteres zugestehen müssen, daß der von den Linksparteien eingeschlagene Weg der einzig mögliche war, um die Gefahr einer Herrschaft des schwarz-blauen Blods zu bannen.“

Vom Standpunkt der Parteitradition aus mag man gegen die politischen und parlamentarischen Vorgänge, wie sie sich eben in Baden abgespielt haben, schwere Bedenken haben, und wir wollen diese Bedenken auch nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Allein die richtige Entscheidung darüber, ob die badische Sozialdemokratie berechtigt war, die von ihr angewandte Taktik zu befolgen, kann man unmöglich nur vom Standpunkt der überlieferten Parteidoctrinen aus treffen. In der Politik gibt es nun einmal keine auf alle Fälle und Verhältnisse passende Schablone für die Taktik. Die Verhältnisse in Baden haben zu dieser Taktik und Politik förmlich gedrängt, und es wäre geradezu wahnsinnig und daher unverantwortlich gewesen, eine Taktik zu befolgen, die früher durchaus berechtigt war, die aber mit den Verhältnissen, wie sie sich in Baden in den letzten Jahren gestaltet haben, in diametralem Widerspruch gestanden hätte.

Welchen Sinn hätte es gehabt, bei den Wahlen die schwarz-blau-rote Koalition des Zentrums und der Konservativen mit vereinten Kräften zu bekämpfen, wenn man ihr hinterher das parlamentarische Kampffeld überlassen hätte, was für die nächsten Wahlen nichts anderes zur Folge haben konnte, als daß der Blod des Zentrums und der Konservativen mühelos die Früchte einer so sinnlosen Taktik einheimste. Daran frantke ja bisher und frantke auch heute noch die Reichspolitik, daß es nicht möglich ist, der Reaktion eine geschlossene, aktionsfähige Koalition der Linken entgegen zu stellen. In der Reichspolitik wird das leider noch längere Zeit so bleiben. Damit aber kann doch unmöglich bewiesen sein, daß auch in den Einzelstaaten das Experiment nicht möglich ist. Unter gewissen Voraussetzungen — und diese sind in Baden vorhanden — muß es möglich sein. Die taktische und politische Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus muß auch noch für die Reichspolitik erreicht werden, wenn wir nicht auf wech wie lange hinaus darauf verzichten wollen, auch im Reiche modernere politische Zustände zu schaffen. Darüber muß sich doch nachgerade jeder Politiker klar geworden sein. Wer den Zweck will, muß auch das Mittel wollen, mit dem allein der Zweck erreicht werden kann. Ueber diesen politischen Grundgedanken kommt man nicht hinweg, es sei denn, man verzichtet freiwillig darauf, denjenigen politischen Einfluß auszuüben, über den man verfügt.

Die badische Sozialdemokratie bereut ihre Taktik nicht, im Gegenteil, sie ist hellsehend davon überzeugt, daß sie mit derselben nur den Weg beschritten hat, den über kurz oder lang die ganze deutsche Sozialdemokratie zum beschreiten zu müssen, wenn sie nicht ihrer gemaltigen Stärke zum Trost sich selbst dauernd zur politischen Ohnmacht verurteilen will. Wer leidenschaftlos und mit ruhigem Blick die Dinge beurteilt, die in Baden zur Grobblodpolitik geführt haben, der wird, mag es ihm noch so schwer fallen, seinen Widerspruch dagegen aufgeben müssen. Es wird ja in den nächsten Wochen viel über die „Sünden“ der badischen Sozialdemokratie geschrieben und gesprochen werden; es mag deshalb

vorerst bei diesen Bemerkungen über die politisch-taktische Seite der ganzen Angelegenheit sein Bewenden haben.“

„Volksfreund“ Braunschweig.

„Zunächst ist es reine Sophisterei, herauszulügen zu wollen, daß die badischen Genossen sich in der Zwangslage befunden hätten, die Parteidisziplin zu brechen und das Budget zu bewilligen. Die badische Regierung ist gewiß anders als die braunschweigische; aber auch sie erkennt die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigt an, bestatigt keine sozialdemokratischen Bürgermeister und duldet keine sozialdemokratischen Beamten. Außerdem wimmelt auch das badische Budget von Ausgaben, die wir grundsätzlich ablehnen müssen; wir erinnern nur an die Zivilliste. Es ist also gar nicht erst nötig, auf unsere prinzipielle Gegnerschaft gegen den Klassenstaat hinzuweisen; selbst wenn die badischen Genossen nur konsequente Kleinbürgerliche Demokraten wären, könnten sie das Budget nicht bewilligen.“

Aber auch von dem von den badischen Genossen sonst eingenommenen Standpunkte aus, alles zu vermeiden, was uns bürgerliche Mitläufer abspenstig machen könnte, ist ihre Haltung nicht zu rechtfertigen. Die Mitläufer würden sich bezüglich wenig um die Rechtbewilligung gekümmert haben, die ja auch die Fraktion zuerst beschlossen hatte, um dann, man darf die Sache betrachten wie man will, nur um der schönen Augen eines Ministers willen plötzlich umzukümmern. Damit haben die badischen Genossen uns nicht Mitläufer gemacht, sondern verstoßen. Es ist doch ganz klar und selbstverständlich, daß die Partei eine Mißachtung ihrer Parteibeschlüsse sich nicht ruhig gefallen lassen kann. Es muß also auf dem nächsten Parteitag, wie schon jetzt in der Presse, wieder zu einer lebhaften Auseinandersetzung kommen. Wir scheuen vor solchen Auseinandersetzungen nicht zurück, wir halten sie vielmehr für förderlich. Aber es muß doch etwas vorliegen, über das man sich auseinandersetzt, es muß doch etwas vorhanden sein, über das man im unklaren ist. Dazu gehört aber unsere Stellung zum Budget nicht. Da hat der Nürnberger Parteitag endgültig Klarheit geschaffen. Es ist deshalb überaus töricht, eine erledigte Frage noch einmal mutwillig heraufzubeschwören und mutwillig das zu entfachen, was gerade die badische Fraktion so gern einen Parteitag nennt. Die badische Landtagsfraktion will klug und taktisch weise gehandelt haben. Wir meinen, daß sich die bürgerlichen Stimmengänger, um in den von uns noch nicht gewonnenen, aber doch bereits mit uns sympathisierenden Kreisen Verwirrung anzurichten, gar nichts Besseres wünschen konnten, als die Budgetbewilligung, mit der die paar badischen Genossen um Kolb und Frank der ganzen Partei die Pistole auf die Brust setzen und sagen: „Entweder geht ihr mit Stillkühnheit über uns hinweg oder es gibt wieder einen Heidenraben, der uns die Mitläufer in Scharen wegtreibt.“ Natürlich kann sich die Partei das nicht gefallen lassen, und so ist denn wieder das da, was unsere Gegner sich schon während der ganzen Zeit unserer neuesten Wählerfolge gewünscht haben. Deshalb ist, selbst wenn man, wie wir es hier tun, die Angelegenheit nur von dem ganz oberflächlichen Standpunkte der Wahltaktik aus betrachtet, die Budgetbewilligung ein Parteiverrat. Geht man tiefer zu den prinzipiellen Fragen, dann wird die Haltung derer um Frank und Kolb nicht nur unentschuldigbar, sondern, wenn die Budgetbewilliger sich noch Sozialisten nennen wollen, auch unbegreifbar.

Es ist recht häßlich, daß die Wadenser der Partei diesen Streich gespielt haben; aber um so energischer muß jetzt der Parteitag mit den strapellosen Parteischädigen reden. Die Partei kann ja überhaupt keine Taktik mehr durchführen, wenn sie stets darauf gefaßt sein muß, von solchen Streichen überrascht zu werden.“

„Volksblatt“ Harburg.

„Es ist uns geradezu unverständlich, wie man sich durch solche Gemeinplätze aus dem Munde eines Ministers zu solchen wenig verkehrten Lobhudeleien hinein lassen kann. Wir können uns keinen politisch organisierten Arbeiter denken, der sich durch ähnliche billige Phrasen aus dem Munde eines Unternehmers verleiten ließe, voller Ehrung mit den politischen Vertretern des Privatkapitals Frieden zu schließen. Es wird dem Arbeiter schwer, zu begreifen, daß Vertreter seiner Interessen sich so schwere Verpflichtungen gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei, wie der Parteivorstand mit Recht die Handlung der badischen Parlamentarier nennt, zuschulden kommen lassen können.“

Es ist eine öde Anbequemungspolitik, der die badischen Genossen die Sicherung der Autorität des Parteitag aufzuopfern bereit sind. Darüber, welcher Stoff zu berechtigter Freude den bürgerlichen Parteien jetzt kurz vor den nächsten Reichstagswahlen frant und gratis geliefert wird, wollen wir uns nicht verbreiten. Kaum hat die verflozene Bauarbeiterbewegung den Wert unserer bewährten Taktik des Klassenkampfes ins hellste Licht gerückt, kommen die badischen Arbeitervertrauensleute daher und machen die Disziplin, die Arbeitervertrauensleute den Arbeitern predigen, zum Gespött. Es ist disziplinwidrig gehandelt, über Parteitagbeschlüsse sich mit einer — auch vom Marklsruher „Volksfreund“ verteidigten — Eleganz hinwegzusetzen, um einen badischen Minister, der im übrigen so realistisch handelt wie andere, der Rücksicht der Merkmal-konservativen Junker zu entziehen.“

„Sächsisches Volksblatt“ Zwickau.

„Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht. Während die rote Flut immer mehr anschwillt und ein Erfolg nach dem andern sich an unsere Fahne heftet, hat es die große Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Baden fertig gebracht, die Etnigkeit der Partei in Frage zu stellen, indem sie sich eines ganz groben Disziplinbruchs dadurch schuldig machte, daß sie zu dem Budget des Klassenstaates ihren Segen gab. Es ist nicht das erste Mal, daß sich die Wadenser eine Extratour leisten. Das Land der Siegmüllerei hat uns schon mehrfach unangenehme Ueberraschungen gebracht. Allein der jetzige Disziplinbruch ist eine noch nicht da gewesene Bräutierung der Gesamtpartei...“

Es ist ganz unmöglich, daß der Magdeburger Parteitag dem Affront der Wadenser ruhig hinnehmen kann, so bedauerlich es auch ist, daß die kostbare Zeit des diesmal so ungeheuer wichtigen Parteitag nochmals mit der Budgetbewilligungsfrage verdrängt werden muß. Es rächt sich eben jetzt, daß man seinerzeit in Nürnberg die Erklärung der 66 süddeutschen Delegierten widerprüchlos hingenommen hat... Was in Nürnberg verabredet worden ist, muß deshalb jetzt nachgeholt werden. Eine Kampfpartei, wie die unsere, darf es auf keinen Fall dulden, daß ihr die Disziplinbrecher auf der Nase herumtanzen. Hier heißt es Fraktur reden; das kann sehr wohl in einer Form geschehen, daß die Gesamtpartei keinen Schaden darunter leidet.“

„Volkszeitung“ Kiel.

„Aus reiner Opportunitätspolitik, mit Rücksicht auf die bürgerlichen Freunde im Grobblod hat also unsere badische Kammerfraktion für das Budget gestimmt. Sie hat den Klassenstandpunkt völlig aufgegeben und ist entzückt von den nichtislogenden Phrasen eines Ministers, der übrigens seinen Zweifel darüber läßt, daß er ein energischer Gegner der Sozialdemokratie ist und — wie seine früheren Äußerungen zeigen — von einer vollständigen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie nichts wissen will. Enthält doch selbst die Städte- und Gemeindeform, wie Herr v. Rodman sie vertreten hat, noch das Dreiklassenwahlrecht, nur ist statt der alten Zweiklassenwahl die Sechstelung eingeführt worden. Nicht von der energischen Vertretung unserer Klassenkampfstandpunktes erwarten die badischen Budgetbewilliger eine Förderung der Interessen der Arbeiterklasse, sie wollen Vorteile für die Arbeiterklasse durch Wählerhalten von den bürgerlichen Gegnern und der Regierung erbetteln. Die Ablehnung des Budgets, diese Befundung der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den heutigen Klassenstaat, ist für sie eine völlig nutzlose Demonstration, die Politik des Entgegenkommens, des Sichabfindens mit den heutigen Zuständen der Inbegriff aller politischen Weisheit.“

Und über die Hofgänger wird geurteilt: „Es ist gerade, als ob die Genossen in der badischen Kammer die Gesamtpartei probieren wollten. Wenn die sozialdemokratischen Mitglieder der badischen Kammer sich durch ihre Handlungen außerhalb der Beschlüsse der Partei stellen, dann mögen sie auch die Konsequenzen ziehen und öffentlich mit der Partei brechen, der sie innerlich, wie ihre Haltung zeigt, doch nicht mehr angehören. Die Zustimmung zum Budget und die damit verbundene Mißachtung der Parteitagbeschlüsse, die beabsichtigte Gratulationscour im königlichen Schloße unseren Parteigrundlagen und aller bisherigen Parteitraditionen direkt ins Gesicht.“

Humor und Satire.

Luftverkehr.

Der Luftschiff-Schaffner: Also, mein Herr, Sie haben Ihre Karte für zweihundert Mark gelöst?
Der Passagier: Ja, hier ist sie. Bitte, erster Kajüte Berlin-Hannover.
Der Schaffner: Sehr wohl. Das heißt: ob wir gerade nach Hannover kommen, das garantiert die Gesellschaft nicht. Bei der letzten Fahrt nach Hannover sind wir hinter Schöneberg in die Laubenkolonie gekommen. Und bei der vorletzten nach Rajewsk.
Der Passagier: So, so. Weiter nach Hannover zu sind Sie noch nie gekommen?
Der Schaffner: O doch. Der L. 27 hat zwei Stunden nach der Abfahrt sogar in der Ostsee gelegen.
Der Passagier: Was Sie nicht sagen... Ich bitte mit zu sagen, wenn es etwa gefährlich wird.
Der Schaffner: Sehr gern. Das kann ich Ihnen aber gleich sagen: so bald es losgeht, wird's gefährlich. Später hätte ich vielleicht auch keine Gelegenheit mehr dazu. Denn wenn wir beide an zwei voneinander entfernten Stellen auf dem Wauche liegen sollten, so...
Der Passagier: Auf dem Wauche? ...
Der Schaffner: Wenn wir vorn oder hinten plötzlich Ballast brauchen, so werden wir eben dahin kommandiert — Parndon, es wird Zeit einzusteigen. Da haben Sie Ihre Nummer.
Der Passagier: Nummer? Wozu?
Der Schaffner: Ei, das Blechplättchen müssen Sie um den Hals hängen. Es ist bloß — Sie sind unter dieser Nummer in die Passagierliste eingetragen. Und für den Fall, daß man Sie nachher nicht mehr erkennt, da schaut man bloß im Register die Nummer nach.
Der Passagier: Bloß im Register? ...
Der Schaffner: Ja. Das ist eine sehr gute Einrichtung. Donner, ja, eines hält' ich beinah noch vergessen. Ich muß noch um Ihren Namen bitten und Adresse.
Der Passagier: Meyer. Grüner Weg 19. Erste Etage. Aber warum? ...
Der Schaffner: Es ist nur, damit wir Ihrer Frau Witwe telegraphieren können.
Der Passagier: Reiner Witte?
(Es läutet.)
Der Schaffner: Einsteigen in der Richtung Spandau-Stendal-Braunschweig-Hannover.
Der Passagier: Ich hab' was vergessen. Ich muß noch mal rasch nach Hause...
Der Schaffner: Aber wir können nicht warten.
Der Passagier (aus der Entfernung): Gott soll mich behüten, daß ich Ihnen Angelegenheiten mache. Ich fahre dann mit dem D-Bug. Gut Nacht! Adieu! (Luftige W.)

Notizen.

— Theaterchronik. Im Hebbel-Theater geht „Wem gehört Helene?“ am 20. d. M. zum 50. Male in Szene. Vorher wird Münzers Grotteste „Spul“ gegeben.

Kleines feuilleton.

Bei den Indianern Bolivias. In der Berliner Anthropologischen Gesellschaft hielt Erland von Nordenskiöld einen Vortrag über das Leben der Indianerstämme im Inneren Boliviens, unter denen der Forscher während der Jahre 1908 und 1909 längere Zeit verweilt hatte. Diese Stämme waren bisher so gut wie gar nicht bekannt; Nordenskiöld wußte sich ihr Vertrauen dadurch zu erwerben, daß er wie einer ihrer Gleichen lebte. Seine Reise führte ihn über die Grenze Argentinens in das südliche Bolivien an den Rio Pilcomayo, wo er zuerst längere Zeit bei den Stämmen der Choroti und Achulwasler verweilte. Die Kultur der Weichen ist diesen Menschen noch völlig unbekannt. Ihre Waffen gleichen denen aller indischen Völker; Feuerwaffen kennen sie noch nicht. Ihre Hauptbeschäftigung ist der Fischfang. Um des Fischfangs willen kommt es auch bisweilen zum Kriege zwischen den einzelnen Stämmen. Denn Fische sind ihre Hauptnahrung. Vom Fischfang hängt ihr Wohlstand ab, ist der Fang unergiebig, so leiden sie Not, während bei genügender Fülle alle sich gleich reich und glücklich dünken. Etwaigen Ueberfluß an Fischen tauschen sie bei anderen Stämmen gegen Mais aus, den sie zum Brauen ihres berauschenden Maisbieres gebrauchen. Das Trinken spielt bei ihnen die Hauptrolle, und war der Fischfang gut, so verzeiht kein Abend ohne große Trinkgelage, bei denen die jungen Männer sich mit Eifer dem Tanz ergeben. Dieser Tanz bildet ihre größte Freude, und sie schmücken sich da, wie sich unsere jungen Mädchen zum Walde schmücken. Das Gesicht wird in möglichst grellen Farben angemalt, das Hinterhaupt wird mit roten und blauen Papageienfedern verzieren. In kommt es bei den Trinkgelagen oder auf den Tanzplätzen zu Streitereien oder Zwistigkeiten. Es gibt auch keine Eigentumsvergehen; wer auf der Jagd Glück hat, teilt dem weniger Erfolgreichen von seiner Beute mit. Der Häuptling in einem Dorfe ist nicht viel mehr wie ein Familienvater; alle behandeln ihn mit Achtung, ebenso wie die Medizinmänner. Man füttert sie nämlich gut, damit sie den Stammesangehörigen gewogen bleiben. Die Frauen leisten, wie überall bei den Indianern, die meiste und schwerste Arbeit; trotzdem werden sie nicht etwa geringschätzig behandelt, sondern genießen Achtung und Ansehen. Die Kinder wachsen völlig frei, ohne je harte Worte zu hören oder Schläge zu bekommen, bei ihren Spielen heran. Sie tummeln sich außerhalb der kleinen runden Hütten im Walde. Ihre Toten bestatten diese Stämme in zusammengeschotter Stellung in runden Gräbern.

Schachturniere und Schachweltmeister. Die internationalen Meister des Schachspiels haben in Hamburg begonnen, ihre Kräfte zu messen. Tarrasch und Schlechter, Rubinstein und Janowski, Marshall und Tartakow usw., im ganzen mehr als 18 Meisterspieler treten in die Schranken. Diese großen Kämpfe, zu denen heute aus aller Herren Länder die Künstler und Denker des Schachs herbeieilen, sind ein stolzes Zeichen für die Entwicklung, die die Teilnahme und das Interesse für dies Spiel genommen hat. Denn die Geschichte des neuen Schachspiels reicht nicht allzuweit zurück: die „neue Zeit“

beginnt mit dem Jahre 1749, mit der denkwürdigen „Analyse“ des Philidor in Paris. Lange Zeit galt der französische Meister als der stärkste Spieler der Welt und sein Ruhm und sein Ruf waren es, die Paris zu einer Zentrale des Schachspiels erhoben. Der Ruf des besten Spielers wurde erst nach längerer Pause von seinem Landsmann Va Bourdonnais übernommen; nach einem gewaltigen Wettkampfe von 90 Partien errang er 1834 den unbestrittenen Ruf eines Meisters. In seinem interessantesten kleinen Buche „Das Schachspiel und seine strategischen Prinzipien“ erzählt Max Langer, wie Frankreich 9 Jahre später von England geschlagen wurde. In dem Match zwischen St. Amant und Howard Staunton siegte der Brit und seine Landleute nahmen für ihn den Titel „Champion of the world“ (Weltmeister) in Anspruch, den er freilich nicht lange behielt. Denn aus dem ersten internationalen Schachturnier im Jahre 1861 in London siegte nicht Staunton, sondern der Breslauer Mathematikprofessor Adolf Anderssen. Von einem eigenartigen Interesse ist das Auftreten des genialen Amerikaners Paul Morphy in der Schachwelt; auf dem ersten amerikanischen Schachturnier 1857 hatte er gesiegt, 1858 kam er nach Europa und in Paris mußte Anderssen vor ihm die Waffen strecken. Aber auch sein Triumph war ohne Dauer. In dem letzten Halb-jahrhundert bildete sich die Organisation des Schachlebens immer mehr aus und die internationalen Turniere wie Wettkämpfe mehren sich. Adolf Anderssen, der bis 1879 lebte, gewann auf den Turnieren 1862 in London und 1870 in Baden den ersten Preis; dann aber mußte er sich mit geringeren Preisen begnügen. Seit seinem Siege über Anderssen 1866 galt Steinitz als Weltmeister; 26 Jahre hat er diesen Ehrenstitel behalten. Während dieser Zeit hatte er in Wien 1873 den ersten Preis gewonnen und 1882 ebenso den ersten und zweiten Preis mit Winnow geteilt, war 1888 in London zweiter Preisträger gewesen und hatte alle Angriffe starker Gegner, die ihn, durch ihre Erfolge in Turnieren angestachelt, zu Wettkämpfen herausgefordert hatten, siegreich abgewehrt. Blackburne, der 1873 den zweiten Preis erlangt hatte und auf den Turnieren 1881 und 1886 sogar den ersten davontrug, hatte 1876 seine Steine gegen Steinitz nicht ein einziges Mal zum Siege führen können. Auch Zukertorts Ansturm gegen Steinitz im Jahre 1886, nachdem er 1883 erster Sieger gewesen war, endete mit einem Siege des alten Weltmeisters, ebenso der zweimalige Angriff Tschigwin in den Jahren 1889 und 1891.

1893 war dann Emanuel Lasker aus dem New Yorker Turnier als erster Sieger hervorgegangen. Zwei Jahre später, in dem Jahre, da sein späterer Angreifer Dr. Larrasch zum zweitenmal den ersten Platz im Weltturnier erlämpft hatte, forderte Lasker Steinitz zum Kampfe heraus. Sein Angriff führte ihn zum Siege; von 19 Partien gewann er 10, 4 wurden remis und 5 gingen Lasker verloren. Damit war er zum Weltmeister geworden; im Revanchewettkampfe 1896 schritt Steinitz sogar noch weit schlechter mit 2 Gewinnen gegen 10 ab. Lasker hat seitdem drei Wettkämpfe ausgefochten. 1907 mit Marshall, in dem er von 16 Spielen 8 gewann, im folgenden Jahre mit Tarrasch, wo er von 16 Spielen 8 gewann und 8 verlor, und schließlich der noch unversessene Kampf mit Schlechter, wobei von 10 Spielen nur 2 zur Entscheidung führten und das ganze auf ein totes Remis hinauslief.

„Nun gibt es ja eine Reihe Parteiblätter, die das Vorgehen der badischen Budgetbewilliger (vielleicht auch die Großherzogsgangung nicht!) nicht tragisch genommen wissen wollen und denen es höchst Gottlieb Schulte ist, wenn wir die Parteigrundsätze einfach an den Nagel hängen! Wenn nur der „Liebe Parteifriede“ nicht gestört wird. Natürlich stören nicht die Genossen den „Parteifrieden“, die Parteibeschlüsse und „Grundsätze“ verweigern, sondern die Parteigenossen und Blätter, die aus ihrer Entrüstung über den Parteistand kein Hehl machen und das badische Treiben scharf verurteilen. So war es schon immer! Und auch jetzt werden Stimmen laut, man möchte die Freiberler nicht allzu hart anfaßen, ja, man möchte die Sache überhaupt ruhig hingehen lassen und den Parteitag gar nicht erst damit beschäftigen. Nur der, dem an der Einheit der Partei nichts liegt, der der Disziplinlosigkeit in jeder Form Tür und Tor öffnen will, dem die Parteigrundsätze Schall und Rauch sind, kann mit einem solchen ungläublich naiven Verlangen kommen! —

Wir hoffen, daß der Wagdeburger Parteitag die badischen Sezessionsbestrebungen in der schärfsten Form verurteilen und zuruckweisen und eine Lösung der Streitfrage finden wird, die solche Standale in der Partei ein für allemal unmöglich machen!“

„Königsberger Volkszeitung.“

„Mit der Bewilligung des Budgets hat die badische Landtagsfraktion einem Beschlusse des Nürnberger Parteitages schroff zuwidergehandelt. Und das ist sehr bedauerlich, ja wäre auch dann tief bedauerlich, wenn die Mehrheit des Nürnberger Parteitages sich geirrt hätte, wenn die beschlossene Taktik nicht auch die beste Taktik wäre. Parteien müssen gemeinsame Ziele haben und ihre Zwecke auch mit gemeinsamen Mitteln verfolgen; sonst herrscht Zwietracht in den eigenen Reihen, welche Triumphe der Gegner vorbereitet. Meinungsverschiedenheiten über die einschlagende Taktik wird es immer geben, darum muß es eine Instanz geben, der sich jeder Parteigenosse unbedingt fügt. Als solche Instanz ist für die sozialdemokratische Partei Deutschlands der deutsche Parteitag, für die internationale Sozialdemokratie der internationale Arbeiterkongreß bisher stets anerkannt worden. Ohne Disziplin kann kein Sieg errungen werden.“

Gegen die Gründe der Fraktion wird u. a. folgendes eingewandt: „Abgesehen von der Ueberschätzung der Großblottaktik wäre unseres Erachtens der Großblott zu erhalten, auch ohne daß unsere badischen Genossen ihre republikanische Gesinnung verschleiern und für das Budget stimmen. Die badischen Liberalen brauchen unsere Genossen, sie sind derzeit in der Klemme, daß sie am Großblott festhalten müssen, wenn sie nicht ihre Machtstellung dem Zentrum willenlos räumen wollen. Tun sie das aber doch, nur weil die Sozialdemokraten gegen das Budget stimmen, so mag das Zentrum zeitweilig zur Mehrheit gelangen; ein schwarzes Regiment, das die Liberalen durch ihre Kleinlichkeit verschulden, würde bald unter dem Triumph unserer Genossen zusammenbrechen.“

Schließlich kommt der Artikel zu folgendem Schluß:

„In der Leipziger Volkszeitung“ wird verlangt, daß aus dem disziplinwidrigen Verhalten der Baden'ser Landtagsabgeordneten die „lehten Konsequenzen“ gezogen werden. Gemeint kann damit nur der Ausschluß aus der Partei sein. Die Politik ist die Kunst des Erreichbaren und wir können die badischen Abgeordneten nicht zur Disziplin zwingen, solange die badischen Arbeiter mit ihnen einverstanden sind. Wir dürfen uns nicht aus einer erklachten Stimmung heraus glänzende Aussichten für die Reichstagswahl mit einem Schläge versperren. Schließen wir die süddeutschen Genossen aus, so machen wir sie auch für die Reichspolitik von den Beschlüssen der Reichstagsfraktion und der Partei unabhängig. Wir stimmen deshalb der „Frankfurter Volksstimme“ im großen und ganzen zu.“ (Deren Ausführungen haben wir gestern bereits wiedergegeben.)

„Volkswille“ Hannover:

„Auch wir sind der Meinung, daß die badische Landtagsfraktion eines Verstoßes gegen die Parteidisziplin sich schuldig gemacht hat. Aber wir verurteilen nicht nur die badischen Genossen, sondern nicht minder auch alle jene, die sie in die Zwangslage versetzten, entweder gegen eine Resolution zu verstoßen oder etwas zu tun, was nach ihrer pflichtgemäßen Ueberzeugung die Interessen der breiten Volksmassen, die Interessen der Partei schädigt. Ohne die Nürnberger Resolution also, die in das Gebiet der Taktik fällt, kein „Parteistand“. Gerade, daß gegen diese Resolution schon so bald „gefrevelt“ worden, sollte zu der Frage anregen, ob es im Interesse einer Kampfpartei liegt, ihre Taktik auch für die Kleinarbeit in den Einzellandtagen durch Resolutionen festzulegen.“

Es geht auch wirklich zu weit, bei dem Verstoß der Baden'ser von einer „abschüsslichen Provokation“ zu reden und den Ausschluß der Uebelthäter aus der Partei zu fordern, inwiefern es sich doch um überzeugte und durchaus bewährte Parteigenossen handelt, die in parteiöffentlicher Einsicht den Befehl unter uns in nichts nachsehen.“

Es ist ja das gute Recht des „Volkswille“, die Frage der Budgetbewilligung und der damit zusammenhängenden Forderungen für eine Frage der „Taktik“ zu halten, über die jede einzelstaatliche Parteigruppe völlig souverän und ganz nach ihrem Belieben zu entscheiden habe. Nur haben eben verschiedene Parteitage bewiesen, daß die große Mehrheit der Partei auch solche Fragen der Taktik für so ungeheuer wichtig und so unlöslich verknüpft mit der prinzipiellen, sozialdemokratischen Auffassung der Partei halten, daß sie eine Festlegung dieser Taktik durch unabweisbare Parteitagebeschlüsse für notwendig hält. Und solange die Mehrheit der berufenen Vertretung der Partei an dieser Auffassung festhält — wir hoffen, daß das nie anders werden wird — bleibt eine Auflehnung gegen die Parteitagebeschlüsse ein bedauerlicher und unerträglicher Disziplinbruch, für den die Verantwortung niemals die Partei, sondern einzig und allein diejenigen trifft, die gegen die Beschlüsse der Vertretung der Gesamtpartei verstoßen!

Ohne die Nürnberger Resolution, meint der „Volkswille“, kein „Parteistand“. Natürlich! Ohne Parteigrundsätze, keine Verstoße dagegen! Aber ist daraus zu folgern, daß die Grundsätze vom Uebel sind? Im Gegenteil: die Partei hat um so eifriger und nachdrücklicher dafür zu sorgen, daß die Grundsätze die Beachtung aller finden!

Französischer Parteitag.

Paris, 16. Juli 1910. (Fig. Ver.)

Gestern und heute hat die geeinigte sozialdemokratische Partei den außerordentlichen Kongreß abgehalten, dem der Parteitag in Nimes die Beratung der auf die Tagesordnung des Internationalen Kongresses gestellten Fragen überwies. Er tagte im Saal des städtischen Rathhauses der Konsumgenossenschaft „La Belle-Villoise“ auf der Höhe des Proletarierviertels Renilmontant. Den Verhandlungen wohnte der internationale Sekretär, Genosse Guymans, die indische Genossin Bana, Genosse Branting und mehrere Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bei, die anlässlich des gleichzeitig tagenden Kongresses der französischen neutralistischen Konsumvereinsunion nach Paris gekommen waren.

In der gestrigen Versammlung erledigte der Kongreß alle Fragen der Tagesordnung mit Ausnahme der Genossenschaftsfrage,

für die die ganze Verhandlungszeit des zweiten Tages reserviert wurde. Die übrigen Fragen wurden — mit Ausnahme des Punktes: Schiedsgerichte und Abrüstung — in Kommissionen erledigt. Eine ziemlich lebhaft debattierte entspann sich über die Zusammenfassung der Delegation auf dem Internationalen Kongreß. Es wurde beschlossen, daß die der französischen Partei zuzurechnenden 20 Stimmen in der Weise verteilt werden sollen, daß bei den durch den nationalen Kongreß erledigten Fragen das Abstimmungsverhältnis dieses Kongresses zum Ausdruck kommt, bei andern Fragen dagegen entweder durch eine Beratung der Delegation eine Einstimmigkeit erzielt werden oder die Zahl der den einzelnen Delegierten erteilten Mandate entscheiden soll.

Die Kommissionsberichte über die Resolutionen rufen kurze, bisweilen jedoch stürmische Diskussionen hervor, wobei die ungünstigen Verhältnisse des Saales nicht wenig zur Bewirung beitragen. Bei dem Punkt: „Internationale Solidarität“ ist eine Intervention Jules Guesdes zu verzeichnen. Genosse Bailant hat die schon vom Kongreß in Nimes angenommene Resolution vorgelegt, die bestimmt: „In allen Fällen, wo ein Konflikt zwischen zwei oder mehreren Ländern droht und ein Jögern oder ein Säumen in der Entscheidung auf Seite der angegangenen nationalen Parteien vorliegt, hat der Sekretär des I. S. B. das Internationale Sozialistische Bureau und die Internationalistische Sozialistische Kommission dringlich einzuberufen.“ Guesde erklärte diese Formel für unannehmbar. Sie bedeute einen Eingriff, eine moralische Verurteilung der nationalen Partei, die die internationale Aktion in der gegebenen Situation nicht für notwendig halte, und könne die Folge haben, diese nationale Partei geradezu zu entwaffnen, da ihre Propaganda gegen die zum Kriege treibenden Mächte von den Gegnern auf die Presse des Auslands zurückgeführt werden könne. Auch müsse man den interessierten Nationen zutrauen, die Situation am besten zu beurteilen. Die Einberufung des Bureaus über den Kopf einer interessierten Partei hinweg sei ein Appell an die ununterrichteten unverantwortlichen Sektionen. Bailant bestritt, daß seine Resolution die ihr von Guesde zugeschriebene Tragweite habe. Das Internationale Bureau solle nicht aufhören, ein Vermittlungsorgan zu sein und keine Autorität. Bailant erklärt sich indes bereit, in die Resolution nach den Worten „hat der Sekretär“ die Einschließung „auf den Antrag mindestens eines der interessierten Proletariate“ aufzunehmen. In dieser Fassung wird die Resolution einstimmig angenommen.

Was die internationale Solidarität in Streifällen betrifft, so besagt der angenommene zweite Teil der Resolution der Kommission, daß sich das Internationale Sozialistische Bureau im gegebenen Fall mit dem Internationalen Gewerkschaftsbureau in Verbindung setzen soll, um Partei und Gewerkschaften, sowie die sozialistische Presse in Stand zu setzen, eine wirksame Hilfeleistung zu organisieren. Belanlich hat Genosse Branting diesen Punkt nicht zum wenigsten darum auf die Tagesordnung gebracht, weil Frankreich während des schwedischen Generalstreiks vollkommen verlagert hat. Daß der gestrige Beschluß Würgschaften für eine Weigerung in der Zukunft gibt, wird man wohl schwerlich behaupten können.

Zum Punkt: Arbeitslosigkeit wird eine Resolution einstimmig angenommen, die die Unauströtarkeit dieses sozialen Uebels in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anerkennt, aber der internationalen Aktion der Arbeiterklasse die Aufgabe zuschreibt, im Interesse der Widerstands- und Kampffähigkeit des Proletariats seine Wirkungen zu mildern und zu verringern. Zu diesem Zweck werden Enquetes, eine bessere Organisation der öffentlichen Arbeiten, eine unablässige Agitation für die Verringerung der Arbeitszeit, gegen die Stückerarbeit und das Prämien-system, sowie für die Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf die Arbeitslosigkeit gefordert.

Zum Punkt: Schiedsgerichte spricht unter anderem Sembat, der auf seine schon früher dargebrachte Idee von gemeinsamen Propagandabereinen Parlamentarier verschiedener Länder zurückkommt, ohne indes einen bestimmten Antrag zu stellen. Im Namen der insurrektionellen Minderheit des Seine-Departements vertritt Perceau eine Resolution, die die ganze Frage damit erledigen will, daß sie alle gesetzlichen Maßnahmen verwirft und die Notwendigkeit des revolutionären Generalstreiks verkündet. Guesde beantragt, in die von der Mehrheit der Seine-Föderation vorgeschlagene Resolution einen Passus aufzunehmen, der hervorhebt, daß der Krieg erst mit der kapitalistischen Gesellschaft aus der Welt geschafft werden könne. Diesem Antrag wird stattgegeben und die Resolution mit 292 gegen 84 insurrektionelle Stimmen angenommen. Sie erklärt die Arbeiter-Internationale für die beste Friedensliga, schreibt ihr aber, ohne Illusionen über das Maß des heute Erreichbaren zuzulassen, die Aufgabe zu, auf die Regierung einen Druck auszuüben, um den Schiedsgerichtshöfen eine möglichst regelmäßige und allgemeine Tätigkeit zu sichern. Sie weist auch auf die Notwendigkeit einer vom chauvinistischen Geist befreiten Jugenderbziehung hin und kündigt die Fortsetzung des unausgesetzten Kampfes für die gleichzeitige internationale Abrüstung und den Erfolg der stehenden Heere durch Volkswehren an.

Zum Punkt: Arbeiterschutzgesetzgebung werden 8 Resolutionen angenommen. Die erste beauftragt das Sekretariat der französischen Fraktion, einen Bericht über den Stand und über die Handhabung der französischen Schutzgesetze auszuarbeiten. Die zweite weist auf die Notwendigkeit des nationalen und internationalen gesetzlichen Arbeiterschutzes hin, mit der gleichzeitigen Betonung des unauströtarbaren Zusammenhangs des Arbeiter- und Bauernelends mit der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation. Sie erklärt das System des bemessenen Friedens für eines der Haupthindernisse der Reformen. Darum sei die Verweigerung des Militärbudgets in allen Ländern, ebenso die Bekämpfung neuer Forderungen des Militarismus die Pflicht aller ehrlichen Anhänger der Reformen. Ihre größte Wirksamkeit erreiche die Arbeiterschutzgesetzgebung, wenn sie international werde, weil da der Vorwand der internationalen Konkurrenz wegfalle. Die sozialistische Partei darf auch keine Maßnahmen unterstützen, die eine Ungleichheit zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern herstelle. Endlich betont die Resolution die Notwendigkeit der Organisation, von deren Vervollkommnung die Wirksamkeit der Schutzgesetze abhängt. — Die dritte Resolution wünscht alljährliche Berichte des Internationalen Bureaus über die in den verschiedenen Parlamenten angenommenen und eingebrachten Schutzgesetzentwürfe. Das Sekretariat soll von den Sekretären der Parlamentarierfraktionen die für die Vereinfachung der Schutzgesetzgebung nützlichen Dokumente einfordern. Endlich sollen bei Gelegenheiten der Internationalen Kongresse und im Bedarfsfall öfter Konferenzen sozialistischer Parlamentarier, Juristen und Organisationsvertreter zur gemeinsamen Untersuchung der wichtigsten und dringendsten Fragen des Arbeiterschutzes zusammenzutreten.

Die Verhandlung über die Frage: „Die Genossenschaften und die Partei“ brachte namentlich zwei Auffassungen zur Geltung, von denen eine in einer Resolution der Mehrheit der Seine-Föderation, die andere in einer Resolution der Föderation Haute-Vienne präzisiert war. Dazwischen suchte Sarague einen vermittelnden Standpunkt zu vertreten.

Die Resolution der Seine-Mehrheit sagt im wesentlichen: Die Genossenschaft ist ein notwendiges Element der sozialen Umgestaltung. Sie trägt ihren eigenen Wert für die Erziehung und die Organisation der Proletarier in sich. Sie beschützt die Arbeiter vor habgierigen Zwischenhändlern. Sie gibt ihnen mächtige Mittel der Aktion zur Verbesserung ihrer Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen und um sie für die schwere und komplizierte Aufgabe kollektiver Verwaltung zu schulen. Sie ist um so fruchtbarer in wohltätigen Resultaten, als sie durch ihr Prinzip selbst zu erweiterten Formen hingetragen wird und unablässig ihr Wirkungsbereich erweitert, um sich schrittweise bis zur allgemeinen Föderation

der genossenschaftlichen Kräfte zu erheben. Indem die Arbeiterklasse in dieser Richtung die Macht ihres Konsums wirksam macht, trifft sie den händlerischen Parasitismus, und schafft sich — selbst gegen die kapitalistische Konkurrenz — weite und sichere Absatzgebiete für eine von ihr selbst organisierte Produktion. Sie legt auch für ökonomische Krisen bedeutende Reserven an. Sie ist ferner für die ländlichen Produzenten ein wertvolles Instrument der Verteidigung gegen die Spekulation, ein Werkzeug auch des technischen Fortschritts vermittelt des gemeinsamen Kaufs und Gebrauchs der Arbeitsmittel. Die sozialistische Partei hat als die Partei der Arbeiterklasse und der sozialen Revolution, die freie Entwicklung der Genossenschaften zu fördern. Es obliegt ihr, auf ihre unbestreitbaren Vorteile hinzuweisen. Aber indem sie die Institutionen der Arbeiterschaft zum Bewußtsein der Masseninteressen und des sozialistischen Befreiungsgebanges erwecken will, wird sie in demselben Augenblick, da sie die Lohnarbeiter zur kooperativen Aktion einlädt, dazu geführt, ihnen deren durch die kapitalistische Konkurrenz gezogenen Grenzen zu zeigen, damit sie, über die verwickelten Schwierigkeiten des sozialen Kampfes aufgeklärt, nicht die unaufhörlichen Bemühungen vergessen, die die politische und gewerkschaftliche Aktion von ihnen fordern. Die sozialistische Partei, die gegründet worden ist, um der Partei, und nicht um sich ihrer zu bedienen, hat die Pflicht, den proletarischen Vereinigungen drüberliche und kräftige Hilfe zu leisten, ohne sich dafür bezahlt machen zu wollen. Ihnen Pflichten gegen die Partei aufzuerlegen, hieße, in der genossenschaftlichen Aktion selbst Unstimmigkeiten hervorzurufen, die im Herzen der Partei selbst einen unheilvollen Nachhall finden würden. Das hieße überdies Rekruten abfordern. Die Partei versagt sich selbst nicht die Annahme von freiwillig angebotenen Unterstützungen zugunsten ihrer autonomen Aktion, aber sie würde ihre Aktion selbst schädigen, wenn sie ihr Budget auch nur zum Teil auf das Gedeihen der Genossenschaften stellen wollte. — Die Partei fordert demgemäß die Genossen auf, die Genossenschaften rückhaltlos zu unterstützen, um ihres eigenen Vorteils willen, da ihre Mitglieder, von einem Teil ihrer Existenzlasten befreit, für den allgemeinen Klassenkampf eine verstärkte Kraft werden aufwenden können.

Die Resolution der Föderation Haute-Vienne, auf die sich die Stimmen der guebdischen Richtung vereinigen, führt aus:

Die kooperative Assoziation, die nichts anderes ist als eine der in der kapitalistischen Produktion möglichen Aktiengesellschaften, enthält in sich selbst nichts, was sie notwendig zu einer Klassenorganisation stempelt wie etwa die Gewerkschaft. Diese Organisationsform kann je nach den Umständen von allen Parteien für ihre Propaganda und Aktion benutzt werden. Ihr Wert hängt ab von dem Gebrauch, den man von ihr macht. Die Arbeiter sind durch den Wunsch, mittels der Verminderung ihrer Lebenskosten ihre Existenzbedingungen zu verbessern, auch dazu geführt worden, Genossenschaften zu gründen, namentlich Konsumvereine, wo sie die große Mehrheit haben. Andererseits bot die Errichtung, sei es von Konsumvereinen, sei es von Produktivgenossenschaften, in den Industriezweigen, die keine besonders großen Kapitalien erfordern, den Arbeiterorganisationen ein Mittel, einige Genossen vor den Verfolgungen der feindseligen Klasse sicherzustellen. In der kooperativen kann der Arbeiter an einem partiellen Beispiel sich Rechenschaft darüber geben, was eine von den heutigen Klassenverhältnissen befreite Gesellschaft, wo jeder für das allgemeine Wohl arbeiten würde, ungefähr wäre. Jedoch ist folgendes zu bemerken:

1. Können die Genossen nur in einem beschränkten Maß verschwinden, solange das Eigentum an allen Produktions- und Austauschmitteln in den Händen einer Klasse bleibt, deren Expropriation zugunsten der Allgemeinheit das Ziel und das Mittel des Sozialismus bleibt.

2. Die Verringerung der Preise der für die Existenz notwendigen Gegenstände würde, wenn sie sich verallgemeinerte, eine Tendenz zur Verbilligung der Lebenskosten und folglich zur Stagnation oder zum Sinken der Löhne herbeiführen.

Demgemäß erklärt der Internationale Kongreß: Die sozialistische Partei kann und soll die in der Arbeiterklasse außerhalb ihrer existierenden Genossenschaftsbewegung, die man nicht ohne Nachteil mit ihrer eigenen Organisation verschmelzen könnte, unterstützen, aber sie soll die Arbeiter vor der utopischen Illusion warnen, die ihr die Möglichkeit ihrer Befreiung in der unendlichen Ausdehnung der Konsum- und soweit möglich auch der Produktivgenossenschaft erscheinen lassen könnte.

Die Sozialisten sollen in die Arbeitergenossenschaften eindringen, um sich mit den hier zum ersten Male von ihrem Interesse geführten Klassenossen zu vereinigen.

Sie sollen den Arbeitern dort begreiflich machen, daß die Genossenschaft allein sie nicht retten kann, und daß das Heil in der politischen Aktion des Proletariats zur Indefinition der Produktions- und Austauschmittel liegt.

Sie sollen sich bemühen, die Arbeiter zu überzeugen, daß sie zu diesem Zweck der sozialistischen Partei bedürfen, und daß es ihre Klasseninteresse ist, der Partei Unterstützungen und kräftigere Aktionsmittel darzubieten und so die Genossenschaft selbst dazu zu bemühen, um die Stunde der Befreiung der Arbeit zu beschleunigen.

Die Diskussion brachte hauptsächlich detailliertere Ausführungen der in den beiden Resolutionen vorgebrachten Auffassungen und Argumente. Genosse Lopez erklärte, der alte Gedanke der Zugehörigkeit der Genossenschaft zur Partei sei abgetan. Die Genossenschaft aber habe an sich noch keinen sozialistischen Charakter, was durch die Existenz zahlreicher merklicher Genossenschaften und der Konsumvereine der Eisenbahnen bewiesen werde, die geradezu den Interessen der Kapitalisten dienen. Der Redner empfiehlt die Personalunion. Die sozialistischen Leiter der Konsumvereine sollen für das sozialistische Ideal wirken und den erzielten Gewinn für die sozialistische Propaganda und die gewerkschaftliche Aktion widmen. Raderas, der die Resolution der Haute Vienne vertritt, weist auf die Genossenschaft von Limoges hin, die keine Rückvergütung gibt. Das Beispiel würde freilich nicht überall nachzuahmen sein. Der Redner will auch keine eigentliche Besteuerung der Genossenschaften zugunsten der Partei, aber man werde schon ein Mittel finden, um die Genossenschaften der revolutionären Aktion dienstbar zu machen. — Poisson sieht in den Genossenschaften einen sich rasch entwickelnden Keim der sozialistischen Gesellschaft. Hier werden die Verwalter der kollektivistischen Institutionen erzogen. Die sozialistische Bedeutung der Genossenschaften tritt immer klarer hervor. Der Redner wendet sich dagegen, daß man die genossenschaftliche Aktion in einer engherzigen Auffassung der Lehren von Karl Marx, der zur Zeit seiner Gesellschaftsanalyse Gewerkschaften und Genossenschaften in ihren ersten schwächlichen Anfängen gesehen habe, geringschätze.

Sarague meint, beide Resolutionen liegen sich unklar vereinigen. Redner glaubt nicht, daß die Genossenschaft ein Mittel der sozialen Umgestaltung sei. Er hält aber Produktivassoziationen für besonders wichtig. Eine vollkommene Autonomie sei unmöglich. Es ist zu begrüßen, daß die „Volkswille“ dem Gewerkschaftsverband der Seine 2500 Frank überweisen hat. Das ist immerhin ein kleiner Anfang. Ein Beispiel für das Zusammenarbeiten von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft bietet die Verfassung der „Humanité“.

Guesde sagt: Die Genossenschaft ist das, was man aus ihr macht. Als ich 1878 aus dem Exil zurückkehrte, wurde sie als ein Element der Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit angesehen. Sie wird in Belgien von den Merkantilisten ebenso verwendet wie von den Sozialisten. Sozialistisch wird sie erst, sobald man sie sozialistischen Zielen dienstbar macht. Ihr Ziel, den Arbeitern billige Lebensmittel zu schaffen, mag ja auch sonst sehr loblich sein, aber mit Sozialismus hat es nichts zu tun. Aber wenn dieser Effekt statt einer Ausnahme die Regel würde, wäre das Resultat, die Löhne in Stagnation zu erhalten oder zu verringern. Das ist ja auch der Zweck der von den Unternehmern gegründeten Konsumvereine. Wo das Leben billig ist, dort sind die Löhne niedrig. Will nun nicht die Kooperative das Leben billiger machen? Wenn sie in Frankreich die 1200 000 Parasiten des Handels über-

flüssig mache, werde sie nicht ebensobiele Kohndrücker schaffen? In Belgien, diesem hochindustriellen Land, sind die Löhne so niedrig, weil es soviel Kooperativen gibt. Nur keine Illusionen. Sonst kommen wir noch auf den Fourierismus zurück, der wähnte, der Kapitalismus könne etwas anderes machen als eben Kapitalismus. Die Kooperation bereitet nicht speziell den Sozialismus vor, das tun ebenso die großen Warenhäuser. Weist die Kooperation der Partei keine Hilfe, so wird sie oft sogar ein Hindernis für den Fortschritt des Sozialismus. Der Konsumverein läßt keinen Platz für die sozialistische Erziehung der Massen, für die Aufklärung über die Notwendigkeit des Kampfes um die politische Macht. Die ländliche Produktivgenossenschaft leistet für den Sozialismus mehr. Sie bereitet wohl nicht den Sozialismus vor, das besorgt die große Landwirtschaft, aber sie erzieht die Bauern, deren Vorurteile gegen Kollektives Wirken sie zerstreut. Wir im Norden sind so wenig Feinde der Konsumvereine, daß wir die ersten waren, die sie ins Leben gerufen haben. Aber bei uns dienen sie der Sache der Erhebung der politischen Macht.

Larbouriech, Deputierter des Jura, vertritt die vollständige Autonomie der Genossenschaften. Der Genossenschaft kommt ein eigener erzieherischer Wert zu. Eine Klasse kann eine andere erst erziehen, wenn sie durch ihre Disziplin dazu fähig ist. Die Genossenschaft geht aber dem Kapitalismus auch direkt zu Leibe, indem sie das Parasitentum des Zwischenhandels beseitigt und, in der Großverkaufsgenossenschaft, dazu übergeht, die Produktionsmittel in die Hände des Proletariats zu bringen. Die Partei soll den Genossen den Eintritt in die Genossenschaften zur Pflicht machen. Sie sollen dort wirken, um für die politische und gewerkschaftliche Bewegung einen wachsenden Teil des Profits zu verwenden, aber diese Leistungen sollen nicht die Bedingung ihrer Zugehörigkeit sein. Larbouriech glaubt auch, daß die Partei die Einigung der Kooperativen ebenso begünstigen soll, wie sie ihre eigene Einigung vollzogen hat und die der Gewerkschaften förderte.

Samson, der Vertreter der Genossenschaften des Norddepartements, erklärt, der Neutralismus von Rochdale sei für Frankreich nicht maßgebend. 1898 hat man bei uns die sozialistische Genossenschaftsbörse im Gegensatz zum bürgerlichen Verband gegründet, und jetzt will man diesen Schritt zurückmachen. Auch Jaurès war noch 1900 Anhänger der sozialistischen Genossenschaften. Wir im Norden wollen an dem Beschluß des Genossenschafts-Kongresses von Montjumeil, der die Beitragsleistung von 10 Centimes für jedes Mitglied an die Partei bestimmt, festhalten. Wenn Sie diesen Beschluß zu Ihrem machen, werden alle sozialistischen Genossenschaften des Nordens der sozialistischen Genossenschaftsbörse beitreten.

Séliès, der Direktor der Großverkaufsgenossenschaft, polemisiert gegen Guesde. Die niedrigen Löhne in Belgien können

nichts mit der Genossenschaftsbewegung zu tun haben, denn Belgien steht in dieser erst an vierzehnter Stelle. Der Redner will den propagandistischen Wert der Genossenschaften für den Sozialismus damit beweisen, daß er zeigt, daß in den Departements, wo die meisten Genossenschaftler, auch die meisten sozialistischen Wähler seien. Daß unsere Genossen die Erziehung zu administrativen Geschäften nottut, haben wir oft genug in den Gemeinden erfahren, von denen wir viel infolge ihrer mangelnden Erfahrung verloren haben. Mit Prophezeiungen und mit einem Zauber Schlag können wir die künftige Gesellschaft nicht errichten. Die Genossenschaft erzieht auch die Frauen und Kinder, sie befreit den Arbeiter vom demoralisierenden Kreditwesen. Die Kooperativen haben eine Wandlung durchgemacht, aus der wir die Konsequenzen ziehen müssen. Sie sind heute in der Großverkaufsgenossenschaft vereinigt, die in diesem Jahr mit ihrem einzigen Kapital von 60 000 Frank auf eine Geschäftsziffer von 10 Millionen kommen wird. Die Kooperativen haben die Proudhonische Idee der Volksbank auf moderne Weise aufgenommen. Dagegen stellen viele Produktivassoziationen eine antisozialistische Vereinigungsform vor. Die Beziehungen zwischen der Partei und den Genossenschaften werden immer besser, sollen wir sie um einiger Pfennige willen in Gefahr bringen? Wir sagen nicht, daß die Genossenschaft für sich allein genügt. Wir glauben aber, daß sie ebenso notwendig für das Proletariat ist, wie die parlamentarische und gewerkschaftliche Aktion.

Bracke findet, daß die Ausführungen von Séliès sich mit der Resolution der Haute-Vienne sehr gut vertragen. Es ist aber ungerathen von Séliès, zu behaupten, wir wollten den Genossenschaftlern eine Konsumsteuer zugunsten der Partei auferlegen.

Albert Thomas tritt entschieden für die Autonomie ein. Der Redner zieht die deutschen Genossenschaften als Beispiel heran, daß die vollkommene politische Neutralität nicht die Verleugnung des Ziels einer sozialistischen Organisation der Gesellschaft bedeute. In England macht sich eine Klärung in demselben Sinne geltend. Gehen wir uns, durch unser Vorgehen eine Einigung der Genossenschaften über unsere Köpfe hinweg und gegen uns zu propagieren, wie wir es einst mit den Gewerkschaften gemacht haben, wo sich Neutralisten und Anarchisten gegen die sozialistische Partei verbanden.

Compère-Morel legt besonderes Gewicht auf die ländlichen Produktivgenossenschaften, die nicht den Sozialismus, aber für den Sozialismus vorbereiten. In diesen Genossenschaften liegen noch nicht ausgenützte Kräfte.

Nach einer Rede Vaillants, der die Autonomie verteidigt, die alle Organisationsformen des Proletariats am meisten befähigen, dem gemeinsamen Ziel in wachsender Uebereinstimmung zuzustreben, wird die Abstimmung vorgenommen. Die Resolution der

Seine-Mehrheit erhält 202 Stimmen, die der Haute-Vienne 142 bei 9 Enthaltungen.

Nach der Annahme einer Resolution, die den Kopenhagener Kongreß zu einem Protest gegen die Erwürdigung der finnischen Freiheit auffordert, schließt der Vorsitzende Sembat den Parteitag.

Witterungsüberblick vom 19. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Schwetzn.	754 DRD	2 Regen	16	16	16	Kaparranda	757 RRZ	2 halb	11	11	11
Damburg	758 RRZ	3 halb	17	17	17	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	755 SB	4 bedekt	17	17	17	Seifu	765 RRZ	1 wolkg	13	13	13
Frankf. a M.	758 S	4 wolkg	18	18	18	Adershan	763 S	— bedekt	13	13	13
Hannover	761 SB	4 Regen	18	18	18	Paris	762 RRZ	2 bedekt	17	17	17
Wien	760 Z	3 heiter	19	19	19						

Wetterprognose für Mittwoch, den 20. Juli 1910.

Stielich heiter bei mäßigen westlichen Winden, niedrigerer Nacht- und wenig veränderter Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 18. 7.	am 17. 7.	Wasserstand	am 18. 7.	am 17. 7.
Wemel, Lint	164	-13	Saale, Großsch.	150	-12
Wegeli, Zisterburg	65	-24	Saale, Ebnandau	44	+2
Wegeli, Thorn	78	+4	Rathenow	85	+6
Oder, Rathor	316	-85	Spre, Sorendberg	146	0
Stroffen	217	-9	Deeslow	79	+2
Frankfurt	287	+9	Weser, Rindben	38	-19
Wartbe, Schrimm	93	+1	Rindben	50	+26
Landberg	12	+1	Rhein, Margmilandsau	628	-23
Rege, Borkamm	1	-3	Staub	478	-19
Wilde, Leitmeritz	80	-5	Redar, Neidbrom	491	-16
Dresden	38	-10	Redar, Weidbrom	142	+2
Darß	271	-8	Rain, Wertheim	218	+3
Magdeburg	231	+8	Roel, Litz	—	—

+) + bedeutet Sturz, - Fall, - Unterpegel.

Nach telegraphischer Meldung ist die Dder bei Rathor bis heute früh auf 406 cm gestiegen und steigt schnell weiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanschläger
Hans Walker
am 17. Juli an Krebsleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserhofes, Kirchhofes, Weihenfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinen-former
Friedrich Schulz
am 16. Juli an Magenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Friedrich Schulz
am 16. Juli an Magenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
118/16 Die Ortsverwaltung

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Bezirk 17.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kassierer
Friedrich Schultz
am 17. Juli verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
257/11 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Tante
Mathilde Fuchs
am 17. Juli nach kurzem, schwerem Leiden verschieden ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Wlberhofer Gemeindefriedhofes aus statt. Um stillen Beileid bittet
Wilhelm Fuchs.

Tischler-Verein zu Berlin
E. H. No. 89.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler
Louis Donner
Soranerstraße 19 wohnhaft, am 17. Juli im Alter von 62 Jahren nach langen Leiden verschieden ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. 7. U., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
198/7 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Görliger Viertel.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinen-former
Friedrich Schultz
am 16. Juli an Magenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verein
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler
Rudolf Kern
am 18. Juli gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des südlichen Friedhofes, Müller- und Seeltrahen-Gasse, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
86/14 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin. (Bezirk Osten I.)

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Wilhelm Lange
am 18. Juli an Lungenerleiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Wlberhofes in Wlberfelden aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Lederarbeiter
(Zirkale Berlin I.)

Am Sonnabend verstarb unser Mitglied, der Wehgerber
Oskar Meisner.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. 7. U., nachmittags 4 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus nach dem Friedhof der Golgathagemeinde statt.

Um rege Beteiligung bittet
144/12 Der Vorstand.

Danksgiving.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Sohnes, Bruders und Schwagers, des Schriftsetzers
Otto Rudolph

sagen wir allen, insbesondere der Direktion der Anilinfabrik in Treptow, dem Personal der Hausdruckerei der Anilinfabrik in Treptow, dem Gesangsverein „Männerchor Köpenick“, dem Sozialdemokratischen Wahlverein für Köpenick, dem Lotteriekreis „Wladislaw-Köpenick“ unseren herzlichsten Dank.
Wwe. Auguste Rudolph nebst Kindern.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
Sachstelle Berlin.

Am 18. Juli starb unser Kollege
Philipp Walerius
nach mehrjährigem Siechtum im Alter von 39 Jahren an der Brustkrankheit.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Sohnes, Bruders und Schwagers, des Schriftsetzers
Otto Rudolph

sagen wir allen, insbesondere der Direktion der Anilinfabrik in Treptow, dem Personal der Hausdruckerei der Anilinfabrik in Treptow, dem Gesangsverein „Männerchor Köpenick“, dem Sozialdemokratischen Wahlverein für Köpenick, dem Lotteriekreis „Wladislaw-Köpenick“ unseren herzlichsten Dank.
Wwe. Auguste Rudolph nebst Kindern.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
Sachstelle Berlin.

Am 18. Juli starb unser Kollege
Philipp Walerius
nach mehrjährigem Siechtum im Alter von 39 Jahren an der Brustkrankheit.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes
Friedrich Nehls
erwiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Beerdigungsberein Berliner Zimmerleute, dem Deutschen Bauernbund, dem Bauhilfsverein „Humboldt“ sowie der Zahlstelle VI der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands meinen herzlichsten Dank.

Witwe Alwine Nehls.

Danksgiving.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes erwiesene Teilnahme sage allen Verwandten und Bekannten sowie dem Arbeiter-Kassierverein unseren herzlichsten Dank.

Witwe Luise Müller und Kinder.

Juchhand, Acht Jahre. Lebens-erinnerungen von Gupp Dertter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11C,
betreibt Reparaturen,
auf Wunsch zugleich mit
vorig. Tonverbesserung.
Spezialität:
Erzeugung des alt-italienischen Timbres
für große Säle an alten
und neuen Geigen. u.
Mäßiges Honorar.



Waldorf-Astoria Cigarettes
„Oku“ 2 Pl. — „Hockey“ 3 Pl.

IVO PUKONEN

Ein Sprung in's Ungewisse

Ist jeder Versuch, die bewährten Marken PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu ersetzen. Palmin und Palmona werden seit vielen Jahren täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der feinsten bis zur einfachsten Küche befragen. Darin liegt eine Garantie, die bei unbekanntem Marken nicht geboten wird.

ALES

Kostüme, Mäntel, Kleider, Pelermnen, Jackette, Blusen, Bast-, Leinen-, Gebirgs-Konfektion, wie jede andere Art besserer Damen-Konfektion

Jetzt bei
Westmann
Mohrenstr. 37a
nahe Jerusalem Strasse
Gr. Frankfurter Str. 115
nahe Androssstrasse

so billig wie nie zuvor!!
Überzeugen Sie sich bitte!

Modelle für teilweise bis zum sechsten Teil!
Kopien, Reismuster zu jedem annehmbaren Preise, soweit Vorrat.
Reisemäntel von M. 6.— an!
Kimonos „ 15.— „
Kostüme „ 12.— „
Jede Waite, jede Größe stets vorrätig.

Trauer-Westmann
(ex. genoch.) Extra-Abteilung für fertige Mäntel, Kleider, Röcke, Binsen, Hüte!
Der Vergrößerungs-Umbau hat begonnen!

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Schullokal, Grenadierstraße 37:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Beiträge werden entgegengenommen.

6/12*

Steinarbeiter.

Donnerstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer Nr. 15:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung vom 2. Quartal; Bericht der Kommission betreffend zeitliche Arbeitslosenunterstützung; Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Noch nicht abgegebene Statistiken sind mitzubringen. Später einlaufende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Ortsverwaltung.

171/18

Verband der Straßenbahner Deutschlands

Mitgliedschaft des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes

Verwaltung Berlin. Bureau: Engelauer 14/15, Zimmer 42. Geöffnet von 9-4 Uhr. Telefon: Amt 4, Nr. 4747.

Öffentliche Versammlung

in den „Mustersälen“, Kaiser-Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung:

Darum wurden die berechtigten Wünsche der Angestellten von der Direktion auf der letzten Konferenz abgelehnt.

Es wird erwartet, daß jeder dienstfreie Kollege in dieser Versammlung erscheint!

Die Verwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Bureau: Engelauer 15, III. Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, 4098

Sektion der Putzer.

Heute Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 Uhr, finden in Berlin und den Vororten in den bekannten Lokalen die

Bezirks-Versammlungen

statt und ersuchen wir die Kollegen pünktlich in denselben zu erscheinen. Die Obste.

Gleichzeitig werden die Kollegen, welche ihre Legitimationskarte in Ordnung haben, ersucht, ihr Verbandsbuch zwecks Einleitung der Schlussmarke nach dem Bureau zu besorgen.

Auch machen wir auf das am Sonnabend, den 23. Juli d. J., in der Gasenheide bei Alkems stattfindende

20. Stiftungsfest der Sektion der Putzer

aufmerksam und bitten die Kollegen, recht zahlreich mit ihren Familien und Freunden daran teilzunehmen. Billetts sind bei sämtlichen Obsteuten sowie in den Bezirkslokalen und im Bureau zu haben.

Die örtliche Verwaltung.

Orts-Krankenkasse

für das Barbiergewerbe zu Berlin.

Donnerstag, den 28. Juli 1910, abends 9 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße 11/12:

Außerordentl. Generalversammlung der Delegierten

zur Wahl eines Vorstandsmitgliedes und vier Ersatzmitglieder zum Vorstande per 1910/11.

Der Vorstand. V. v. Paul Schroll, Vorsitzender.

NB. Die in Aussicht genommene Mitgliederversammlung kann nicht stattfinden. 276/00

Berliner Humor-Quartett

G. Creuer, Kastanien-Allee 40. Die Grundbegriffe der Wirtschaftstheorie. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Zentral-Verband der Glaser

!!! Zahlstelle Berlin !!!

Außerordl. Versammlung der Glaser

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

Diskussion und Abstimmung über die Frage: „Soll der Innungs-Nachweis gesperrt werden?“ Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist Pflicht!

Die Ortsverwaltung.

Sophien-Säle

Sophienstraße 17/18

Querstraße der Rosenthaler Straße am Hackeschen Markt. Inhaber: Paul Baatz. empfiehlt seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen, Vorträgen u. Kunstabenden usw. Vorzügl. Akustik. Kulant. Entgegenkommen.

W. WERTHEIM



Potsdamer Straße 10, 11 und 13



Friedrich-Straße 110/112 Passage-Kaufhaus

Versand-Abteilung in beiden Häusern

Versand-Abteilung in beiden Häusern

Von Mittwoch, dem 20. Juli, bis Sonnabend, dem 23. Juli

Großer Reste-Verkauf zu ganz enorm billigen Preisen

Von den zahlreichen äußerst vorteilhaften Gelegenheitsangeboten nennen wir hier nur:

Weißer baumwollene Stoff-Reste, Prima-Qualitäten. Meter von **25 Pf.** Einzelne Tischtücher und Servietten

Passende Reste von Damast, Dimity, Louisiana und Haustuch für Bettwäsche

Waschstoff-Reste

Serie I II III IV
Meter **32 40 50 70 Pf.**

Einzelne Damen-Wäsche

von der Dekoration leicht angestaubt hervorragend billig

Seidenstoff-Reste

Serie I II III
Meter **90 Pf. 1.30 1.80**

Große Posten Reste und Abschnitte

von Spitzen, Spitzenstoffen, Schleiern, Kleiderbesätzen, Gimpfen, Chiffons und Bändern

Handtuch-Reste und Abschnitte

2 Posten **95 Pf. 1.25**

Von der Dekoration: Taschentücher

Batist mit Hohlraum Dutzend **75 Pf. 1.25**
Leinen-Batist mit Hohlraum Dutzend **2.30**
Rein-Leinen Prima-Qualität Dutzend **2.80**



Mittwoch Donnerstag Obst u. Gemüse zum Einmachen

Blaubeeren Pfund 15 Pf.	Grüne Bohnen Pfund 5 Pf.
Rote Johannisbeeren Pfund 16 Pf.	Einlege-Gurken 15 Stück 22 Pf.
Gebirgs-Preißelbeeren Pfd. 25 Pf.	Tomaten Prima-Qualität, in Originalkörben von 10 bis 20 Pfund Pfund brutto 7 Pf.
Hutzucker bei 5 Pfund Pfund 27 Pf. in ganzen Beuten Pfund 26 Pf.	Einmache-Essig 5 Liter 1.15 , 10 Liter 2.20
Junge Hühner Stück 45, 80 Pf. 1.00	Steinbutte Pfund 32 Pf.
Junge Prima-Tauben . Paar 85 Pf.	Kieler Flundern Stück 7 Pf.
Prima-Wildenten Stück 1.45	Krebse Mandel 45, 90 Pf. 2.00, 3.00

Frisches Gemüse, Obst und Fleisch sind vom Versand ausgeschlossen

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkranz-Ausgabe Nr. 60, dem Herr...
R. N. 100. Stadtv. Tolkdorf, Götlicher Str. 58. - R. N. 11. Binnen 50 Jahren...

müssen dem Wirt die Möglichkeit geben, die Wohnung am Tage zu zeigen.
- Spandan 5. Die Kündigung ist verpöblich. - O. O. 100. Kein...

Sozialdemokratischer Wahlverein Landsberg-Goldin. (Ortsverein Berlin) Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Herrn...

Theater und Vergnügungen

Rittwoch, den 20. Juli. Anfang 7 Uhr. Neues königl. Opern-Theater. Tristan und Isolde. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Laune des Verliebten. Jubel und Holofernes. Kammerpiele. Liebeswälder. Befling. Kasernenluft. Komische Oper. Der Regimentspapa. Neues Schauspielhaus. Der Flieger. Kleines. Nur ein Traum (Anfang 7 1/2 Uhr.) Berliner. Laßun. Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg. Thalia. Charly's Lante. Fehdel. Wenn gehört Helena? Spat. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Schiller u. Wagner-Theater. Die Föhler-Ghisl. Schiller. Charlottenburg. Die von Hochstättel. Rose. Der Gesundheits. Lustspielhaus. Das Leutnantmündel. Metrovet. Gallo! - Die große Neuze. Folies Caprice. Pariser Ehen. Das Verführungsfest. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Woko. Spezialitäten. Wafage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Walthalla. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Karl Haberland. Spezialitäten. Prater. Im Reiche des Mars. Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Lessing-Theater. Täglich 8 Uhr: Kaiserinnenluft. Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Taifun. Morgen: Taifun. Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßig. Preisen: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus. Abends 9 Uhr: Das Leutnantmündel. ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132. Auf der Gartendüne: Der Seckadett. Operette in zwei Akten von Otto Richter. Musik von G. Cressens. Aufführung ersterklassiger Spezialitäten. Großes Gartenkonzert. Anf. 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr: Das sensationelle Programm. u. a.: Klassische Tänzerinnen vom königl. dänischen Ballett. Schimpanse-Orang-Utang als Tandemfabrik. Cyrette - ohne Männer! - Hofamb im Orient. 22 Holländerinnen 22.

Sommer-Theater Café Bellevue am See und Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Täglich: Spezialitäten Theater, Konzert.

Urania. Taubenstr. 48/49. Wissenschaftliches Theater. Heute 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.

ZOO-LOGISCHER GARTEN Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Passage-Panoptikum. Die zusammengewachsenen Schwestern Blazek und ihr Kind. Von 11-1 Uhr mittags u. von 3-10 Uhr abends zu sehen. Kein Extra-Entree! Nur wenige Tage! Eintritt 50 Pf., Kinder und Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Der größte Theatererfolg Barlins der spanische Caruso Senor Orduna. Der stimmgewaltigste Tenor, der je gehört wurde, u. das große Juli-Programm.

Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Fround. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN La Tortajada in ihrer neuesten Schöpfung: „Abenteuer eines Toreros“. Amann Mimiker und Charakteristiker De Dio Phantasie-Tänzerin sowie die sensationellen Attraktionen des Juli-Programms!

„Pharus-Sommer-Theater“ Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart. Berlin N., Müllerstr. 142. Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal! Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. 20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm. Außerdem jeden Freitag: Die beliebtesten Apollo-Sänger. Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.) Gottscheid-Oper. Rittwoch, abends 8 Uhr: Die Förster-Christl. Operette in 3 Akten. Musik v. G. Barno. Ende 10 1/2 Uhr. Donnerstag, abends 8 Uhr: Ein Maskenball. Freitag, abends 8 Uhr: Martha.

Luna-Park TERRASSEN HALENSEE Größter Vergnügungspark des Kontinents. Zur Feier der erreichten Besucherzahl von Einer Million. Sonntagabend, den 23. Juli 1910: Elitetag □ Souvenirfest. Jeder Besucher, der an diesem Tage ein Billett an der Kasse gelöst hat, erhält eine Anweisung für ein Geschenk ausgefolgt. Damen-Schönheits-Preiskonkurrenz. Sensationelle Attraktionen. Drei Konzerte.

Achtung! Diez' nur Achtung! Seeterrasse Sichtenberg Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz. Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungenügender Bitterung Schutz für 8000 Personen. Täglich: Ob schön! ob Regen: Gr. Konzert. Auftreten der besten Turmsteilkünstler der Welt Tho Liepolds. The 3 Blackburns, phänomenaler Ruffelder-Akt. Gr. Voderfolg: Gustav Loser Comp. Sensationel. Pantomime, ein Spas in einer holländischen Balconstalt. - Zwei Krill und Gustav Müller, Original-Quarioristen mit ihren wunderbaren affektl. politischen Schlagern und das neue beste Programm Berlins. Jeden Sonntag: Riesen Land- und Wasser-Feuerwerk und Ball. Jeden Dienstag: Großes Kinder-Freudenfest. Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Um gütigen Zutritt bitten Louise und Waldemar Diez.

Puhlmanns Theater Schönh. A. 148 - Kastanien-A. 97/99. Große Elite-Vorstellung. Einmalige Aufführung! 1/2 9 Uhr: Eine feine Familie oder: Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Wilhelm. Käse Reich. Stegel. Dr. Karl Reich. Voder: Die neuen Spezialitäten. Anfang 1/5 Uhr. Entree 20-60 Pf. Kinder halbe Preise. Morgen: Berliner in Japan.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910 30. April bis 2. Oktober. Am Park täglich Doppel-Konzert. Eintritt: 10-6 Uhr 1 Mk., 6-8 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 St.

Spree-Garten Treptow. Gegendüber der Sternwarte. Erstklassiges und größtes Konzert-Etablissement Treptows. Säle und Innenräume für ca. 3000 Personen. Herrlicher alter Park Wein-Terrasse Große Wasserfront. Orig. Pilsner, Schultheiß-Biere, Spatenbräu. Täglich 3-6 Uhr: Gr. Kaffee-Freikonzert. Heute u. morgen: 2 Extra-Tage. Heute Mittwoch, den 20. Juli: Großes Militär-Doppel-Konzert. Tromp.-K. d. 4. Garde-Feld-Reg. kgl. O.-M. Windolf. Rauch, kgl. Musikm. Knoch. Große Fest-Illumination des Etablissements. Anfang 7 Uhr. Im Riesen-Parksaal: Entree 20 Pf. Großer Fest-Ball. 2 Tanzmeister. Ballmusik der Hauskapelle. 2 Tanzmeister. Morgen: Extra-Militärkonz., Schlachtmusik, Festillumination, gr. Ball.

Folies Caprice Anfang 8 1/2 Uhr. Pariser Ehen. Der Athlet. Die keusche Coinette. Das Verführungsfest.

CIRCUS Cyril Häfel Das Mantram aller europäisch. Zeit Circusse. Nur noch wenige Tage! Ecks Haupt- und Schöneberg, Mühlenstraße. Tel. Amt 6, 129. Täglich abends 8 1/2 Uhr: Großer Galaabend. Mittwoch u. Sonntags zwei große Vorstellungen, nachm. 4 und abends 8 1/2 Uhr. In den Mitwochnachm.-Vorst. 1 Kind unter 12 J. frei. Außerd. die bek. Preisermäßigungen.

Voigt-Theater Gesundbrunnen Badstr. 58. Heute: Große Elite-Vorstellung. 1/8 Uhr: Bineta. 1/8 Uhr: Gr. romant. Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von D. Schulz. Das große neue Juli-Programm. Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Das größte Kino-Theater Berlins. Neues Programm. Eintritt 30 Pf.

Volksgarten-Theater früher Weimann. Badstr. 8. Behm u. Vellermannstraße. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Das neue Hiesig-Programm. Zur Aufführ. gel.: Der Goldentel. Lebensbild mit Gesang u. Tanz in 3 Akten v. R. Elmar. Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerw.

Walthalla Varieté-Theater Weinbergsweg 19-20. Rosenth. Tor. Abends 8 Uhr: Das großartige Varieté-Programm.

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72. Ede Alexanderstraße. (Inhaber: Max Schindelhauer.) Im herrlichen Naturgarten (bei ungenügender Bitterung im Theatersaal). Täglich: Hund „Konjuf“ aus Yokohama? ?? Wasini, bester Entleerungs-Künstler, usw. Goldschmieds Tochterlein, Volkst. m. Gef. in 1 Akt. Anfang wochent. 7 1/2. Sonnt. 5 Uhr.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger Zum Schluss: Künstler d. Landstraße. Ur. Burleske von Meysel. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph vorn. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353. Lebende Photographien. Während der Sommermonate nur Sonnabend, Sonntag u. Montag. Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte. Anfang 7 Uhr. Vorzugskarten, nur wochentags gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wech. Progr. Jed. Sonnt. i. Oberaal: Künstlerkonzert. Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf. R. d. Konzert: Familien-Kränzchen. Täglich: Freikonzert.

Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7-9. Täglich: Im Reiche des Mars Spezialitäten, Konzert u. Ball. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit Alt-Moabit 47/49. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten.

Schweizer Garten Am Königstor - Am Friedrichshain. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Abend 1/10 Uhr: Berliner Herzen. Volksstück mit Ges. in 2 Akt. Volksabteilungen. Tanz. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.

Max Kliems Sommertheater und Festsäle. Inh.: Rudolf Krüger. Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turopl. Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Artist. Leitung: Walter Grünitz, Kapellmeister: Max Wolfheim. Jeden Donnerstag: Rite-Tag! Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2, 6 Uhr.

Vereins-Brauerei Rixdorf, Hermannstr. 214/219. Oekonom: Max Wendt. Täglich: Gr. Militär-Konzert. Anfang wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr. Für den Inhalt der Quartale übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Michaelis, Paul 15 Geschäfte in Nord-Berlin. Mewes, Adolf, Warschauerstr. 55. Miosch, Adolf, Skallitzerstr. 72. ...

W. Crahe Wrangelstrasse 81 u. 65. Doormann, A., Warschauerstr. 76. Eberlein, Werner in Nord-Berlin. ...

Burygraf, Gebr. Koppenstr. 9. Buchholz, Paul, Stromstr. 48. Cohn, E., Gr. Frankf.-Str. 48. ...

K. Thomas Bernauer Str. 79. Lieferant d. Konsumgenossensch. Ullrich, Johannes, Grünthalstr. 68. ...

Schlesinger Reinleikend. Str. 48. Lieferant d. Konsumgenossensch. Scholz, Osw., Rl., Bergstr. 141. ...

Teppiche u. Gardinen Frankenstein & Co., Rl., Bergstr. 140. Greff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119. ...

Warenhaus Max Kodik SO, Wrangelstr. 90. David, L. S., Sim-Dachstr. 42. ...

Julius Plotke Reinleikendorferstr. 12. Neue Hochstr. 21, Eng. Dalkstr. 17. ...

F. O. Richter Helmstr. 5. Willy Roatze Steinmetzstr. 18. T. V. 1557. ...

Gotschalk & Co. Alvenslebenstr. 4, nahe Potsdamerstr. Harnack, Stallschreiberstr. 67. ...

Milch Schmidt Rixdorf, Hermannstr. 53. Vollmilch, alle 2 Jahre Sabot, Schokolade ohne Kakao in Berlin. ...

Molkerei „Nord-West“ Rixdorfstr. 56. „Schweizerhof“ Meier, U. Müchkuranstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch zu jeder Tageszeit. ...

Westmann Mohrenstr. 37a, Gr. Frankf. Str. 112. Uhren u. Goldwaren Abel, Golitzstr. 30. ...

Warenhaus M. Hirsch Spandau Weiss, H. & Co. Rannenburg, Victoriastr. 17. ...

Willy Roatze Steinmetzstr. 18. T. V. 1557. Carl Robra, Langhannstr. 58 u. 148. ...

Gebr. Lange Lenz & Jagmann, Winstr. 52. Posenerstr. 15, Stralauer-Allee 18. ...

Misch Stieglitz, Gr. Frankf. Str. 48/46. Misch, Wilh., auch Teilzahlung. ...

Braun, Emil Rixdorf, Oststr. 12. Grunow, A., Frankf. Allee 150. ...

Musikinstrumente Braun, Emil Rixdorf, Oststr. 12. Grunow, A., Frankf. Allee 150. ...

Abel, Golitzstr. 30. Oscar Aldag, Charl. Kreuzstr. 29. ...

Reins, Rixdorf, Oststr. 12. Scholz, Fritz, Rl., Hermannstr. 15. ...

Wittenbeck, Fr. Adm. Str. 35. Wurl, Gebr., Kniprodestr. 6. Ziegler, Otto, Rl., Sehnstr. 20. ...

Schleinitz, A. Mariannenstr. 14. Markth. Markthausstr. 14. ...

Möbel-Krause Möbel Teilkzahlung gestattet. Möbel-Rosien Kastanien-Allee 57. ...

Pfaff, G. W. Wilmersdorfer Str. 112. W. Schoppe, Usedomstr. 12. ...

Optiker Dass, Paul, N. Mühlenstr. 174. Groß, Paul, Warschauerstr. 66. ...

Schuhhaus Benedikt Potsd. Str. 67 - Wilmersdorferstr. 57. ...

Reins, Rixdorf, Oststr. 12. Scholz, Fritz, Rl., Hermannstr. 15. ...

Krankebedarfsartikel Fischer, Wilh., N. Sehnstr. 113. Lange, A. E., Brunnenstr. 157. ...

Wienecke, O. Rixd. Bergstr. 17. Wohlfahrt, Ernst, Nussstr. 118. ...

J. Ostrowski jr. Gr. Frankf.-Str. 1, am Frankf. Tor. Möbel Spiegel Polsterwaren gegen Bar- u. Teilzahlung. ...

Bless, Paul Rl., Hermannstr. 181 am Bahnhof. Faustmann, F., Grüner Weg 84. ...

Putz- u. Medewaren Bless, Paul Rl., Hermannstr. 181 am Bahnhof. Faustmann, F., Grüner Weg 84. ...

Seifen Gustav Gumbel, Kantstr. 64. Memelerstr. 48a. ...

Wollhaus Lucas Rixdorf, Oststr. 12. ...

M. Anders Usedom-Str. 18a. Conrad Adam, Charl., Cauerstr. 28. ...

Möbelmagazin Balla, Georg, Gubenerstr. 52. Barasch, Möbelfabr., Schles. Str. 49a. ...

Schmidt, Otto Rixdorf, Oststr. 12. Herm. Schulz Waldens-Str. 12. ...

Wilhelm Metzner Große Frankfurterstr. 92. Spezialhaus für Damenhüte. ...

Seifen Gustav Gumbel, Kantstr. 64. Memelerstr. 48a. ...

Werner, Herm., Pappel-Allee 12. Wilmersdorfer Str. 112. ...

Wollhaus Lucas Rixdorf, Oststr. 12. ...

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“ Berlin C. H. Sahnisch, Auguststr. 50. W. O. Schmidt, Rixd. Str. 14. ...

Persil advertisement featuring an illustration of a woman washing clothes. Text: 'Das zur Zeit beliebteste überall eingeführt und bestbewährteste selbsttätige Waschmittel von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Kein Reiben, kein Bürsten, kein Waschbrett. ...'

Kredit J. Tomporowski, Kasse 10 Proz. Rabatt. Berlin Uik-Trio, Felix Schoner, Stralanderstr. 1. ...

Partei - Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 24. Juli, Ausflug mit Familie nach Restaurant Heidberg (Niekemal), Station Köpenick. Für Belustigung aller Art ist gesorgt.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 24. Juli, findet unser Familienausflug nach Grünau (Spielplatz) statt. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr auf dem Göttertag-Bahnhof. Abfahrt 7 40. Im Walde finden Kinderspiele usw. statt. Für Kaffeeklische ist Sorge getragen. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Endziel der „Spielplatz“ ist. Recht zahlreiche Beteiligung wünscht Das Komitee.

Niederlehme. Volksversammlung am Donnerstag, den 21. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokale des Herrn W. Herrmann. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Frey Zubeil. Gründung eines Wahlvereins für Niederlehme und Umgebung. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig.

Mariensfelde. Heute, Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Adolf Verger, Berliner Str. 114, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

Stumme Kämpfe.

Wenn der Weg häufig durch die Prinz-Albrecht-Straße führt, der verfehlt niemals, das Auge über die hübschen Grasflächen vor dem Abgeordnetenhaus zu lassen, und er findet dabei regelmäßig, daß dieses bemeldete Institut für reinpreussische Gesetzgebung in seinen grünen Anlagen doch ganz hübsche Seiten aufzuweisen hat, wenigstens von außen! Eine Menge Sperlinge und Amseln machen sich hier nützlich. Das konservative Element vertritt der Mann mit der großen Gartenspritze, der den Schlauch über den Rasen legt und an heißen Tagen das wohltätige Nash verteilt. Dabei gedeihen in den grünen Flächen auch die Gänseblümchen vortrefflich, die hier von Jahr zu Jahr derart zugenommen haben, daß das Weiß ihrer Blüten schon das Grün zu verdrängen beginnt. Dieser Anblick wandelt den Gärtner von Zeit zu Zeit zum Revolutionär. Er greift zur Mähmaschine und rollt ihre schneidende Walze an langem Stiele über den Rasen. Amseln und Spatzen reißen aus, aber die Blüten der Gänseblümchen fallen zu Hunderten und das Grün kommt wieder zum Vorschein. Es ist aber etwas gemischt, denn in großen Mengen treten im Grase die Blattrosetten der geköpften Pflanzen in Erscheinung. In diesen Rosetten stecken junge Blütenknospen, die die Mähmaschine nicht ertwischt konnte, und siehe da, in wenigen Tagen ist der grüne Rasen schon wieder so weiß gesprengelt wie zuvor. Der Gärtner raffert den Rasen abermals, er tritt von Zeit zu Zeit immer wieder in Aktion, aber die Gänseblümchen sind nicht unterzuzurigen. Für jedes abgeschlagene Blütenhaupt wächst ihnen mindestens ein neues. Sie bleiben aber nicht bloß gegen den Menschen siegreich, sondern auch gegen die Gräser. Wo eine Rosette sich ausbreitet, da ist das Licht vom Boden abgeschloffen, kein Graskraut kann hier aufgehen. Und die Rosetten schieben sich langsam immer weiter vor, erobern immer weitere Kreise und werden das Gras nahezu ganz verdrängen, wenn der Mensch als Gärtner nicht in gewaltigster Weise einschreitet, um durchaus seinen grünen, aber etwas einförmigen Rasen zu retten. Die langsame Ausbreitung der Gänseblümchen und ihr erfolgreiches Vordringen im Kampfe gegen Mensch, Maschine und Gras war in den letzten Jahren sehr gut an der angegebenen Stelle zu verfolgen. Weit umfangreicher und gewaltiger sind die Kämpfe, die die Pflanzen draußen im Freien unter sich führen, aber was wir hier mitten in der Stadt sehen können, gibt doch ein gutes Beispiel, das nur leider zahllosen Passanten unerkannt bleibt. Auch das zunehmende Rahmwerden der Amseln und ihre leidliche Kameradschaft mit den Spatzen läßt sich hier beobachten.

Daß die Wirkung der Mähmaschine und Sense auch tiefer ins Leben der Pflanze eingreifen und zur Entstehung neuer Arten beitragen kann, ist ein noch ziemlich junges Kapitel in der Geschichte der Naturbeobachtung. Es gibt Wiesenspflanzen, die vom Frühjahr bis zum Herbst in verschiedenen, engverwandten Formen blühen, also in früh- und spätblühenden Klassen austreten. Indem die Sense zur Sommerzeit regelmäßig die Sommerformen solcher Pflanzen vernichtete, führte sie auf den Wiesen zur Trennung der frühblühenden und der Herbstformen, die allein ungeschoren blieben und sich vermehren konnten. Wo früher keine scharfe Grenze zwischen den Formen war, wurde sie durch die Sense geschaffen und Frühjahr- und Sommerform wurden zu zwei nunmehr scharf getrennten Arten.

Die Kastanien in der Vellebuestraße. Durch eine Reihe Berliner Blätter geht die Nachricht, daß beschlossen worden sei, die Kastanienbäume in der Vellebuestraße niederzuliegen, um den Fahrweg zu verbreitern. In der Montagausgabe des „Berliner Tageblatt“ hat sogar der Chefredakteur T. W. diese Angelegenheit zu einem Leitartikel verarbeitet. Wir wissen nicht, ob das aus Stoffmangel geschieht ist oder aus anderen Gründen, jedenfalls lesen sich die politischen Leitartikel, die sonst unter T. W. erscheinen, wesentlich besser als der angezogene, weil sie von größerer Sachkenntnis zeugen. Außerdem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob hier ein hoher Grad von Egoismus die Feder führt. Es handelt sich eben um den Westen, der Wohnstätte der reichen Leute, einer Straße, die von den „Herrschosten“ tagtäglich begangen wird und deren Veränderung durch Niederlegung der Bäume sie gewissermaßen am eigenen Leibe spüren. Wo war denn aber die bürgerliche Presse, wo das „Berliner Tageblatt“? Mit Herrn T. W. als die Klagen ertönen, daß die prachtvollen Alleen im dichtbewaldeten Norden und Osten, Schönhauser Allee, Frankfurter Allee, im Interesse des Verkehrs der Art zum Opfer fielen! Es handelte sich um Straßenzüge, die Kilometerlang ihres Baumumschlusses beraubt werden, die die einzige Erholungsstätte für die dort wohnende Arbeiterbevölkerung darstellten und die nicht wie die Vellebuestraße in den herrlichen Tiergarten münden. Da hat sich keine Stimme erhoben, da ist kein Leitartikel verbrochen worden. In die Arbeitergegend kommt man nur alle Jubeljahre, man kennt sie nur vom Hörensagen oder aus den phantastischen Schilderungen des Herrn „Curt Kram“.

Die Niederlegung der Kastanien in der Vellebuestraße wünschen auch wir nicht, halten auch wir für unnötig und ist, wie uns versichert wird, auch gar nicht geplant. Im Jahre 1907 hat allerdings

die Tiefbaudeputation beim Magistrat beantragt, gegebenenfalls die Straße im Fahrweg auf 15 Meter zu verbreitern, und der Magistrat hat 1908 diesem Antrage zugestimmt. Der Beschluß ist aber weiter nichts als eine Versicherung für die ferne Zukunft und durchaus berechtigt. Ja man müßte der städtischen Verwaltung einen Vorwurf daraus machen, wenn der Beschluß nicht gefaßt worden wäre. Die Veranlassung zu dem Beschluß waren die Neubauten in der Vellebuestraße, vor allem der Terrassenbau vor dem Restaurant Rheingold. Den Grundstücksbesitzern ist zwar die Erlaubnis zur Errichtung dieser und ähnlicher Anlagen gegeben worden, aber mit der Verpflichtung: daß das Bauwerk auf eigene Kosten wieder beseitigt und das Straßenland der Stadt kostenlos übergeben werden muß. Ob das in den nächsten zwanzig Jahren geschieht, ob es sich überhaupt jemals notwendig machen wird, weiß niemand; das aber von der Tiefbaudeputation die Möglichkeit im Auge behaltet wurde, ist ihr nur zu danken, da niemand wissen kann was die Zukunft bringen wird, die eventuelle Verbreiterung sich aber realisieren läßt, ohne nachher den Grundbesitzern ungezählte Hunderttausende in den Rücken werfen zu müssen. Ein anderer Beschluß ist seit 1908 nicht gefaßt worden, es lag auch nicht die geringste Veranlassung dazu vor. Die Kastanien in der Vellebuestraße dürften wahrscheinlich die jetzt lebenden Berliner zum größten Teil überleben. Die Schrecklichkeiten der Vernichtung der Alleen in den Arbeitervierteln kann niemand mehr aufhalten, ihr Schicksal ist besiegelt. Die ganze Berliner Presse, mit Ausnahme des „Vorwärts“, ist an diesen Dingen gleichgültig vorbeigegangen, obwohl hier ein energisches Aufstehen am Plage war.

Die schweren Gewitter, die Montag in später Abendstunde herniedergingen, haben in Berlin sowohl als auch in der Umgebung erhebliche Schäden verursacht. Der wolkenbruchartige Regen, der sich in der ersten Stunde ergoß, hatte zahlreiche Uebersflutungen zur Folge. Stellenweise drangen die Gewässer über die Bürgersteige hinweg in Kellerwohnungen hinein und richteten Verstörungen an. In den bekanntesten Ueberschwemmungsgebieten, besonders in der Yorkstraße, stand das Wasser zeitweise fast über einen Viertelmeter hoch. Der Blitz schlug mehrfach in die Straßenbahnleitungen ein, doch wurden weitere Schäden dadurch nicht herbeigeführt. In der Umgebung Berlins wurden mehrere starke Bäume vom Blitzstrahl getroffen und gepalmt. Ein kalter Schlag traf den Turm der evangelischen Kirche in Friedrichshagen. Der Blitzableiter lenkte den Schlag ab.

Zu der Lichtenrader Sache. Zahlreiche Expressbriefe werden noch immer an die Kraayische Familie gerichtet, die natürlich nur grober Unfug sind. Western erhielt die Familie einen Brief, der auf dem Postamt 54 in Berlin aufgegeben, flüchtig geschrieben und an Frau Kraay gerichtet war. Der Frau wird mitgeteilt, daß es sich hier um ein Konkurrenzunternehmen der Schwarzen Hand, Expresskum Totenkopf, handelt. Sie wollen nach Zahlung von 25 000 M. beim Postamt 98 unter der Chiffre E. T. K. 1900 (Expresskum Totenkopf) der Frau die Komptizen und die Expresser der Schwarzen Hand nennen. Sie solle aber nicht glauben, wenn sie diesen Brief der Polizei übergebe, dadurch der Zahlung entgehen zu sein. „Sie würden ihren Mann bis zur Unkenntlichkeit verstimmen und als Wüster ohne Wert im Nichtzahlungsfalle ihr zuschicken. Unterzeichnet ist der Brief E. T. K. Es sind insgesamt an 200 solcher Briefe bei der Familie Kraay eingelaufen. Es ist hieraus schon zu ersehen, daß die Leute nur einen groben Unfug treiben. In der Expressersache selbst hat die Kriminalpolizei noch nichts weiter ermitteln können.

Das Eifersuchtdrama in der Sedanstraße zu Schöneberg hat ein zweites Opfer gefordert. Der von dem Eisenbahner Ambrosius durch einen Schuß schwerverletzte Bankbeamte Marwade ist gestern früh im Auguste-Victoria-Krankenhaus gestorben.

Abgestürzt. In der Kleiststraße 37 hat sich Montagmorgens die Krankenschwester Emma Holzert vom Balkon des vierten Stockes auf die Straße hinabgestürzt. Sie ist bald darauf gestorben. Die an einer Daisengymnastik Erkrankte hat den Selbstmord wohl im Fieberzustand verübt.

Selbstmord eines Bankiers. Anscheinend infolge geschäftlicher Verluste hat sich in der vergangenen Nacht der Bankier Siegfried Wolfstein aus der Flensburger Straße 14 mit Gas vergiftet.

Eisenbahnbeschwerden. Ein Leser schreibt uns: „Als ich am Sonntag Abend mit meiner Frau und Schwager den Leerzug 97 Uhr Guch-Stettiner Bahnhof benutzen wollte, wurde der Zug bereits in den Bahnhof eingeschoben. Nun ist es seit den 10 Jahren, in welchen ich fast ausschließlich nach Guch fahre, eingeführt, daß, sobald der Zug in den Bahnhof eingefahren ist, die kleinen Schranken nochmals geöffnet werden, um etwaigen Nachzügler die Mitfahrt zu ermöglichen. Das unterließ am Sonntag zum Verdruß der harrenden Menge. Man bemängelte sich schließlich, weil man annahm, daß der Zug überfällig sei. Wie groß aber war das Entsetzen, als der Zug langsam vorüberfuhr und man sah, daß in den letzten drei Waggons (nicht Abteile) im ganzen sage und schreibe etwa fünf Personen sich befanden und in den beiden vorhergehenden Waggons noch hinreichend Sitz- und Stehplätze vorhanden waren; daß infolgedessen große Enttäuschung sich Luft machte, läßt sich denken. Die Erregung unter dem zahlreich harrenden, zurückgebliebenen Publikum wurde größer, als festgestellt wurde, daß der fünf Minuten später einsehende Vollzug Bernau—Berlin gepropt voll war. Dem Beamten, der nach Meinung des Publikums an den ihm erwachsenen Unbequemlichkeiten schuld war, wurden laute Vorhaltungen gemacht und gab den Veranlassung, einen Mann festzusetzen. Damit ist natürlich gar nichts getan, wenigstens nichts gebessert.“

Seifenschwindel wird seit einiger Zeit von einigen Händlern getrieben. Diese Leute preisen auf der Straße Seife in großer Verpackung 5 Stück zu 50 Pf. an. Der wirkliche Preis sei viel höher, die Seife stamme aber aus einer ködner Konkurrenzmasse. Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, hat sich ergeben, daß es sich um recht mindwertige Ware handelt, die in jedem Seifengeschäft für 5 Pf. das Stück zu haben ist. So mancher Arbeiter glaubt einen guten Kauf und seiner Ehehälfte eine Freude zu machen, muß aber erfahren, daß er böse eingekauft worden ist. Leute, die mit dieser Seife (sogenannte bunte) handeln, sind keine realen Straßenhändler sondern Schwindler.

Ein sonderbares Strafmandat hat eine Frau D. in der Schwedterstraße vom Amtsvorsteher Brunenwald-Jork erhalten. Frau D. war am 19. Juni mit ihrem Ramme in Wannsee, um zu baden. Als Frau D. beim Ankleiden war, hielt ihr ihr Mann ein Vadelaffen (2: 1,50 Meter) um den Körper, damit die Stützlöhler nicht gefährdet würde. Da kam ein Gendarm hinzu und sagte zu der Frau: Sie dürfen sich hier brauchen nicht an- und auskleiden, dazu sind die Zelte da. Auf Vorhalt, daß sich das Ehepaar schon seit drei Jahren an der Stelle aus- und anleide, bemerkte der Hüter des Geleges: „Dann haben Sie sich eben auch früher schon strafbar gemacht!“ Das Ende vom Liede war ein Strafmandat, lautend auf 3 M. und 40 Pf. Porto, weil die Frau im Freibad Wannsee sich außerhalb der Zelte angekleidet habe. Vergehen gegen die Polizeiverordnung vom 24. Juni 1909.

Andere Freibadbefucher wird dieser Vorgang sicher interessieren.

Gegen die Schleppe. Die Verwaltung der Grünauer Anlagen, die an den Sonntagen von tausenden Ausflüglern be-

gangen werden, hat den Kampf gegen die Damenkleiderschleppe aufgenommen. Es sind Schilder am Parkeingang angebracht worden, welche die Aufschrift tragen:

Das Schlepplassen der Kleider ist streng verboten.“

Aus dem Zug herausgesprungen ist der Kaufmann G. aus Friedrichshagen. G. war in Berlin gewesen und auf der Heimfahrt vergaß er in Friedrichshagen auszusteigen. Erst als der Zug bereits wieder in der Fahrt war, bemerkte dies der Fahrgast und ohne zu überlegen, riß er die Aupetür auf und sprang aus dem Zug heraus. Mit dem Kopf schlug der Unvorsichtige so heftig auf die Rebenstämme auf, daß eine schwere Verletzung herbeigeführt wurde.

Durch Uebersahren schwer verletzt wurde gestern nachmittag der 13 Jahre alte angebliche Walter Feier aus der Frühlingstraße zu Reinickendorf, der mit einem Sportbomb, grauer Hose, rotgestreiftem Gurt und brauner Samtmütze bekleidet war. Als er die Streifenstraße auf einem Zweirade entlangfuhr, wurde er von einem Kraftwagen überfahren. Man brachte ihn nach dem Lazaruskrankenhaus, wo er bedenklich daniederliegt.

Bandalen auf der Straße. Arg gehäuft haben in der vorgefertigten Nacht rote Burschen in der Hauptstraße in Hummelburg sowie auf der Köpenicker Chaussee. Die Unholde vernichteten eine ganze Reihe von Bäumen, indem sie die Rinde zerstörten und die Stämme stark beschädigten. Ueber fünfzehn Schulgläser wurden demoliert und an zahlreichen Laternen die Glasscheiben zertrümmert. Pfähle wurden von den Bandalen aus dem Boden herausgerissen und zerbrochen. Auch an Wohnhäusern wurden verschiedene Verstörungen vorgenommen. Leider sollte es den gefährlichen Burschen gelingen, ihr Verstöhrungswert völlig unbemerkt auszuüben.

Ein eifriger Förderer der Berliner Freien Jugendorganisation Genosse Fritz Waksche ist gestern infolge eines Blutsturzes im Alter von 22 Jahren plötzlich gestorben.

Obwohl noch jung an Jahren, gehörte der Verstorbene zu den Mitbegründern der Freien Jugendorganisation in Berlin. Keine Mähe hat er sich verdrücken lassen, auf diesem noch wenig beackerten Gebiete Erfolge zu erzielen. Selbst ein rasches vorwärtsstrebender junger Mann, bot er alles auf, um die jungen Proletariatsöhne, die eben die Schule verlassen, organisieren zu helfen und zwar in einer freien Organisation im Gegensatz zu den christlichen das Gm verbliebenen Jünglingsvereinen.

Manchen Strauß hat er dabei mit der Polizei ausgehten helfen, die der emporstrebenden freien Jugendorganisation am liebsten das Lebenslicht ausgeblasen hätte. Die mühevolle Arbeit blieb nicht unbelohnt. Immer kräftiger gedieh die Jugendorganisation. Waksche hat sein redlich Teil dazu beigetragen. Und deswegen werden alle die Genossen, die den eifrigen jungen Mann kannten und der so plötzlich aus seinem Wirkungskreise gerissen wurde, ein ehrendes Andenken bewahren.

Auf einen falschen Schutzmänn fahnden die Polizeibehörden Groß-Berlins. Der angebliche Beamte erscheint in herrschaftlichen Wohnungen, deren Inhaber verreist oder abwesend sind, und erklärt den Dienstmädchen, daß gegen sie eine Anzeige wegen Diebstahls erstattet worden sei und er den Auftrag habe, eine Durchsuchung ihrer Zimmer, sowie eine Leibesvisitation vorzunehmen. Er sei aber bereit, diese Maßnahmen so unauffällig wie möglich vorzunehmen, sodas davon weder die Herrschaft, noch sonst jemand etwas erfahren brauche. Die Mädchen sind durch diese mit größter Sicherheit gemachte Eröffnung derart erschreckt und bestürzt, daß sie dem angeblichen Schutzmänn in jeder Weise zu Willen sind, ihm die Koffer und Kärbe zur Verfügung stellen und sich auch der Körperlichen Durchsuchung unterziehen. Der Beamte geht dann mit Bründlichkeit zu Werke und nimmt sämtliche Wertgegenstände, vor allem aber das Portemonnaie mit dem haren Gelde an sich. Bei seinem Weggehen gibt der Gauner seinen zu Tode erschrockenen Opfern den Rat, sich die Sachen in drei Tagen vom nächsten Polizeirevier wieder abzuholen, da sich inzwischen ja ihre Unschuld herausgestellt haben würde. Dieses Manöver hat der Betrüger, der offenbar mit den polizeilichen Einrichtungen ziemlich vertraut ist, in zahlreichen Fällen im Westen Berlins, in Schöneberg, Charlottenburg und Steglitz mit gutem Erfolge ausgeführt. Eine nähere Beschreibung des falschen Schutzmänn vermögen die Geschädigten leider nicht anzugeben, da sie infolge der großen Aufregung, in der sie sich befanden, nur wenig auf das Äußere desselben geachtet haben. Der Schwindler wird von ihnen als ein 33jähriger stattlicher Mann geschildert, der eine richtige Schutzmännnüge aber nur einen dunkelblauen Jackettanzug ohne weitere Abzeichen trug.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Montagabend gegen 1/8 Uhr in der Landsberger Allee. An der Ecke der Langenbeckstraße verunglückte der 11jährige Schüler Rudolf Jähne, Jellestr. 14 bei den Eltern wohnhaft, vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 64 über das Gleis zu laufen. Der Knabe wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderpetron des Bahnwagens. Er erlitt eine klaffende Kopfwunde und erhebliche Hautabschürfungen an den Händen und Weinen und mußte, nachdem er von einem in der Nähe wohnenden Arzt Rotterhände erhalten hatte, nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht werden.

Unter den Rädern eines Schnellzuges zerstückelt. Einen schrecklichen Tod hat der 34jährige Gerichtsaktuar Friedrich Gramlow aus Eberswalde gefunden. G. warf sich vor einem von Berlin kommenden Schnellzug auf die Schienen und wurde von der heranbrausenden Maschine vollständig zerstückelt. Die Leichenteile des Lebensmüden wurden bald darauf von einem Lokführer aufgegefunden. G. hat die Tat anscheinend in einem Anfall von Geistesstörung ausgeführt. Er hatte sich bereits vor acht Tagen aus seiner Wohnung entfernt und war ziel- und planlos in der Umgebung umhergeirrt, bis er dann den Selbstmord verübte.

Taschendiebstahl haben am Sonntag auf dem Kirchhof der Friedendsgemeinde in Niederhönhausen-Nordend einer Frau auf dem Wege zum Brunnen aus der Handtasche ein Portemonnaie mit Inhalt (12 Mark Geld und zwei Trauringe) entwendet.

Weim Sängerkfest in Friedrichshagen am Sonntag wurde ein Abersham-Jackett gefunden; abzuholen bei Witte, Friedrichshagen, Friedrichstr. 8.

Bei dem Sommerfest des Brauereiarbeiterverbandes am 16. Juli in der Brauerei Friedrichshagen wurde ein Trauring gefunden. Abzuholen im Verbandsbureau Mulackstr. 10, 1.

Vorort - Nachrichten.

Rigdorf.

Für Erweiterung der Sonntagstraße. Wir wollen nicht versäumen, nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr in den Bürgerhäusern, Bergstraße 147, stattfindende Volksversammlung, die sich mit der bevorstehenden Erweiterung der Sonntagstraße beschäftigt, hinzuweisen.

Die Arbeiter und Arbeiterfrauen werden sicher in großer Zahl an dieser wichtigen Versammlung teilnehmen, und dadurch die Kundgebung zu einer besonders imposanten gestalten.

Weißensee.

Schulärztlicher Bericht 1909—1910. Das Berichtsjahr war im allgemeinen günstig zu nennen. Von Epidemien, welche die Schulfinder betrafen, sind hauptsächlich zu erwähnen Ziegenpeter und

Masern. Größere Epidemien von Diphtherie und Scharlach kamen nicht vor. Im Anfang der Schuljahre wurden die neu eingetretene Kinder einer ärztlichen Untersuchung unterzogen. Von diesen 905 Kindern waren 357 in gutem, 409 in mittlerem, 139 in schlechtem Gesundheitszustande. Die Untersuchungen bezogen sich auf 7 Schulen, von denen die 5. Schule das Beste und die 3. Schule das schlechteste Material aufwies. Von den in den früheren Jahren durch die Eltern ausgefüllten Fragebogen war in diesem Jahre Abstand genommen worden, da auch die Herren Lehrer sich von ihrer völligen Verlässlichkeit überzeugt hatten. In besonderen Fällen hatten die Eltern der Schule ihre Wünsche betreffs der Kinder mitgeteilt, die dann berücksichtigt wurden. An Konfultationen fanden statt in der ersten Schule 160, in der zweiten 131, in der dritten 517, in der vierten 300, in der fünften 88, in der sechsten 574 und in der siebenten 172. Den unbedeutendsten Kindern wurden Rezepte verordnet, deren Ausfertigung häufig leider teils an der Mittellosigkeit, teils an der Nachlässigkeit der Eltern scheiterte. In der Pflanzschule wurde in drei Klassen unterrichtet, jetzt ist die vierte eingerichtet worden. 22 Kinder der Schule wurden einer eingehenden Untersuchung über die Ursachen ihrer zurückgebliebenen geistigen Entwicklung unterzogen. Die Speisung der armen Kinder erfolgte in diesem Jahre wieder aus der Volksschule. Diese lieferte für ein geringes Entgelt eine nahrhafte Mahlzeit, die ganz bedürftigen Kinder erhielten außerdem Frühstück, bestehend aus Milch und Sirupen. Eine große Wohltat ist 25 Mädchen durch die Einrichtung eines orthopädischen Turnstufes zuteil geworden. Die dabei in bezug auf die Rückbildung von Krüppelverkrümmungen erzielten Erfolge sind bedeutend zu nennen und fordern zu dem weiteren Ausbau dieser segensreichen Einrichtung dringend auf. Auch bei der Berufswahl der zur Entlassung gekommenen Weifen hat der Schularzt mitgewirkt. Ob eine Belehrung über sexuelle Fragen bei Schulkindern zweckmäßig sei, hält der Gemeindevater für sehr fraglich. Für ganz einwandfrei hält er sie aber auch nicht bei entlassenen Fortbildungsschülern, zum mindesten ist der Nutzen problematisch. Daß jede Art von körperlichem Sport gesund ist, unterliegt keinem Zweifel, besonders günstig wirkt aber der Schwimmsport, der die Kräftigung sämtlicher Muskeln mit dem gesunden Aufenthalt im Wasser verbindet, die Wohltat wurde vielen Kindern zuteil. Die im vorigen Jahre angeschafften Verbandkästen haben verschiedentlich bei kleinen Verletzungen gute Dienste geleistet. Die hygienischen Einrichtungen der Schulgebäude sind im ganzen musterhaft. Ideal schön ist das neue Gebäude in der Falkenberger Straße, dort sind alle Erregenschaften der Keuzzeit in Anwendung gekommen, besonders fallen die praktischen neuen Bänke auf. Bei plötzlichen Erkrankungen der Kinder hat sich das Fehlen eines verfügbaren Raumes und eines passenden Lagers einige Male unangenehm bemerkbar gemacht. Die Anschaffung einer leichten Trage ließe sich als wünschenswert bezeichnen. Seinen Bericht schließt der Schularzt noch mit einem Hymnus auf die wohlwollende Gemeindevertretung und auf das Vaterland.

Groß-Vichterfelde.

Wegen Viehdiebstahl hat der Ingenieur Lemke aus Groß-Vichterfelde Selbstmord verübt. Er hatte sich längere Zeit in Hamburg aufgehalten und dort ein junges Mädchen kennen gelernt, in das er sich verliebte. Die Angebetete wollte aber von ihrem Verheiratheten nichts wissen und trostlos fuhr er wieder nach seinem Wohnort in Groß-Vichterfelde zurück. Gestern jagte er sich aus einem sechs-läufigen Revolver eine Kugel in die Herzgegend. Tödlich verletzt brach der Lebensmüde zusammen. In hoffnungslosem Zustand fand er im Kreiskrankenhause Aufnahme.

Nowawes.

Die Vorarbeiten zu den Gewerdegewählwahlen werden von den interessierten Kreisen jetzt eifrig betrieben. Nachdem kürzlich eine vom Gewerkschaftsrat einberufene Volksversammlung stattgefunden hat, in welcher Arbeitersekretär Vint über die Bedeutung der Gewerdegewählwahlen referierte, ist nunmehr in einer kombinierten Sitzung des Gewerkschaftsrates mit den Vorständen der freien Gewerkschaften die Auffstellung der Kandidaten erfolgt, und zwar werden für die Arbeiterwahlen folgende Genossen in Vorschlag gebracht: Zertlauer, Kupfermeister Dummerig, Zimmerer Lamprecht, Schlosser Wolf Richter, Schuhmacher Bass und Transportarbeiter Kollasch, für die Arbeitgeberwahlen die Genossen Grubel, Gomoll, Godelsch, Singer, Paul Wolter und Jappe. Da die Wahlen nach dem Verhältnisystem getätigt werden, ist es zweifellos, daß sich auch die christlichen und Hirsch-Dunderschen Arbeiter mit eigenen Kandidaten daran beteiligen werden. Verfügen diese Gruppen auch nur über eine verhältnismäßig geringe Anhängerzahl, so ist doch damit zu rechnen, daß sie große Anstrengungen machen werden, um positive Erfolge bei der Wahl zu erzielen, so daß für die freigezwergschaftlich organisierten Arbeiter die dringende Notwendigkeit besteht, eine intensive Agitation zu entfalten, um vor unangenehmen Überraschungen sicher zu sein.

Zu den Arbeitgeberwahlen hat auch der Verein für Handel und Gewerbe in einer von einem Duzend Personen besuchten Versammlung Stellung genommen und eine Kandidatenliste aufgestellt. Bei dieser Wahl sind circa 150 Personen wahlberechtigt. Wenn hiervon auch der größte Teil sich aus bürgerlichen Wählern rekrutiert, so besteht doch die Wahrscheinlichkeit, daß bei gehöriger Werberarbeit unserer Genossen sich so viel Stimmen auf die Liste des Gewerkschaftsrates vereinigen, daß die Kandidaten desselben bei der Verteilung der Sitze im Gewerbegericht berücksichtigt werden müssen. Da die Arbeiterwahlen am 15. und 16. August und die Arbeitgeberwahlen am 17. August stattfinden, ist es Aufgabe aller Genossen, schon jetzt eine rührige Agitationsarbeit zu entfalten, um eine Zusammenlegung des Gewerbegerichts herbeizuführen, welche es demselben ermöglicht, seine für die Arbeiterschaft außerordentlich wichtigen Aufgabe in einwandfreier und gerechter Weise zu lösen.

Spandau.

Arbeiter-Samariterkassne Spandau. Am Mittwoch, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr findet bei Böhle, Habelstraße 20 der Neujahrsabend statt.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Abt. 21. Donnerstag, den 21. Juli, Versammlung bei Reichardt, Schürkerstr. 58. — Sonntag, den 24. Juli, Tagespartie nach dem Hübendorfer Kalkberg. Treffpunkt: 7 Uhr Schließliches Tor (Urania-Säule). Fahrgeld 55 Pf. — Abt. III. Heute Mittwoch abends pünktlich 8 Uhr: Versammlung bei Gedeert, Schreinerstraße, Ecke Samariterstraße.
Köpenick. Am Sonntag, den 24. Juli: Ausflug nach der Krampenhurg. Treffpunkt mittags 1 Uhr auf dem Schloßplatz. Um rege Beteiligung aller jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen bitten.
Der Jugendausch.

Gerichts-Zeitung.

Das gefährliche Grammophon.

Die Nähe des Friedhofes wäre dem Tischler Eduard Schulze beinahe sehr gefährlich geworden. Schulze wohnt in der Kreuzigerstraße in Lichtenberg. Vom Fenster seiner Wohnung sieht man auf den nahegelegenen Begräbnisplatz der Parochialgemeinde. Eines Sonntagnachmittags hatte die Familie Schulze Verlangen nach musikalischen Genüssen. Schulze setzte sein Grammophon in Bewegung, und dieses brachte den Pariser Einzugsmarsch zu Gehör. Da die Fenster von Schulzes Zimmer geöffnet waren, so wurden die Töne auch auf dem Begräbnisplatz gehört, wo gerade eine Beerdigung unter Mitwirkung eines Geistlichen stattfand. Die Teilnehmer an der Leichenfeier fühlten sich durch die lustige Marschmelodie gestört. Einer unter ihnen, Polizeiwachtmeister Domnina, drohte zum Fenster Schulzes hinauf, an dem zwei Männer standen. Als hierauf die Musik nicht sogleich verstummte, ging der Wachtmeister in die Wohnung Schulzes, der inzwischen

nach Beendigung des angefangenen Musikstückes sein Grammophon bereits abgestellt hatte. — Der Polizeiwachtmeister erstattete Anzeige. Schulze erhielt eine Anklage aus § 167. Dieser Paragraph, soweit er hier etwa in Frage kommen könnte, bedroht mit Gefängnis bis zu drei Jahren denjenigen, welcher „in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte durch Erregung von Lärm oder Unordnung den Gottesdienst oder einzelne gottesdienstliche Verrichtungen einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft vorsätzlich verhindert oder stört“.

Vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I, die gestern gegen Schulze verhandelte, versicherte dieser, er habe nicht die Absicht der Störung gehabt, habe auch nicht bemerkt, daß zur festlichen Zeit eine Beerdigung stattfand. Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, habe er das Musikstücken eingestellt. — Der als Zeuge benommene Polizeiwachtmeister Domnina will die Absicht der Störung daraus erkannt haben, daß der Schallrichter des Grammophons nach dem geöfneten Fenster gerichtet und später noch mehr nach dem Friedhofe hin gedreht worden sei.

Der Staatsanwalt beantragte — vier Monate Gefängnis.

Das Gericht aber erkannte verständigerweise auf Freisprechung unter der Begründung, daß zwar objektiv eine Störung einer gottesdienstlichen Verrichtung vorliege, dem Angeklagten aber nicht nachgewiesen sei, daß er die Absicht gehabt habe, eine Störung zu verursachen.

Mädchenhändler.

In die Verhörsgeheimnisse internationaler Mädchenhändler wird eine Verhandlung hineingelesen, die in den nächsten Tagen die 10. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigen wird. Unter der Anklage, es versucht zu haben Frauenpersonen zum Zwecke, sie der gewerbsmäßigen Unzucht zuzuführen, unter arglistiger Verschweigung dieses Zweckes zur Auswanderung verleitet zu haben, sind folgende Personen vor dem Strafgericht angeklagt: 1. der angeklagte Pferdehändler Stivar Reyer Silberreich; 2. der Kaufherr Moritz Wollerstein; 3. die Köchin Manja Gedewiska; 4. der Gastwirt Thaim Oberländer und dessen Ehefrau Gärtle Oberländer. Dieser Anklage wegen Verbrechens gegen den § 48, Abs. 1 des Gesetzes über die Auswanderung vom 9. Juni 1897 liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Die aus russisch-Polen bezw. Oesterreichisch-Galizien gebürtigen Angeklagten haben schon seit längerer Zeit in dem Verdacht, den Mädchenhandel zu betreiben. Der eigentliche Händler, der die „Ware“ erwirbt, soll Stivar Silberreich sein, während die übrigen Angeklagten ihm Schleppeidienste geleistet haben sollen. Das Ehepaar Oberländer betreibt hier in der Grenadiertstr. 82 unter dem Namen „Wärthauer Hof“ ein kleines Hotel, welches hauptsächlich von russischen und polnischen Juden aufgesucht wird. Ende März dieses Jahres stieg hier der Angestellte Silberreich, der sich als Pferdehändler ausgibt, ab. Am 8. April erschien die in dem Hotel als Küchenmädchen bedienstete Frida Bietzmann bei einer Frau Raschke, mit der sie näher bekannt war, und ersuchte sie im Auftrage der Angeklagten Gedewiska, die dort als Köchin bedienstet war, nach dem Hotel zu kommen. Die Frau R., welcher schon seit längerer Zeit das Treiben in dem Hotel verdächtig dargekommen war, folgte dieser Aufforderung und suchte die Gedewiska auf. Diese erzählte ihr, daß sie viel Geld verdienen könne, wenn sie schweigen könne. In dem Hotel befindet sich als Gast ein russischer Jude, der junge und hübsche Mädchen brauche, um sie an ein Bordell in Amerika abzuliefern. Die Gedewiska gab ihr den Auftrag, für jenen Gast junge, hübsche und nicht zu alte Mädchen zu besorgen, und zwar höchstens zwei, weil der Händler immer nur zwei mit auf die Reise nehmen könne, da es sonst auffalle. Die Raschke beschloß zum Schein, auf diesen schmutzigen Handel einzugehen und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Im den Mädchenhändler recht sicher zu machen, stellte ihr die Kriminalpolizei zwei Polizeioagentinnen zur Verfügung. Als die Raschke diese dem Silberreich vorstellte, erklärte er, daß sie ihm schon zu alt seien, und er ihr höchstens „pro Stück“ 2 M. bieten könne. Für junge und sehr schöne und feurige „Ware“ im Alter von höchstens 19 Jahren zahle er dagegen 150 bis 200 M. Auf Anraten der Kriminalpolizei veranlaßte Frau R. nun ihre 17-jährige Nichte Gertrud W. und eine junge Frau sich als „Ware“ auszugeben und sich dem Mädchenhändler zur Verfügung zu stellen. Silberreich ging auch in die Falle und engagierte die Weiden als „Hausmädchen“. In dem Augenblick, als sein Helfershelfer Wollerstein mit den beiden Mädchen auf dem Potsdamer Bahnhof den Zug besteigen wollte, wurde er von den Kriminalpolizeuleuten Gerkenberger und Jaap verhaftet. Am nächsten Tage wurde Silberreich in Bankrott festgenommen, nachdem er von dem 14-jährigen Sohne Abraham der Oberländerschen Eheleute von der Festnahme seines Komplizen benachrichtigt worden war und noch rechtzeitig die Flucht ergreifen hatte. Wie die Anklage behauptet, soll das Hotel der Angeklagten Oberländer gewissermaßen eine Art Zentrale für den internationalen Mädchenhandel sein. — Den Vorsth im Gerichtshofe wird Landgerichtsdirektor Unger führen, der Angestellte Silberreich wird von den Rechtsanwältinnen Morris und Jul. Weher I, die übrigen werden von den Rechtsanwältinnen Artur Lewy, Dr. Schwandt und Justizrat Bronner verteidigt. — Da die Verhandlung infolge der Hinzuziehung von Dolmetschern der russischen und polnischen Sprache sich sehr kompliziert gestalten wird, ist für den Prozeß ein ganzer Sitzungstag anberaumt worden.

Ein Polizist in Notwehr.

Bekannt ist die Entscheidung, die eine Notwehr eines Bürgers gegen ein Polizeipferd ablehnte, weil das Pferd ein „Ausrüstungsgegenstand“ des Polizeibeamten sei. Ähnliche falsche Urteile gegenüber Polizeihunden würden eine weite Perspektive für Schullosigkeit der Bürger eröffnen. Bei Wespung der betreffenden Gerichtsverhandlungen betonten wir, daß nach dem Gesetz ein unbedingtes Notwehrrecht gegenüber Polizeipferden und -hunden besteht. Am Montag fällt das Reichsgericht ein bemerkenswertes Urteil, indem es sich für weite Auslegung des Notwehrbegriffes ausspricht. Freilich betraf die Sachlage einen angeblich in Notwehr gegen eine Frau handelnden Polizeibeamten.

Vom Landgericht Magdeburg ist am 5. April der Amtsdienerr. in Bornstedt wegen Körperverletzung im Amte zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte am 9. Juli vorigen Jahres die Tanzlustbarkeit auf dem Landwehrfeste zu überwachen. Die Nebenklägerin Frau M. und ihr Ehemann waren auf ihn nicht gut zu sprechen, weil er einmal eine Anzeige gegen sie erstattet hatte. Nachdem Frau M. ihm verschiedene Bemerkungen zugerufen hatte, entstand ein Konflikt zwischen beiden. Frau M. faßte den Beamten an. Dieser holte seinen Revolver hervor und gab ihr damit einen Schlag, wobei sich der Revolver entlud. Der Schlag mit dem Revolver führte einen Stich in die Hand der Frau herbei, sowie mehrere Blutergüsse. Das Gericht hat nicht festgestellt können, daß durch den Schlag eine Verletzung bewirkt worden wäre. Das Gericht hat in dem Schloge mit dem Revolver eine vorläufige Körperverletzung erklart. Der Angeklagte hat nach Ansicht des Gerichtes zwar einen widerrechtlichen Angriff abgewehrt, ist aber über die Grenze der Verteidigung hinausgegangen, indem er mit dem Revolver schlug. Diese Art der Abwehr war nicht nötig, denn der Angeklagte ist ein kräftiger Mann, und er hatte überdies seinen ebenfalls kräftigen Vater bei sich.

Die vom Angeklagten eingelegte Revision wurde vom Reichsanwalt und vom Reichsgericht für begründet erachtet. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Aus dem Urteile ist, so heißt es in der Begründung, nicht zu entnehmen, daß der Vorderrichter von der zweifellos rechtswidrigen Ansicht ausgegangen ist, es habe Notwehr deshalb nicht vorgelegen, weil der Angeklagte einen Revolver benutzt hat. Aber bedenklich ist der Satz, daß dem Angeklagten noch ein kräftiger Mann zur Seite gestanden habe. Es kann aber einem

Angegriffenen nicht verwehrt werden, sich mit denjenigen Mitteln, die er für nötig hält, zu verteidigen. Die Persönlichkeit eines anderen kann hier nur unter ganz besonderen Umständen mit in Frage kommen. Der Angegriffene hat das Recht, sich selbst zu verteidigen.

Es wäre zu wünschen, daß die Gerichte in gleicher Weise entscheiden, wenn es sich um Notwehr gegen einen Polizeibeamten handelt.

Vermischtes.

Eine nationalliberale Ordnungssäule geborsten.

Der nationalliberale Arbeitersekretär und Stadtvorordnete Theodor Hugo Dünzel in Leipzig wurde am Dienstag wegen Mißbrauchs eines öffentlichen Amtes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung wurde wegen Besorgnis der Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit hinter verschlossenen Türen geführt. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß keine Mißde am Plage gewesen sei, da Dünzel sich in zwei Fällen als Sittenbeamter ausgegeben, die Notlage der Frauenspersonen ausgenutzt und die Sittenbeamten in schlechten Ruf gebracht habe. Dünzel hat durch die Verurteilung sein Stadtvorordnetenmandat verloren, das er seit 1 1/2 Jahren inne hatte.

Eine Arbeiterausstellung in Wahren.

Unsere tschechischen Genossen in Prohnik, der Stadt des Konfektionschneiderlehrlings, haben eine Arbeiterausstellung mit 17 Abteilungen eröffnet, die auf eine Anregung des leider verstorbenen Genossen Krappa zurückgeht. An der Eröffnungsfest in Arbeiterheim beteiligten sich 1500 Menschen, darunter außer den Vertretern der deutschen und tschechischen Partei Abgeordnete der städtischen und staatlichen Behörden. Besonders interessant ist die Ausstellung slowakischer und mährischer Volkskunst in Keramik und Silderei. Ramehafte Künstler haben sich ebenfalls beteiligt.

Explosionskatastrophe in Friedrichshafen.

In dem Gaspaltraum der Karboniumfabrik, S. m. b. H., fand Dienstag vormittag gegen 11 Uhr aus bisher unbekannter Ursache eine schwere Explosion statt, die unter furchtbarem Knall sämtliche Umfassungsmauern des Fabrikgebäudes zerstörte und eine große Ruhschale emportrieb. Die Fabrik, welche in der Nähe der Gebäude der Luftschiffbau-Gesellschaft Zeppelin liegt und für diese Gesellschaft das notwendige Gas liefert, ist vollständig zerstört. Der technische Leiter der Fabrik war im Augenblick der Explosion nicht anwesend, dagegen sind sechs bis sieben in der Fabrik beschäftigte Leute verletzt worden. Die Fensterheben der wenigen Häuser, welche in der Umgebung der Fabrik liegen, sind zertrümmert.

Eine weitere Meldung besagt: Die durch Explosion zerstörten Gebäude der Karboniumfabrik bilden jetzt ein wildes Chaos. Bisher sind fünf Verletzte, darunter zwei schwer Verletzte aus den Trümmern hervorgezogen worden. Man vermutet jedoch noch zwei weitere Arbeiter unter den Trümmern. Das Dach des Gebäudes liegt auf dem Zeppelin-Gelände. Es besteht die Gefahr weiterer Explosionen, da die Fabrik sich in vollem Betriebe befand. Ob die geplante Fällung des „L. J. VI“, die für Ende der Woche beabsichtigt war, stattfinden kann, ist fraglich.

Ein aus den Trümmern hervorgezogener Arbeiter ist nachmittags seinen Verletzungen erlegen.

Ein Geisteskranker als Kerkermeister seiner Familie.

Rom, 17. Juli. (Fig. Ver.) Aus Neapel wird von einem äußerst merkwürdigen Fall berichtet, bei dem ein Geisteskranker einmal den Spiel umgedreht und anstatt sich von seiner Familie einsperren zu lassen, seine Familie in Kerkerhaft gehalten hat. Vor fünf Jahren fing der Weinbändler Rea in Capelnuovo, Provinz Neapel, an, sich von den Seinen für verfolgt zu halten. Da seine Krankheit nicht sofort erkannt wurde, war es ihm möglich, seine Frau und seine elf Kinder in eine einsam gelegene Villa zu überführen, deren Fenster er hatte zumauern lassen. Dort hat der Geisteskranke die Seinen fünf volle Jahre gefangen gehalten. Entdeckt wurde die traurige Lage der Gefangenen dadurch, daß die beiden ältesten Söhne, als sie erwachsen waren, den Vater zwangen, ihnen eine gewisse Freiheit zu gewähren. Dabei entfernten sie sich aus dem Garten der Villa und benachrichtigten Dritte, die die Polizei in Kenntnis setzten. Die Ergreifung des Irren war sehr schwierig, da er in dem Garten seiner Villa mehrere bissige Hunde hielt und auch von einem großen Hunde verteidigt wurde. Die Karabinieri erschossen die Tiere, während zwei Irrenwärter sich des Irren bemächtigten. Die Gefangenen waren jeder in ein besonderes Geleß eingesperrt worden, so daß die Mutter seit fünf vollen Jahren ihre Kinder nicht mehr gesehen hat.

Kleine Notizen.

Beim Baden in der Ruhr ertrunken ist in der Nähe von Neulinghausen der Ranzleigeheile Hermann Rods aus Essen.

Ein Boot gefentert. Zwischen Eememünde und Hollendorf ist bei dem Verlust, einen Rotanker an dem Dampfer „August Cordt“, der mit einer Holzladung von Riga hier eintraf, anzubringen, das zu diesem Zweck benutzte Boot gefentert. Die drei Insassen ertranken.

Bilzvergiftung. In Lüneburg in Westfalen erkrankten nach dem Genuß von Pilzen der Mauer Blum, seine Frau, zwei Kinder und ein Tischgast. Blum, der Tischgast und die Kinder sind gestorben. Der Zustand der Frau ist hoffnungslos.

Brand in einem Kohlenlager. In dem Magazin des Heilbronner Kohlenhändlers Mayer explodierte heute ein Motor, wodurch ein Brand in dem Raum entstand. Mayer wurde tot aufgefunden. Er hat schwere Brandwunden erlitten und ist an deren Folgen gestorben.

Der Bergleute verschüttet. Auf der Feste Ludwig bei Essen löste sich gestern während der Reparaturarbeit unter Tage eine größere Gesteinsmasse und begrub vier Bergleute, von denen zwei getötet wurden. Ein anderer wurde leicht und der vierte schwer verletzt.

In der Kirche irrsinnig geworden. Aus Tampa wird berichtet, daß während der Predigt in der Kirche der methodistischen Gemeinde ein plötzlich irrsinnig gewordener Regler seine Schwiegermutter, den Prediger und den Organisten durch Revolverkugeln tötete und drei andere Personen verletzte. Schließlich erschob er sich durch einen Schuß aus seinem Revolver selbst.

Vom Zuge überschren. Bei Reggen wurden zwei von der Nachsicht heimkehrende Arbeiter von einem Zuge überschren. Sie wollten die Gleise unmittelbar hinter einem vorbeifahrenden Zuge überschreiten, zu gleicher Zeit aber kam von der entgegengesetzten Seite ein Zug heran, der den einen der Arbeiter sofort tötete und den anderen schwer verletzte.

Die Opfer der Eisenbahnkatastrophe bei Melbourne. Nach den letzten Feststellungen beträgt die Zahl der bei dem Eisenbahnunfall zusammengekauft auf der Station Richmond verletzten Personen 114. Unter ihnen befinden sich 83 Schwerverletzte.

Brand auf einem Petroleumdampfer. Der Dampfer „Standard“ der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Hamburg ist Dienstag vormittag im Hafen von Kopenhagen in Brand geraten und zwar durch Ausströmen des Petroleum aus den Tanks in die Schiffsoberfläche. Auf dem brennenden Schiffe finden andauernd Explosionen. Es ist wahrscheinlich samt der Ladung verloren. Die aus 34 Mann bestehende Besatzung ist gerettet.